



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Plädoyer pro Wasserkraft

GZ-Interview mit Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer und RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich

Es gibt noch viel zu tun: Auf allen Ebenen der Energiewende besteht akuter Handlungsbedarf. Erforderlich sind politische Rahmenbedingungen, die keinerlei Zweifel an dem Willen zur erfolgreichen Umsetzung der Energiewende aufkommen lassen. Eine tragende Rolle spielt hierbei das Multitalent Wasserkraft, das mit rund 43 Prozent Spitzenreiter unter den regenerativen Energien im Freistaat ist. Über Vorteile, Potenziale und Strategien bei der Ausgestaltung der grünen Energie sprach die Bayerische GemeindeZeitung mit Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer und RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich.

GZ: Die Energiewende steht am Scheideweg. Die Strompreise für den Endverbraucher sind mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien einerseits in bedrohlichem Ausmaß gestiegen. Andererseits haben niedrige Strombörsenpreise und mangelnde Auslastung konventioneller Kraftwerkskapazitäten dazu geführt, dass diese zunehmend unrentabel werden. Welche Entscheidungen sind jetzt notwendig?

Pschierer: Um den weiteren Anstieg der Strompreise zu bremsen und die verlässliche Stromversorgung in Bayern zu sichern, benötigen wir eine rasche und grundlegende Reform des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG). Diese Reform ist auf Bundesebene im Koalitionsvertrag vereinbart. Zusätzlich müssen wir Versorgungssicherheit durch den Erhalt bestehender Kapazitäten sicherstellen und darauf drängen, dass die Bundesnetzagentur neuer Reservekapazitäten ausschreibt.

GZ: Stichwort EEG-Reform: Woran ist hierbei gedacht?

Pschierer: Die Staatsregierung steht dazu, den Anteil der Erneuerbaren Energien am bayerischen Stromverbrauch weiter zu erhöhen. Derzeit liegen wir bereits bei 32 Prozent, bis 2018 wollen wir 40 Prozent erreichen. Womit wir uns sowohl im Interesse der

bayerischen Wirtschaft als auch der Verbraucher freilich nicht abfinden können, ist der Anstieg der EEG-Umlage. Vor allem die Einspeisevergütung, die über diese Umlage letztlich von allen Endverbrauchern mitgetragen wird, muss im EEG deutlich gesenkt werden, weil sie für die derzeit hohen Strompreise verantwortlich ist.

GZ: Können Sie konkrete Zahlen nennen?

Pschierer: 2014 beträgt die Umlage für die nach dem EEG vergütete Stromeinspeisung 6,24 ct/kWh (zuzüglich 19 Prozent Mehrwertsteuer – Anm.d.Red.). 2013 lag sie noch bei 5,28 ct/kWh. Die wesentlichen Gründe für den Anstieg sind der vorbehaltlose Einspeisevorrang von Photovoltaik- und Windstrom bei



Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer (l.) und RMD-Vorstand Dr. Albrecht Schleich (r.) nach dem Gespräch mit Anne-Marie von Hassel (2. v. l.) und Doris Kirchner von der Bayerischen GemeindeZeitung.

gleichzeitig weiter stattfindendem starken Zubau von EEG-geförderten Anlagen. Insgesamt werden für das Jahr 2014 EEG-Einspeisevergütungen in Höhe von 21,5 Milliarden Euro anfallen. 2018 wird schon mit 27 Milliarden Euro gerechnet.

GZ: Wie geht es mit Windkraft und Photovoltaik weiter?

Pschierer: Der Vertrauensschutz in bestehende Photovoltaik- und Windanlagen bleibt. Für neue Investitionen in Windkraftanlagen müssen die Förder- und Genehmigungsrichtlinien in Bayern grundlegend überarbeitet werden. Das heißt, dass die bisherigen Voraussetzungen und Zusagen für die Förderung von Windkraftanlagen wegfallen. Bei der Photovoltaik werden wir, was die Dachflächen angeht, beim Ausbaupfad im Rahmen der jeweils gültigen Förderung bleiben.

GZ: Wie hält es die Staatsregierung mit den Bestandsanlagen?

Pschierer: Wie gesagt, diese haben selbstverständlich Bestandschutz. Wir greifen nicht in bestehende Verträge bei Erneuer- (Fortsetzung auf Seite 4)



Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl (Mitte) gemeinsam mit Pressesprecher Wilfried Schober (l.) und Geschäftsführendem Präsidialmitglied Dr. Jürgen Busse.

Bayerischer Gemeindetag:

Fehler im System

Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen in Bayern zeigte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl bei einer Pressekonferenz in München die vielfältigen aktuellen Herausforderungen an Bürgermeister sowie Gemeinde- und Stadtratsmitglieder auf. Neben der Energiewende standen unter anderem die Themen Breitband und kommunaler Finanzausgleich auf der Tagesordnung.

„Die Rathauschefs wünschen sich bei der Energiewende von der Staatsregierung mehr Klarheit bei der Umsetzung der neuen politischen Vorgaben“, machte Brandl deutlich. Bayerns Gemeinden hätten vielfältige Maß-

nahmen im Rahmen der Energiewende geplant. Sie benötigten insbesondere bei der Windkraft Sicherheit, dass sie keine Fehlinvestitionen getätigt haben. Daher erwarteten sie, dass auf der Basis der Koalitionsvereinbarung vom Dezember 2013 verlässliche Planungsgrundlagen von der Staatsregierung geschaffen werden.

Planungshoheit

Auch unterhalb des gewünschten Abstands der 10-fachen Höhe der Windkraftanlage müsse der Bau von Windkraftanlagen möglich bleiben, wenn die Gemeinde das will, stellte der Präsident klar. Als elementarer Bestandteil des Selbstverwaltungsrechts müsse den Gemeinden die Planungshoheit überlassen bleiben und dürfe nicht durch staatliche Vorgaben eingeschränkt werden.

Brandl plädierte dafür, bei allen (Fortsetzung auf Seite 4)

Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:

Für mehr Transparenz und Gerechtigkeit

Der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, hat in München davor gewarnt, den Erfolg der Energiewende leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Politik, so Maly, müsse eine gemeinschaftlich getroffene Entscheidung auch gemeinschaftlich vertreten, selbst wenn es unangenehme Nachrichten gibt und negative Begleiterscheinungen mit zu tragen sind.

Die Energiewende baut auf einen Mix aus dezentraler regenerativer Energieerzeugung, Großkraftwerken und Off-Shore-Anlagen. Da in der Summe mit dezentralen Anlagen mit Wind, Sonne, Biomasse und Wasser der Energiebedarf nicht zu decken ist, sei der Transport von Strom über lange Trassen aus Off-Shore-Anlagen nötig, betonte Maly. Die bisher vorhandene Kapazität der Übertragungsnetze in Deutschland genüge wohl nicht. Allerdings sei zu prüfen, ob vor dem Hintergrund der Korrektur der Off-Shore-Strategie des Bundes bislang geplante hohe Leitungskapazitäten noch nötig sind. „Der Leitungsbedarf muss im Licht der von der großen Koalition beschlossenen neuen Rahmenbedingungen der Energiewende

geprüft werden“, verlangte Maly.

Einbindung vor Ort

Fakt sei, dass Bevölkerung und Kommunalpolitiker von den Planungen für die neuen Stromtrassen überrumpelt worden seien. Der Netzausbau müsse jedoch in größtmöglicher Transparenz erfolgen; die Kommunen seien in die Umsetzung vor Ort einzubinden. Großprojekte wie die geplanten Stromleitungen könnten nicht mehr gegen die Bevölkerung durchgesetzt werden. Der Verbandschef verwies in diesem Zusammenhang auf die Diskussion im Vorstand des Bayerischen Städtetags: „Trassenführungen müssen einen angemessenen Abstand von der Wohnbebauung einhalten. Streckenweise muss ge-

prüft werden, ob eine Erdverkabelung möglich und sinnvoll ist.“

Sachliche Diskussion

Als für polemische Parolen ungeeignet erachtet Maly indes die Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs. Die ständige Beschworung angeblicher Ungerechtigkeiten im kommunalen Finanzausgleich stehe einer sachlichen Diskussion im Weg. Alle vier kommunalen Spitzenverbände hätten einvernehmlich mit dem Finanz- und Innenministerium ein Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich in Auftrag gegeben, das im Frühjahr vorliegen soll. Maly: „Das Gutachten soll mögliche Neujustierungen im Gefüge des kommunalen Finanzausgleichs prüfen. Obwohl der Gemeindetag an der Erstellung des Gutachtens beteiligt ist, beklagt er die ‚Gutachteritis‘ und neigt dazu, schon vorab vermeintliche Ungerechtigkeiten zu brandmarken. Das ist vorschnell. Sehen wir erst das Gutachten an und steigen dann in die Mühen der sachlichen Argumentation ein.“ Maly zufolge ist das Spiel mit

Neidreflexen gegen die angeblich reichen Städte gefährlich, da hier Gemeinden gegeneinander ausgespielt werden. Die Vielfalt der unterschiedlichen kommunalen Finanzlagen müsse sich im komplexen System eines Finanzausgleichs abbilden. So führe die Behauptung in die Irre, wonach ‚klein gleich arm‘ und ‚groß gleich reich‘ bedeutet.“

Vielfalt in Bayern

Bayern bestehe nicht nur aus München und einigen Dörfern, sondern lebe von der Vielfalt an Städten und Gemeinden. Wirtschaftslage, demographische Situation, Beschäftigungssituation, soziale Zusammensetzung und Steueraufkommen seien je nach Region in allen 2.056 Städten und Gemeinden Bayerns unterschied- (Fortsetzung auf Seite 5)

Neues von Sabrina



Der Büroschreibtisch: Ein interessanter und brisanter Mix aus privatem und öffentlichen Raum. Der Bürgermeister ist auch in diesem Fall sein eigener Widerspruch. Vielleicht hilft ihm ein Satz von Paul Claudel weiter: „Die Ordnung ist das Vergnügen der Vernunft, die Unordnung aber ist die Wonne der Phantasie.“ Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Gemeinsam für neue Bildungspolitik	Seite 2
Landesausstellung 2015: Napoleon und Bayern	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Neues Breitbandkonzept: Chance und Verpflichtung	3
EFRE: 500 Millionen Euro für ländlichen Raum	3
Bezirkstag: Entlastung von Eingliederungshilfe	5
GZ-Fachthemen:	
EDV-IT	6-8
Kommunale Umweltthemen	9-10
Kommunale Rechtsfragen	11
Aus den bayerischen Kommunen	12-16

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Landkreis Hof:

„Mit uns kommen Sie weiter“

Ausstellungseröffnung im Haus der bayerischen Landkreise

Dass der Landkreis Hof für die Wirtschaft neben der zentralen Lage und der bestmöglichen verkehrstechnischen Anbindung noch eine Menge Vorteile zu bieten hat - von Arbeitskräftepotential und günstigem Wohn- und Gewerberaum bis hin zu einem breiten Angebot an weiterführenden Schulen und Hochschulen - zeigt die Ausstellung „Mit uns kommen Sie weiter - Der Landkreis Hof als Wirtschaftsstandort“. Vergangene Woche wurde sie vom Präsidenten des Bayerischen Landkreistags Jakob Kreidl, Bundeslandwirtschaftsminister Dr. Hans-Peter Friedrich und dem Hofer Landrat Bernd Hering im Haus der bayerischen Landkreise in München eröffnet.

„Die Ausstellung zeigt, dass der Landkreis Hof gut aufgestellt ist“, machte Präsident Kreidl in seinem Grußwort deutlich. Der ländliche Raum kämpfe für eine lebenswerte Zukunft zu Gunsten seiner Bürger und die Landkreise nähmen dabei eine wichtige Rolle zur Erhaltung der Daseinsvorsorge ein. Sie stellten nicht nur ihren Bürgern wichtige Güter und Dienstleistungen zur Verfügung,

Chancenregion für Unternehmen, Fachkräfte und Familien. Mit dem Fall der Mauer und dem EU-Beitritt des Nachbarlands Tschechien sind wir wieder im Herzen Europas angelangt und zu einer Drehscheibe zwischen Mittel- und Osteuropa geworden“, hob der gastgebende Landrat Bernd Hering hervor. Der Landkreis Hof zähle zu den industriestärksten Regionen Bayerns. Seit eini-

betriebe, Konzerne und Dax-Unternehmen die Wirtschaftsstruktur prägten, erwiesen sich im Landkreis besonders die kleineren und mittelständischen Unternehmen als Job-Motoren der Wirtschaft, fuhr der Landrat fort. Überaus wichtig für einen Wirtschaftsstandort seien zudem gute Qualifikationsmöglichkeiten der Schüler, Absolventen und Arbeitnehmer, denn schulische und berufliche Bildung seien heute die Herausforderungen im technischen und demographischen Wandel.

Sanierung der Schulen

„Besonders stolz bin ich darauf, dass bei uns im Landkreis unzählige Karrierewege offenstehen. Für eine optimale, schulische Bildung haben wir alle Register gezogen und mit einem Public Privat Partnership-Projekt für die Sanierung der Schulen unserem Namen als Schullandkreis Nr. 1 alle Ehre gemacht“, stellte Hering fest. Das „Hofer Modell“ habe mittlerweile bundesweit Beachtung und Nachahmer gefunden. Bei diesem innovativen Bau- und Finanzierungsprojekt konnten dank einer ungewöhnlichen, innovativen Zusammenarbeit von Landkreis und Privatwirtschaft innerhalb von zwei Jahren gleichzeitig vier Schulen saniert bzw. neu gebaut werden. Mit fast 60 Millionen Euro sei es die größte Investition

in der Geschichte des Landkreises Hof gewesen.

Akademische Ausbildung

Wie der Landrat weiter ausführte, werde der Wirtschaftsraum für den Bereich der akademischen Ausbildung durch den steten Ausbau der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in der Stadt Hof aufgewertet. Deren Absolventen aus 30 Bachelor- und Masterstudiengängen aus drei Fakultäten bereicherten die heimische Wirtschaft. Zudem unterstütze die Hochschule durch ihre internationale Ausrichtung und Vernetzung die heimischen Betriebe dabei, die Herausforderungen der Globalisierung zu bewältigen.

Tradition, Zusammenhalt und Miteinander

Hinzu kämen die enormen Vorteile einer echten Wohlfühlregion, wo Tradition, Zusammenhalt und ein gutes Miteinander bei den Menschen für Identität sorgten. Der Landkreis Hof bedeute „Lebensqualität pur“. „Er hat Anteil an gleich zwei Freizeit- und Ferienregionen, dem Frankenwald und dem Fichtelgebirge. Man erfährt Erholung pur. Aber auch ‚Landschaft aktiv erleben‘ beim Wandern, beim Tourenradeln, beim Mountain-Biken und beim Wintersport sind möglich“, so Bernd Hering abschließend.

Ausstellung bis Juli

Die Ausstellung im Haus der bayerischen Landkreise ist noch bis Mitte Juli 2014 (Montag bis Donnerstag 8-16 Uhr, Freitag 8-

Breitbandversorgung und Energiewende wichtig für den ländlichen Raum

Der „Wirtschaftsminister des ländlichen Raums“, Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich, war zu Gast in der Präsidiumssitzung des Bayerischen Landkreistags. Mit ihm erörterten die bayerischen Landräte Bedarf und Perspektiven zur Weiterentwicklung Bayerns in allen Regionen, auch außerhalb der Zentren.

Es bestand Einigkeit, dass eine flächendeckende Versorgung mit Hochgeschwindigkeitsnetzen zur Datenübertragung unverzichtbar ist, um Arbeitsplätze zu sichern und den Folgen des demographischen Wandels zu begegnen. Landkreistagspräsident Kreidl dazu: „Wir brauchen für jede Gemeinde in Bayern eine Ein- und Ausfahrt zu den Datenautobahnen. Derzeit befinden sich viele Orte in der Sackgasse. Ich setze deshalb auf die Initiative des neuen Heimatministers Dr. Söder, die Breitbandversorgung in Bayern im Einvernehmen mit Brüssel besser zu fördern und den Ausbau zu beschleunigen. Ich danke auch dem Bundeslandwirtschaftsminister Dr. Friedrich, dass er dies im Rahmen der Regionalförderung unterstützen will.“

Thema war auch die Energiewende, insbesondere wie der aus erneuerbaren Quellen erzeugte Strom zu den Verbrauchern gebracht werden kann. Bundesminister Dr. Friedrich und Präsident Kreidl kritisierten übereinstimmend, dass die Kommunen bei der Planung von Höchstspannungstrassen bislang praktisch nur den Status von Zuschauern haben. Bundesminister Dr. Friedrich: „Wir wollen die Energiewende erfolgreich und fristgerecht bis 2022 meistern. Dazu will ich die Notwendigkeit neuer Stromtrassen nicht bestreiten. Ihre baldige Realisierung hängt aber ganz entscheidend davon ab, dass die betroffenen Menschen und die Gemeinden und Landkreise als ihre Fürsprecher frühzeitig in die Planungen eingebunden werden.“ Kreidl ergänzte: „Stuttgart 21 sollte eine Lehre sein, gerade bei Großprojekten laufend und vor allem frühzeitig den Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen. Die beste Lösung für alle Beteiligten muss gemeinsames Ziel sein. Die Landkreise werden nicht akzeptieren, vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden.“ Bundesminister Dr. Friedrich und Präsident Kreidl appellierten deshalb an die Netzbetreiber, bei ihren Planungen neben dem Bund und dem Freistaat Bayern auch die Kommunen rechtzeitig einzubinden. □



V. l.: MdL Klaus Adelt, Landkreistagspräsident Jakob Kreidl, Landrat Bernd Hering, MdL Alexander König und Bundesminister Dr. Hans-Peter Friedrich.

wie zum Beispiel öffentliche Einrichtungen für Verkehrs- und Beförderungswesen, Krankenhäuser oder Schulen, sondern trügen gemeinsam mit den Gemeinden dazu bei, Entwicklungsperspektiven umzusetzen.

Vitalität der Landkreise erhalten

Vom neuen Bundeslandwirtschaftsminister Dr. Hans-Peter Friedrich erwartet Kreidl weiterhin Unterstützung für den ländlichen Raum: „Die Vitalität bleibt den Landkreisen nur erhalten, wenn ihre Bemühungen fachlich und finanziell begleitet werden. Ich danke hier beispielsweise an die - auch monetäre - Weiterentwicklung der Regionalförderung und an ein Sonderinvestitionsprogramm für den ländlichen Raum, das die bekannten Förderprogramme wie ERE, GRW, ELER usw. ergänzt.“

„Der Landkreis Hof ist die

gen Jahren habe die Kunststoffverarbeitende Industrie die traditionellen Branchen Textil und Bekleidung überholt.

Spezialisierte Mittelstand

Der hochspezialisierte Mittelstand mit Firmen von internationalem Rang stelle Konsumgüter sowie High-Tech-Produkte nicht nur für die Zentren Bayerns, sondern für den Weltmarkt her. Die stetig wachsende Automobilzuliefererindustrie repräsentiere der Gewerbepark „Pole Position“ mit dem Bayerischen Automobiltechnikum. Hering: „Unsere Region spielt auf den vorderen Plätzen in der ‚Logistik-Bundesliga‘ und bei der Vermarktung von Bio-Produkten sogar in der Europa-Liga. Ich spreche von einem zukunfts-fähigen Branchenmix und alle heute anwesenden Unternehmen sind ein wahres Spiegelbild dieser bunten Palette!“

Während in den Zentren Groß-

Gemeinsam für neue Bildungspolitik

Spaenle korrigiert Zahlen des Lehrerabbaus
Seehofer plant Gespräch mit den Fachverbänden

Beim Regierungsschwerpunkt Bildung soll es heuer keine Abstriche geben. Ziel bleibt wie in der Energiepolitik, dass Bayern auch hier seine Spitzenstellung behält. Im Fachausschuss Bildung und Kultur wurde ein von der CSU mitformulierter interfraktioneller Antrag angenommen, die Staatsregierung solle die zur positiven Entwicklung notwendigen Zahlen der Schüler und den sich daraus ergebenden Lehrerberuf aufzeigen und darlegen, welche Konsequenzen gezogen werden, um alle rechtlich selbständigen Grundschulen zu erhalten und das flächendeckende, bedarfsgerechte Ganztagsangebot für jede Schule und jeden Schüler bis 14 Jahren zuzusichern.

Ministerpräsident Horst Seehofer hatte Kultus- und Bildungsminister Ludwig Spaenle gerügt, weil er von einem Abbau von bis zu 830 Lehrerstellen bis zum

Schuljahresende im August gesprochen hatte. Im Ausschuss vernahm der Ministerpräsident, ohne selbst auf Einzelheiten einzugehen, dass Finanzminister Markus

Söder an Hand der nach wie vor positiven Steuereinnahmen vorrechnete, das Zahlenverhältnis Lehrer/Schüler verbessere sich angesichts der sinkenden Schülerzahlen auf 1:14. Das sei eine eindeutig verbesserte Entwicklung.

Personalmangel entschärfen

Ausschussvorsitzender Martin Güll (SPD) hatte aus Spaenles Äußerungen gefolgert, es ergebe sich ein Einsparvolumen bis zu 1,1 Milliarden Euro mit Abbau von 196 Lehrerstellen. Die Be-

setzung aller Planstellen sei dringend notwendig, um den Personalmangel an Schulen zu entschärfen, kleinere Klassen zu ermöglichen, individuelle Förderung umzusetzen und die Ganztagsangebote zu erweitern. Im gleichen Sinne äußerten sich Grünen-Fraktionsvorsitzender Ludwig Hartmann und Michael Piazzolo (FW). Ein SPD-Dringlichkeitsantrag wurde im Plenum mit 92 gegen 68 Stimmen im Sinne des gemeinsamen Beschlusses abgelehnt, die Freien Wähler haben eine Volksbefragung eingeleitet.

Mehr Lehrer nötig

Für die Arbeitsgemeinschaft der Lehrerverbände hatte deren Vorsitzender Max Schmidt erklärt, insbesondere an Realschulen und Gymnasien brauche man mehr Lehrer, um alle Aufgaben zu lösen. Klaus Wenzel, Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) berichtete, besonders Volks- und Realschulen seien seit Jahren unterfinanziert. Es sei auf keine Planstelle zu verzichten.

Spitzengespräche

Seehofer will nach wie vor ein Spitzengespräch mit allen Fachverbänden führen, um eine gemeinsame Politik abzustimmen. Bislang fand sich indes noch kein Termin.

Wahlfreiheit für Gymnasien

Keinen Erfolg hatten die Freien Wähler mit der Forderung, im Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen Wahlfreiheit für den gymnasialen Abiturjahrgang herzustellen. Das G 8 solle zwar erhalten bleiben, die Schulen sollten aber die Möglichkeit bekommen, das G 9 nach Entscheidung des jeweiligen Schulforums wieder einzuführen oder beides an einer Schule anzubieten. Der Gesetzentwurf wurde in namentlicher Abstimmung im Plenum abgelehnt. **rm**

schen, die als Politiker, als Soldaten, als einfache Frauen und Männer, diese Zeit gestalteten, erleben und oft genug auch erlitten. **DK**

Bayerische Landesausstellung 2015 in Ingolstadt:

Napoleon und Bayern

Das Haus der Bayerischen Geschichte, das Bayerische Armeemuseum und die Stadt Ingolstadt veranstalten im Jahr 2015 gemeinsam die Bayerische Landesausstellung „Napoleon und Bayern“. Schauplatz ist laut HdBG die ehemals auf Befehl Napoleons niedergelegte und vom bayerischen König Ludwig I. wieder aufgebaute einstige Landesfestung Ingolstadt, die heute das Bayerische Armeemuseum beherbergt.

2015 jährt sich die Niederlage Napoleons bei Waterloo, seine Abdankung und Verbanung nach St. Helena zum 200. Mal. Damit war das Ende einer mehr als 20 Jahre währenden Kriegszeit in Europa eingeleitet und im Wiener Kongress verhandelten die Mächte eine neue Friedensordnung, die ein halbes Jahrhundert Bestand haben sollte.

Geburtshelfer

Bis heute blickt man in Bayern mit gemischten Gefühlen auf das Bündnis mit Napoleon. Einerseits führte es in die Katastrophe - man denke an die 30.000 bayerischen Soldaten, die vor allem 1812 in Russland ihr Leben ließen. Andererseits erfüllte sich

für Bayern der Traum von militärischem Glanz und außenpolitischer Größe. Napoleon führte Bayern - anders als Preußen - nicht in die Niederlage, sondern zum Sieg. Das Bündnis mit dem Kaiser der Franzosen brachte Bayern die Königskrone, ein vergrößertes Territorium, das bis heute Bestand hat, und die erste liberale Verfassung. Damals begann das moderne Bayern - und sein „Geburtshelfer“ war Napoleon.

Durchzugsgebiet

Allerdings war es eine schwierige Geburt, die vor allem für die Bevölkerung mit großen Opfern verbunden war. Bayern war nicht nur Durchzugsgebiet für die verbündeten und feindlichen

Armeen, sondern auch Schauplatz von Schlachten zwischen den französischen Heeren unter Napoleon und seinen Gegnern, allen voran Österreich. Nach den Schlachten blieben Tausende Gefallene und Verwundete zurück.

Ein Vierteljahrhundert bayerischer Geschichte

Auf 1.200 qm werden die Besucher der Landesausstellung dieses mehr als aufregende Vierteljahrhundert bayerischer Geschichte im neuen Schloss in Ingolstadt in neun Abteilungen erleben können. Originale Objekte, kostbare und alltägliche Stücke, prunkvolle und anrührende Gegenstände aus den Beständen des Bayerischen Armeemuseums, aus österreichischen, russischen und französischen Museen sowie aus Privatbesitz, mediale Inszenierungen und Erlebnisstationen zeigen die Entscheidungen der großen Politik und erzählen von den Men-

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeisterin
Dr. Bianca Fischer
96202 Lichtenfels
am 17.2.

Bürgermeister Martin Walch
86504 Merching
am 19.2.

Bürgermeister Karl Metzger
86570 Inchenhofen
am 22.2.

Oberbürgermeister
Hans Schaidinger
93047 Regensburg
am 23.2.

Bürgermeister Norbert Schön
89447 Zöschingen
am 23.2.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Kern
94548 Innernzell
am 16.2.

Bürgermeister Walter Weiner
97906 Faulbach
am 18.2.

Bürgermeister Michael Muther
82234 Weßling
am 26.2.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Wachs
93077 Bad Abbach
am 16.2.

Bürgermeister
Bernhard Sontheim
82340 Feldafing
am 19.2.

Bürgermeister
Dr. Maximilian Stumböck
86514 Ustersbach
am 19.2.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Andreas Haas
82110 Germering
am 14.2.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Maul
91734 Mittleschenbach
am 16.2.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Sicherheit in Städten und Gemeinden

DStGB und Polizeigewerkschaft legen Positionspapier vor

Das Thema Sicherheit gewinnt in den Kommunen an Bedeutung. Es geht unter anderem um die Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und Straßen, aber auch um die zunehmende Einbruchskriminalität sowie die Präsenz der Polizei. Vor diesem Hintergrund haben der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ein Positionspapier erarbeitet, in dem ein gesamtgesellschaftliches „Bündnis für Sicherheit“ eingefordert wird.

DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg zufolge hat die Angst vor Kriminalität teilweise gravierende Auswirkungen auf die Freiheit der Menschen. Das Vertrauen in den Staat, der vermeintlich nicht ausreichend schützt, nehme ab, die Staats- und Politikverdrossenheit steige. In welchem Maße vor Ort Sicherheit gewährleistet werden kann, sei zudem ein bedeutender Faktor der Lebensqualität und der Standortqualität für Einzelhandel und Wirtschaft.

Lebensqualität

„Das Sicherheitsgefühl wie auch die Sicherheitslage sind Fragen der Lebensqualität“, betonte Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei. Den Bürger verunsichere nicht nur das spektakuläre Verbrechen. Das tägliche Erlebnis von Verwahrlosung, Vandalismus und Zerstörung führe zu wachsender Angst vor Kriminalität.

In dem Positionspapier wird zunächst gefordert, den Personalabbau bei der Polizei zu beenden. Private Sicherheit sei keine Alternative zur Polizei. Die Länder seien aufgefordert, die Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit wieder zu verstärken. Dort, wo auch die Kommunen auf die Dienstleistung von privaten Sicherheitsunternehmen setzen, sollten diese Unternehmen eine vertraglich gesicherte Zusammenarbeit mit der Polizei eingehen. Somit könne besser gewährleistet werden, dass auch private Sicherheitsunternehmen den Ansprüchen an eine qualitativ hochwertige Dienstleistung genügen.

Abschreckung

Zudem sollten kommunale Ordnungskräfte nicht allein für die Parkraumbewirtschaftung eingesetzt werden. Die Kommunen sollten diesen Personaleinsatz leisten, auch um potenzielle Ordnungsstörer abzuschrecken, Verunreinigungen und Belästigungen frühzeitig zu erfassen und den Passanten als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Das Aufgabenspektrum könne erweitert werden, in dem die im Streifendienst eingesetzten Ordnungskräfte nicht nur Meldungen und Anzeigen entgegennehmen, ordnungswidrige Umstände registrieren und diese abstellen, sondern auch solche Verstöße ahnden oder Anzeigen erstatten.

Zivilgesellschaft

Zivilgesellschaftliche Projekte der Prävention, insbesondere im Umfeld von Schulen und in der Jugendsozialarbeit sind unverzichtbare Bestandteile der Prävention. Es liege im Interesse der Bürger sowie der zivilgesellschaftlichen Vereinigungen, dass ihre Sicherheit schon unter präventiven Gesichtspunkten verbessert wird. In ihrem eigenen Viertel zeigten sie oft den Wunsch nach einer Mitgestaltung des Umfelds. Dies sei gleichzeitig ein Anknüpfungspunkt, um freiwilliges Engagement in die Bemühungen der kommunalen Kriminalprävention vor Ort einzubeziehen. Kampagnen wie „Augen auf für Nebenban“ oder kriminalpräventive Nachbarschaftsprojekte knüpfen daran an

und ergänzten die Arbeit der Sicherheitskräfte.

„Die kommunalen Ordnungsbehörden werden zunehmend durch weitere neue Aufgaben in Anspruch genommen und geraten dabei personell oft an die Grenze des Leistbaren“, heißt es weiter. Auch angesichts der Belastung der städtischen Ordnungskräfte mit vielen organisatorischen Fragen erscheine es notwendig, dass der Gesetzgeber für eine Entlastung der kommunalen Ordnungsbehörden sorgt, sei es durch aufgabenkritische Überprüfung der Zuständigkeiten, durch Abbau von Bürokratie in der Regulierung der Verfahren oder durch mehr Spielraum für die Kommunen bei der Regelung von Gebühren für die bestimmte Ordnungstätigkeiten.

Sichtbarkeit erhöhen

In besonders von Einbrüchen betroffenen Gebieten müssten die Sichtbarkeit der Polizei erhöht und ausreichend Ermittler eingesetzt werden, lautet eine weitere Forderung von DStGB und GdP. Aber auch die Haus- und Grundstückseigentümer seien gefordert, geeignete Sicherungsmaßnahmen vorzuhalten, „wobei sie durch Beratung sowie in finanzieller Hinsicht Unterstützung erhalten sollten, zum Beispiel durch günstigere Versicherungstarife seitens der Versicherungen oder durch die steuerliche Absetzbarkeit der Aufwendungen für Sicherungsmaßnahmen“. Denkbar wäre auch eine Förderung im Rahmen der Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW).

Durch eine städtebauliche Kriminalprävention könne das Entstehen von „Angsträumen“ und gefestigter Deliktstrukturen verhindert werden. Bei der Planung von Wohngebieten oder bei der Umgestaltung von Straßen und Plätzen sei der Aspekt der Si-

cherheit der Bevölkerung zu berücksichtigen.

Der Verwahrlosung öffentlicher Räume durch Vandalismus und illegaler Müllbeseitigung müsse durch zeitnahe Interventionen begegnet werden. Hier sollte an die Obliegenheiten der Hausbesitzer erinnert werden: Gingen diese frühzeitig gegen Graffiti-Schmierereien und andere Formen des Vandalismus vor, lasse sich der verheerende Verwahrlosungsprozess eines Viertels im Keim ersticken.

Straßenkriminalität

Studien zeigen, dass Alkohol eine zentrale Rolle beim Thema Straßenkriminalität und Gewalt spielt. Ziel ist es, für Saufgelage typische Orte wieder für Alle genießbar zu machen. Daher sprechen sich der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) seit langem für ein Alkoholverbot auf bestimmten öffentlichen Plätzen aus. Allerdings gebe es in einigen Ländern noch Unsicherheit bezüglich der gesetzlichen Rahmenbedingungen für Alkoholverbotzonen. DStGB und GdP fordern insoweit die Länder auf, die Ermächtigungsgrundlagen zu schaffen. Gute Erfahrungen seien auch mit dem Verbot des Alkohols im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gemacht worden. „Wir sprechen uns daher klar für das Verbot des Alkoholkonsums in Bussen und Bahnen aus.“

Videoüberwachung

Nach Gewalttaten im öffentlichen Raum wird die Videoüberwachung in neuem Licht diskutiert. Trotz Bedenken bezüglich des Schutzes der informationellen Selbstbestimmung spreche der Sicherheitsaspekt für eine Videoüberwachung an besonders kriminalitätsbelasteten Orten. Studien belegten, dass dies vor allem an Kriminalitätsschwerpunkten erfolgreich ist. Viele Städte und Gemeinden hätten gute Erfahrungen gemacht.

Reformiert werden muss laut Positionspapier das Gesetz über die Prostitution. Zurzeit hätten Polizei und Staatsanwaltschaft

500 Millionen Euro schweres Strukturprogramm für den ländlichen Raum

Bayerischer Anteil des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung vorgestellt

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat das bayerische Strukturförderprogramm des EFRE für die Jahre 2014 bis 2020 präsentiert. Nach vorläufigen Berechnungen stehen dem bayerischen Programm aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) knapp 500 Millionen Euro zur Verfügung. „Das ist ein großer Verhandlungserfolg“, betonte die Wirtschaftsministerin.

Für die neue Förderperiode hat Aigner klare Prioritäten vorgegeben: „Wir werden die Mittel in den kommenden Jahren zielgerichtet gerade für den strukturschwachen Raum einsetzen“, sagt Aigner. So werden im neuen Programm 60 Prozent der Mittel auf die schwächer entwickelten, ländlichen Regionen Bayerns konzentriert. Dort leben 30 Prozent der bayerischen Bevölkerung. „Mit dieser Mittelkonzentration geben wir auch dem zukünftigen EFRE-Programm eine klare strukturalpolitische Handschrift“, erklärte Aigner.

Stärkere Einbindung

Darüber hinaus werden die Regionen in der neuen Förderper-

riode stärker in die Auswahl der Projekte eingebunden. Deshalb sind allein rund 70 Millionen Euro für die Förderung regionaler Entwicklungskonzepte vorgesehen, die in Zusammenarbeit mehrerer Städte und Gemeinden entstehen werden. „Hier geht Bayern ganz neue Wege“, machte die Wirtschaftsministerin deutlich. Die lokale Ebene werde in die Umsetzung der EU-Förderung unmittelbar eingebunden und die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen weiter gestärkt.

Wachstum und Beschäftigung unterstützen

Im Rahmen des derzeit auslaufenden EFRE-Programms wur-

den bereits rund 1 400 Projekte gefördert. Die EFRE-Mittel haben Wachstum und Beschäftigung in den bayerischen Regionen ganz wesentlich unterstützt. „Etlichen jungen, innovativen und wachstumsorientierten Unternehmen konnte in der besonders sensiblen Gründungsphase Wagniskapital bereitgestellt werden. Das ist für viele Start-up-Unternehmen existenziell wichtig“, betonte Aigner.

Der Staat mit seinen Behörden benötige klare Eingriffsgrundlagen, um das Ausmaß des Missbrauchs von Frauen deutlich zu reduzieren. So sollten im Prostitutionsgesetz eine gebührenpflichtige Konzession für alle Prostitutionsstätten sowie eine Erlaubnispflicht für Prostituierte eingeführt werden. **DK**

den bereits rund 1 400 Projekte gefördert. Die EFRE-Mittel haben Wachstum und Beschäftigung in den bayerischen Regionen ganz wesentlich unterstützt. „Etlichen jungen, innovativen und wachstumsorientierten Unternehmen konnte in der besonders sensiblen Gründungsphase Wagniskapital bereitgestellt werden. Das ist für viele Start-up-Unternehmen existenziell wichtig“, betonte Aigner.

Genehmigung in Brüssel rasch erwartet

Der beschlossene Programm-entwurf wird nun in Brüssel zur Genehmigung eingereicht. Wirtschaftsministerin Aigner hofft auf einen zügigen Abschluss des Verfahrens: „Ich erwarte von der EU-Kommission, dass das Programm jetzt rasch genehmigt wird. Die Verhandlungen über die EU-Verordnungen und den Finanzrahmen haben bereits lange genug gedauert.“ **□**

GZ

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

schnelle Internetverbindungen sind für unsere Unternehmen wie für unsere Privathaushalte von entscheidender Bedeutung. Sie sind ein zentraler Standortfaktor und ein wesentlicher Aspekt für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Freistaat. Doch wie soll der so wichtige Breitbandausbau vor Ort bewältigt bzw. beschleunigt werden? Diese Frage hat in den letzten Jahren sicherlich vielen Kommunalpolitikern Kopfzerbrechen bereitet. Das bisherige Förderkonzept war dabei keine große Hilfe, denn die Förderstrukturen waren zu kompliziert.



künftig vorausgesetzt, so dass auf die Bedarfsermittlung verzichtet werden kann. Die Klärung, ob ein Telekommunikationsunternehmen in einem Fördergebiet eigenwirtschaftlich in schnelles Internet investiert, soll beschleunigt werden. Auf die zweimalige Beteiligung der Bundesnetzagentur wird verzichtet und Abschlagszahlungen werden ermöglicht, damit für die Kommunen die Notwendigkeit einer kompletten Vorfinanzierung entfällt.

Gemäß der zweiten Säule soll die Förderung der Wirtschaftlichkeitslücke für die Kommunen verbessert werden. Das bedeutet im Einzelnen: Für den administrativen Aufwand erhalten die Kommunen künftig ein „Startgeld Netz“ in Höhe von 5.000 Euro, das auf die Fördersumme angerechnet wird. Die Fördersätze werden um 20 Prozentpunkte auf maximal 80 Prozent erhöht. Besonders finanzschwache Kommunen können in Einzelfällen sogar bis zu 90 Prozent Förderung erhalten. Einzelne Kommunen können damit einen Förderhöchstbetrag von bis zu einer Million Euro bekommen. Zusätzlich gibt es einen Bonus von 50.000 Euro für interkommunale Zusammenarbeit.

Neues Breitbandkonzept: Chance und Verpflichtung

Deshalb ist es sehr erfreulich, dass die Staatsregierung nun reagiert hat und den Kommunen bei der Bewältigung dieser Aufgabe unter die Arme greift. Die Staatsregierung hat als Ziel ausgegeben, bis 2018 ein flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz zu schaffen und das moderne Breitband zum Standard zu machen. Dies soll bedeuten, dass bis 2018 die Verteilerstellen in allen Gemeinden mit schnellem Internet und die letzten Teilstücke zum Endnutzer technologieoffen erschlossen sind. Zu diesem Zweck wurde ein neues Breitbandkonzept aufgelegt, das im Wesentlichen auf drei Säulen beruht: Das Förderverfahren wird vereinfacht, die Förderung erhöht und die Beratung verbessert.

Die erste Säule hat zum Ziel, den Arbeitsaufwand für die Kommunen etwa um die Hälfte zu reduzieren. Im Einzelnen sieht das neue Breitbandkonzept folgende Erleichterungen vor: Die Förderbeschränkung auf Gewerbe- und Kumulationsgebiete entfällt, so dass jede Kommune selbst entscheiden kann, wo der Breitbandausbau gefördert wird. Der Bedarf für schnelles Internet wird

Abgerundet wird das neue Breitbandkonzept durch eine Effektivierung der Beratung. Diese dritte Säule sieht einen Breitbandmanager pro Landkreis vor, der die Kommunen im gesamten Förderverfahren begleitet und sich eng mit der Bewilligungsstelle bei der Regierung abstimmt.

Mit dieser neuen Förderstruktur hat die Staatsregierung den Grundstein dafür gelegt, dass der Breitbandausbau künftig schnell und mit möglichst wenig Bürokratie voranschreiten kann. Nun bleibt zu hoffen, dass die EU-Kommission den überarbeiteten Entwurf der Breitbandförderrichtlinie zeitnah absegnet. Und dann liegt es sowohl an den zuständigen Behörden, dass Förderung und Beratung wie geplant umgesetzt werden, als auch an den Kommunen, das Angebot anzunehmen und unsere Heimat zukunftsfähig zu machen. In diesem Sinne, packen wir es gemeinsam an!

Ihr Stefan Rößle

KPV-Landesvorsitzender, Landrat

Versorgung psychisch kranker Menschen gefährdet

Bezirkstagspräsident Josef Mederer lehnt neues Entgeltsystem in der Psychiatrie ab

Ein zentrales Thema des Gesundheitspolitischen Kongresses der bayerischen Bezirke, der Anfang Februar 2014 in Irsee stattfand, war das Neue Pauschale Entgeltsystem für Psychiatrische und Psychosoziale Krankenhäuser (PEPP), das sich derzeit in Erprobung befindet und ab 2015 eingeführt werden soll. Betroffen sind davon auch die Kliniken der bayerischen Bezirke an über 50 Standorten, die rund 300.000 kranke Menschen pro Jahr versorgen.

„Die Bezirke begrüßen alle Bestrebungen zu mehr Kostentransparenz und Vergütungsgerechtigkeit“, sagte der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Josef Mederer, beim Kongress. Das neue Entgeltsystem sehe er aber mit größter Sorge. Zu befürchten sei insbesondere, dass die Entgelte bei einer längeren Verweildauer von Patienten sinken werden. „In den letzten 20 Jahren hat sich die Verweildauer in unseren Krankenhäusern bereits halbiert, nun ist zu befürchten, dass sie aus wirtschaftlichen Gründen weiter verkürzt wird“. Drehtüreffekte und letztlich Defizite bei der Versorgung schwerkranker Patienten seien die Folge.

Mederer fordert deshalb mit

Nachdruck eine leistungsgerechte Vergütung für die Kliniken der Bezirke, die eine gesetzliche Aufnahmepflicht für alle psychisch erkrankten Menschen haben. „Das neue Entgeltsystem muss die wirtschaftliche Basis dafür bieten, dass die erfolgreich aufgebauten dezentralen Vollversorgungsstrukturen erhalten werden und die Behandlungsmöglichkeiten, gerade auch von Schwerkranken, umfassend sichergestellt sind“.

Um dies zu erreichen, müsse, so Mederer, die verpflichtende Einführung der PEPP-Entgelte um mindestens zwei Jahre durch Bundesgesetz verschoben werden; in dieser Zeit sei eine grundlegende Überarbeitung möglich. **□**

„Aussicht auf Frühjahrsaufschwung“

Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner bewertete die jüngsten Arbeitsmarktdaten positiv: „Im Januar erleben wir den saison-typisch etwas höheren Anstieg der Arbeitslosenquote. Wir haben aber Anzeichen dafür, dass die gute Stimmung in der Wirtschaft nach den Wintermonaten auch den Arbeitsmarkt stimulieren wird. Das wird auch in Bayern neue Arbeitsplätze bringen. Mit diesen Aussichten können wir das erste Bundesland werden, das landesweit Vollbeschäftigung vermelden kann.“

Auch die Jobforscher der Bundesagentur für Arbeit würden die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt so positiv einschätzen wie seit über zwei Jahren nicht mehr, betonte Aigner. „Sie rechnen mit einem deutlichen saisonbereinigten Rückgang der Arbeitslosigkeit zum Frühjahrsbeginn“, so die Ministerin. **□**

Plädoyer pro...

(Fortsetzung von Seite 1)

baren Energien wie Photovoltaik oder Biogas ein. Diese Verträge gelten auch mit den Einspeisevergütungen, die erst nach 20 Jahren auslaufen. Was wir allerdings nicht hinnehmen werden, ist die Vehemenz, mit der die EU-Kommission die besondere Ausgleichsregelung für energieintensive Betriebe angeht.

GZ: Können Sie dies konkretisieren?

Pschierer: Ein Wegfall der Ermäßigungen käme einem Deindustrialisierungsprogramm für die bayerische und deutsche Wirtschaft gleich. Besonders betroffen wären unter anderem das bayerische Chemiedreieck sowie ohnehin strukturell schwierige Regionen im Grenzlandbereich, wo viele stromintensive Unternehmen der Glas-, Keramik- und Kunststoffindustrie beheimatet sind. Brechen die Grundstoffindustrien weg, so sind auch weitere Unternehmen in der nachfolgenden Wertschöpfungskette im Industrie- und Dienstleistungsbereich betroffen und damit viele hunderttausend Arbeitsplätze in Deutschland. Tatsache ist doch: Die deutschen Preise für Industriestrom sind bereits heute mit die höchsten in ganz Europa, nicht zuletzt wegen der Förderung der Erneuerbaren Energien. Wenn also eine Wettbewerbsverzerrung aufgrund des deutschen EEG besteht, dann geht diese zu Lasten deutscher Unternehmen. Daher muss alles daran gesetzt werden, Ermäßigungen für die stromintensive Industrie in Deutschland zu erhalten.

Lange Tradition

GZ: Gerade die Wasserkraft hat für den Industriestandort Bayern seit jeher eine ganz zentrale Rolle gespielt. Wie beurteilen Sie das Potenzial dieser erneuerbaren Energiequelle?

Pschierer: Die Nutzung der Wasserkraft als saubere, emissionsfreie Energie hat in Bayern eine lange Tradition. Als „weiße Kohle“ stellte sie die Grundlage der industriellen Entwicklung dar. Mit der Entwicklung unterschiedlicher Turbinentypen zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts und der durch Oskar von Miller angeregten Elektrifizierung Bayerns stieg die Anzahl der Wasserkraftwerke bis 1926 auf rund 11.900 Anlagen. Damit konnte der bayerische Strombedarf damals fast ausschließlich aus Wasserkraft gedeckt werden. Noch in den 1950er Jahren hatte Wasserkraftstrom einen Anteil von etwa 80 Prozent an der Gesamtstromerzeugung in Bayern und war somit entscheidend für die Versorgungssicherheit. Heute existieren im Freistaat noch 4.141 Wasserkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von gut 2.930 Megawatt. Potenziale sehe ich nicht so sehr bei den Querbauwerken beziehungsweise im Bau neuer Wasserkraftanlagen, sondern eher in der Optimierung bestehender Wasserkraftwerke.

GZ: Wie sehen die Ausbaupläne aus?

Pschierer: Wir wollen die heutige Stromerzeugung aus Wasserkraft (ohne Pumpspeicherkraftwerke) in Bayern bis 2021 um gut 15 Prozent auf knapp 14 Milliarden kWh/Jahr steigern, was rund 20,5 Prozent der derzeitigen öffentlichen Stromerzeugung in Bayern entspricht. Damit könnten fast 700.000 Haushalte zusätzlich mit regenerativem, CO₂-freiem Strom versorgt werden.

GZ: Wo liegen grundsätzlich die Vorteile der Wasserkraft?

Pschierer: Die Wasserkraft ist mit einem aktuellen Anteil von rund 43 Prozent die wichtigste und am stärksten ausgebaut Form der Stromerzeugung aus regenerativen Energiequellen in

Bayern. In den vergangenen Jahren lieferte sie durchschnittlich 15 Prozent des in Bayern verbrauchten Stroms. Anders als die wetter- und tageszeitenbedingte stark fluktuierenden Energiequellen Wind und Sonne ist die CO₂-neutrale Wasserkraft grundsätzlich rund um die Uhr verfügbar und kann damit gleichermaßen in der Grund-, Mittel- und Spitzenlast eingesetzt werden. Sie leistet daher einen wichtigen Beitrag zur Bedarfsdeckung und Systemstabilität. Auch sind die Erzeugungskosten für Wasserkraftstrom im Vergleich zu anderen erneuerbaren Energien deutlich niedriger. Insofern sollte man das bestehende Potenzial unbedingt nutzen.

Hohe Akzeptanz in der Bevölkerung

Schleich: Hinzu kommt die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Laut einer repräsentativen Umfrage des renommierten Meinungsforschungsinstituts forsa im Jahr 2009 befürworten 91 Prozent der Menschen in Bayern die Nutzung der Wasserkraft. Und der aktuelle Energiekompass der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie von 2013 sieht die Akzeptanz der Wasserkraftserzeugung in der Bevölkerung bei rund 79 Prozent und damit noch vor Wind und Sonne. Wasserkraft wird also nachweislich als der wertvollste erneuerbare Energieträger angesehen.

GZ: So weit, so gut...

Schleich: Nicht ganz. Das Problem sind Naturschutzorganisationen, die mit zum Teil unsachlichen, ja polemischen Attacken eine sehr intensive Kampagne gegen die Wasserkraft führen. Dabei wird der Wasserkraft jeglicher ökologischer Charakter abgesprochen. Hinzu kommen Teile der Medien, die die ablehnenden Äußerungen der NGO (Nicht-Regierungsorganisationen) als mehrheitliche Meinungsführerschaft wahrnehmen und die die erwiesenermaßen überwiegend positive Haltung der Bevölkerung zur Wasserkraft ausblenden. Dadurch kommt es in der öffentlichen und veröffentlichten Darstellung zu deutlichen Verzerrungen. Damit haben wir sehr zu kämpfen.

Pschierer: Da muss ich Herrn Schleich Recht geben. Bei der Wasserkraft brauchen wir auf allen Seiten die Bereitschaft zu Kompromiss und Dialog.

GZ: Nach Aussage von Ministerpräsident Seehofer ist die Bevölkerung sein Koalitionspartner. Ergo müsste er doch beim Wasserkraftthema an der Seite stehen?!

Pschierer: Wir müssen zu brauchbaren Lösungen gelangen. Ich hoffe und bitte darum, dass wir einen vernünftigen Ausgleich erzielen zwischen den berechtigten Interessen der politischen Verantwortlichen, der Anlagenbetreiber sowie der Umwelt- und Naturschützer. Letztlich geht es hier um eine Güterabwägung. Von Seiten der Politik gab es nachweislich die Bereitschaft, entsprechend tätig zu werden.

Schleich: Denken Sie nur an Herrn Staatsminister Dr. Marcel Huber, der mit dem von ihm initiierten Forum „Ökologische Wasserkraft“ den Beginn eines langfristigen Dialogs zwischen Wasserkraft und Naturschutz ermöglichen wollte. Die Vertreter der Naturschutzorganisationen haben sich jedoch bereits nach kurzer Zeit aus diesem Gesprächskreis zurückgezogen. Seitdem ist kein weiterer Kontakt mehr zustande gekommen. Nach wie vor argumentieren die Naturschützer mit dem Hinweis: Unsere Werte sind absolute Werte und ei-

ner Kompromisslösung nicht zugänglich. Eine solch rigide Haltung macht einen schon nachdenklich.

GZ: Hier ist folglich die Politik gefragt...

Schleich: Ich hoffe, dass die Staatsregierung einen zweiten Anlauf startet, um Dialog- und Kompromissbereitschaft von den Naturschutzverbänden einzufordern. Schließlich müssen wir zwischen Klimaschutz und Energiewende einerseits und Naturschutz andererseits sinnvoll abwägen. Und wenn diese Abwägung bei dem einen oder anderen Projekt zugunsten der Energiewende ausgeht, müssen die Naturschutzverbände dies akzeptieren. Der Naturschutz darf nicht einfach isoliert in den Raum gestellt werden, sondern ist stets auch gegen widerstrebende und ebenso wichtige andere Interessen abzuwägen. Hier müssen die NGO an ihre gesamtgesellschaftliche Verantwortung erinnert werden.

Pschierer: Hier kann ich nur an die Gesprächsbereitschaft aller Beteiligten appellieren. Einen Absolutheitsanspruch kann es nicht geben. Ich respektiere die Interessen der NGO; jedoch gehören zu einer demokratischen Auseinandersetzung meiner Meinung nach Dialog und Kompromissfähigkeit. Dies gilt nicht nur für das Thema Wasserkraft, sondern auch für Windkraft, Biogasanlagen und Photovoltaik. Auch hier muss versucht werden, die Interessen der jeweiligen Seite zu berücksichtigen.

Gesamtgesellschaftliche Verantwortung

GZ: Vor ihrer heimatlichen Haustür ist die im 19. Jahrhundert zur Landgewinnung und zum Schutz vor Hochwässern begründete Iller. Anlieger und Kommunen sind hier wie auch an der Salzach verzweifelt, da die Flüsse durchzubrechen drohen. Für dringende notwendige Rettungsmaßnahmen an den Flüssen, zum Beispiel Stützwerke zur Sohle-Stabilisierung, fehlt der öffentlichen Hand das Geld. Als Lösung dieses Dilemmas könnte man doch zur Finanzierung Partner aus der Energiewirtschaft mit ins Boot holen und die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen über die Erlöse aus einer energetischen Nutzung durch Wasserkraftanlagen finanzieren. So ließe sich die gewünschte Energiewende kraftvoll unterstützen und gleichzeitig die Flussläufe dauerhaft sanieren. Dies würde allerdings bedeuten, dass die Politik bestimmte Rahmenrichtlinien auch entsprechend gestalten müsste... Wie kann man neben einem solchen Win-Win-Effekt der Wasserkraft in der Öffentlichkeit nochmals einen Schub verleihen?

Pschierer: Es ist doch so: Wasserkraftprojekte wurden nach deren Realisierung selbst von den größten Kritikern oftmals freudig in Anspruch genommen. Ich selbst stamme aus dem Allgäu und vermag mir kaum vorzustellen, wie es dort ohne den Forggensee wäre. Mancher Bürger, der sich heute in den Sommermonaten am Ufer eines Gestades im Freistaat erholt, nimmt gar nicht mehr zur Kenntnis, dass er dies nur tun kann, weil ein Energieversorger mit Unterstützung der Politik irgendwann den Stausee geschaffen hat. Tatsächlich gibt es viele Destinationen, die mittels Wasserkraft ihre Werbeziele erreicht haben – ich denke nur an das Fränkische Seenland. Wenn ich also die Komponenten Energieversorgung, Tourismus, Naherholung sowie die Schaffung neuer Biotopformen zusammenfüge, kann ich keine Nachteile erkennen. Man kann diese eben auch künstlich herbeireden! □

Fehler im...

(Fortsetzung von Seite 1)

Fragen der regenerativen Energieerzeugung sowohl die betriebswirtschaftlichen als auch die volkswirtschaftlichen Aspekte zu berücksichtigen. Richtig sei es, künftig nur noch Anlagen zu fördern, die eine bestimmte prozentuale Auslastung der maximalen Windhöflichkeit garantieren. Die Ziele der Energieeffizienz müssten mehr in den Vordergrund gestellt werden. Hierzu sei ein strukturiertes Vorgehen vonnöten.

„Tatsache ist: Ohne einen gewissen Zukauf von außen können wir nicht über die Runden“, fuhr Brandl fort. Regionalisierungsgedanken seien fehl am Platze, „denn es gibt schlichtweg kein energieautarkes Bayern“. Man habe es mit einem liberalen Strommarkt zu tun. Dem Bürger bleibe letztlich überlassen, wo er den Strom einkauft. Die Maxime laute: „Weg von engen Betrachtungsweisen hin zu einem eher globalen Ansatz, was die Schaffung regionaler sinnvoller Strukturen natürlich trotzdem nicht ausschließt“.

Die Wasserkraft bezeichnet Brandl als wichtigen Faktor der erneuerbaren Energieerzeugung. In welcher Größenordnung hier grundlastfähige Ausbaupotenziale vorhanden sind, darüber lasse sich freilich trefflich streiten.

Der Gemeindegatschef sprach sich zudem dafür aus, das durch Volksentscheid in der Bayerischen Verfassung verankerte Verfassungsziel gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern konkret umzusetzen. Mit Sorge betrachte er die demografische Entwicklung mit ihren Wanderungsbewegungen in die Großstädte. Junge Familien sollten in den ländlichen Gebieten wohnen bleiben oder möglicherweise sogar dorthin ziehen. Brandl: „Wir brauchen jeden Arbeitsplatz. Wir wollen auch in der Fläche gute Bildungsangebote. Wir wollen mehr Universitäten und Forschungseinrichtungen in den ländlichen Räumen ansiedeln. Cluster dürfen nicht nur in den Ballungsräumen spritzen; der ländliche Raum bietet hierfür ebenfalls hervorragende Voraussetzungen. Auch die medizinische Versorgung muss in ganz Bayern gesichert sein.“

Bei der Schaffung schneller Datenautobahnen hoffen Bayerns Gemeinden und Städte wiederum auf einen neuen Schub durch die von Heimatminister Markus Söder angekündigten Verbesserungen beim Bayerischen Breitbandförderprogramm. Die Tatsache, dass 2013 nur 400 Gemeinden am Förderverfahren teilgenommen haben, beweise, dass das bisherige Bürokratiemonster viele abgeschreckt hat. Durch die geplanten Verfahrenserleichterungen und die deutlich höhere Förderung von 1,5 Milliarden Euro bis 2018 mit der Anhebung der Fördersätze auf 60 bis 90 Prozent sollte der Breitbandausbau wesentlich zügiger vorangehen als bisher. Sobald Brüssel „grünes Licht“ gegeben hat, müsse das bayerische Heimatministerium mit seinen nachgeordneten Stellen den ausbauwilligen Gemeinden und Städten tatkräftig unter die Arme greifen.

„Aus eigener leidvoller Erfahrung“ wusste Brandl als Abensberger Bürgermeister davon zu berichten, wie träge sich das Genehmigungsverfahren nach wie vor darstellt. Nach über einhalbjährigem Verfahren stehe Abensberg nunmehr kurz vor der Unterzeichnung des Kooperationsvertrages mit der Telekom Deutschland GmbH. Der Gemeindegatspräsident bezeichnete es als „suboptimal“, dass die technische Beratung von den Vermessungsämtern ausgehe und die rechtliche Beratung sich in den Bezirksregierungen vollziehe. „Um schneller zum Ziel zu kommen, wäre eine interministerielle Einigung besser gewesen“, hob

Brandl hervor und verwies darauf, „dass wir an einer fachkompetenten Beratung vor Ort nicht vorbeikommen werden“.

Mit Blick auf den FAG wies Brandl darauf hin, dass der Bayerische Gemeindegats derzeit gemeinsam mit den anderen kommunalen Spitzenverbänden in Bayern sowie dem Finanz- und Innenministerium in Verhandlungen über die Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs steht. Ziel sei es, die vorhandenen Gerechtigkeitslücken zu schließen. Aus Sicht des Gemeindegats liegt der Fokus dabei auf den Themen Nivellierungshebesatz, Einwohnergewichtung sowie Mehrfachberücksichtigung.

Laut Brandl legen die Gemeinden und Städte bei der Grund- und der Gewbesteuer mittels Hebesätzen die Steuerhöhe fest. Diese fällt sehr unterschiedlich aus. Während die kreisfreien Städte beispielsweise einen durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz von 455 Prozent haben – München hat diesen sogar mit 490 Prozent festgesetzt – können Gemeinden im ländlichen Raum durchschnittlich gerade einmal 322 Prozent durchsetzen. Dennoch wird im Finanzausgleich bei der Ermittlung der Steuerkraft bei allen Gemeinden ein einheitlicher Hebesatz von 300 Prozent zugrunde gelegt. Dies hat Auswirkung bei der Feststellung der „Bedürftigkeit“ der Kommunen. Den Gemeinden im ländlichen Raum verbleibt dadurch ein viel geringerer Finanzspielraum. „Das ist ein grundlegender Systemfehler, der schnellstmöglich bereinigt werden muss“, erklärte der Verbandschef.

Im Zuge der Einwohnergewichtung werde fiktiv unterstellt, dass der Ausgabenbedarf einer Kommune mit zunehmender Einwohnerzahl automatisch steigt. Völlig außen vor bleibe dabei allerdings, dass der Grundbedarf an öffentlichen Leistungen wie zum Beispiel Straßen, Kinderbetreuungseinrichtungen oder Seniorenbetreuung auch bei Gemeinden mit einer geringeren Einwohnerzahl spürbar zugenommen hat. Diesen Grundbedarf gelte es künftig unabhängig von der Gemeindegröße stärker zu gewichten.

Nicht ausgewogen sei darüber hinaus, dass bei größeren Gemeinden die steigenden Ausgaben gleich mehrfach in die Bedarfsermittlung einfließen. So

werden nach Auffassung des Bayerischen Gemeindegats neben der Einwohnergewichtung auch noch Zuschläge für „Soziale Belastungen“ und „Kreisfreiheit“ gewährt. Unbestritten sei, dass die kreisfreien Städte im gesamten Sozialbereich hohe Lasten zu tragen haben. Warum diese Belastungen aus drei verschiedenen Ansätzen (Einwohnergewichtung, Ergänzungsansätze Kreisfreiheit und Sozialbelastung) gleich mehrfach ausgeglichen wird, sei allerdings nicht nachvollziehbar. Die Bedarfsermittlung müsse auch bei kleineren Gemeinden geprüft werden.

Der Bayerische Gemeindegats legt den Schwerpunkt im Rahmen des Gutachtenprozesses zur Fortentwicklung des Finanzausgleichs unter anderem auf folgende Faktoren: Wie viel wird je Einwohner an Bedarf anerkannt (Einwohnergewichtung) und wie viel von den tatsächlichen Einnahmen einer Gemeinde wird bei der Berechnung der Steuerkraft tatsächlich berücksichtigt (Nivellierungshebesatz)?

Stichwort Kommunalwahl: Wie Brandl informiert darüber, dass in einer vom Bayerischen Gemeindegats in Auftrag gegebenen Umfrage das Meinungsforschungsinstitut forsa festgestellt habe, dass die bayerische Bevölkerung mit den Leistungen ihrer Kommunalpolitiker sehr zufrieden ist. Bürgermeister und Gemeindeverwaltung genießen das größte Vertrauen von allen politischen Ebenen (Gemeindeverwaltung 68 %, Landesregierung 37 %, Bundesregierung 32 %). Dabei werde die Kommunalwahl am 16. März in vielen Kommunen eine Zäsur darstellen: 1.850 Bürgermeisterkandidaten sind neu zu wählen, ebenso etwa 33.000 Gemeinderäte. Erfahrungsgemäß findet ein Wechsel auf 600 Chieffesseln statt. Brandl: „Das ist gelebte Demokratie an der Basis. Dennoch haben wir Sorge, dass die Wahlbeteiligung auch bei den Kommunalwahlen (2008: 60 %) abnimmt.“

Nach den Kommunalwahlen könnten aus Sicht des Präsidenten die Gemeinde- und Stadträte in Bayern vielfältiger zusammengesetzt sein. „Wir werden wesentlich bunter werden“, meinte Brandl. Unabhängige Wählergruppen seien auf dem Vormarsch, wobei diese Gruppierungen oftmals Einzelinteressen verfolgten. Dies sei problematisch, fehle doch vielfach ein Gesamtkonzept zur Entwicklung einer Gemeinde. **DK**

Großer Zulauf zur Arbeitsgemeinschaft Energienutzungspläne

„Wir freuen uns, dass unsere Arbeitsgemeinschaft auf so großes Interesse stößt“, sagte Gemeindegatspräsident Dr. Uwe Brandl in München. Die ursprünglich von vier Organisationen gegründete Einrichtung, die sich die Förderung kommunaler Energienutzungspläne auf die Fahne geschrieben hat, ist nunmehr auf 14 Mitglieder angewachsen. Hochschulen, Energieagenturen und bekannte Planungsbüros sind hinzugekommen. „Eine vor Ort-Steuerung der Energiegewende getreu dem Subsidiaritätsprinzip ist die hervorragende Ergänzung zu den fälligen Korrekturen an EEG“, so Brandl.

Der Bayerische Gemeindegats hat im Herbst 2012 die Arbeitsgemeinschaft Energienutzungspläne gemeinsam mit dem Bayernwerk, der Hochschule Amberg-Weiden und dem Institut für Energietechnik gegründet. Ziel ist es, möglichst flächendeckend für alle Gemeinden - bei kleineren Gemeinden gegebenenfalls in interkommunaler Zusammenarbeit - Energienutzungspläne zu bekommen. Allerdings kommt es besonders auf die Inhalte der Pläne an. Der Arbeitsgemeinschaft geht es darum, die staatlichen Förderprogramme mit folgender Zielrichtung zu nutzen:

1. Sicherstellung eines Mindeststandards bei der Erfassung der energetischen Ausgangssituation
2. Einbeziehung der betroffenen Akteure vor einer Maßnahmenempfehlung – die Gemeinde kann die meisten Aktivitäten nicht im Alleingang umsetzen
3. eine konkrete Maßnahmenempfehlung mit Wirtschaftlichkeitsberechnung muss zwingender Mindestinhalt eines Energienutzungsplans sein – keine Konzepte für die Schublade!

Der Arbeitsgemeinschaft sind nun die Hochschulen Augsburg, Deggendorf und Landshut, die Energieagenturen Allgäu, Nordbayern und Regensburg sowie das bifa Umweltinstitut, die Forschungsgesellschaft für Energiewirtschaft und das Institut für Systemische Energieberatung beigetreten. Sie wird in Kürze die Erstellung von Energienutzungsplänen in allen Kreisverbänden des Gemeindegats bewerben. Dafür wird ein Flyer, der den Praxisnutzen aufzeigt und eine Ausschreibungshilfe, entwickelt, um qualifiziert das richtige Fachbüro aussuchen zu können. □

Herrmann stellt Statistisches Jahrbuch 2013 vor:

„Made in Bavaria“ hoch im Kurs

Mobilität kräftig gestiegen

Bayern bleibt ungebrochen attraktiv. Die Einwohnerzahl ist um 150.000 Personen zwischen Mai 2011 und Juni 2013 gewachsen. Das ist deutlich mehr als die Einwohnerzahl Regensburgs. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann sagte bei der Vorstellung des Statistischen Jahrbuchs 2013 in München: „Diese Anziehungskraft kommt nicht von ungefähr. ‚Made in Bavaria‘ ist auf den Weltmärkten gefragt. Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung lag die Arbeitslosenquote 2012 nur noch bei 3,7 Prozent.“ Trotz Schuldenkrise wuchsen die Exporte 2012 gegenüber dem Vorjahr nochmals um drei Prozent. 2012 setzte die bayerische Industrie knapp 337 Milliarden Euro um, jedes zweite Produkt ging ins Ausland.

Allein durch Zuzüge aus den übrigen Bundesländern gewann der Freistaat zwischen Mai 2011 und Juni 2013 30.734 Einwohner. Das entspricht in etwa der Einwohnerzahl der Großen Kreisstadt Forchheim in Oberfranken. Und das obwohl der Saldo aus Geburten und Sterbefällen zwischen Mai 2011 und Juni 2013 mit minus 45.523 negativ war. Herrmann betonte, dass die Anziehungskraft Bayerns aber weit über das Bundesgebiet hinaus reiche. Es zogen in diesem Zeitraum 146.608 Personen mehr nach Bayern als aus dem Europäischen Union.

Wachsender Autoverkehr

Noch schneller als die Einwohnerzahl ist in den letzten 40 Jahren der Autoverkehr in Bay-

ern gewachsen. Waren 1970 nur 3,14 Millionen Kraftfahrzeuge auf Bayerns Straßen unterwegs – nicht einmal jeder dritte Einwohner hatte ein Auto – nähern wir uns 2013 bei aktuell 9,1 Millionen Kraftfahrzeugen mit großen Schritten der 10 Millionen-Marke. Mittlerweile besitzt nur noch jeder vierte Einwohner kein Kraftfahrzeug. „Das hat Konsequenzen für unser Straßennetz“, betonte der Verkehrsminister.

Investitionen

Die Investitionen in die Autobahnen sowie Bundes- und Staatsstraßen haben sich von 2000 bis 2012 um mehr als die Hälfte auf fast 1,5 Milliarden Euro erhöht. Von insgesamt 250 Millionen Euro für die Staatsstraßen wurden 2012 allein 222 Millionen direkt für die Erhal-

tung sowie den Um- und Ausbau des Straßennetzes eingesetzt.

Verkehrssicherheit

„Die Investitionen in die Sicherheit unserer Straßen sind gut angelegtes Geld. Sie machen sich auch im Hinblick auf die Verkehrssicherheit bezahlt“, stellte Herrmann fest.

Die Zahl der verunglückten Verkehrsteilnehmer sei glücklicherweise seit 2000 um 20 Prozent auf rund 70.000 zurückgegangen. Getötet wurden 2012 662 Menschen, die niedrigste Zahl seit 1953 – leider aber noch immer zu viele. „Wir werden deshalb alles tun, um diese Zahlen noch weiter deutlich zu senken. Mit unserem Verkehrssicherheitsprogramm „Bayern mobil – sicher ans Ziel“ wollen wir die Zahl der Toten im Straßenverkehr bis 2020 gegenü-

ber 2011 um 30 Prozent reduzieren und die Zahl der schweren Unfälle insgesamt verringern.“

Steigendes Fluggastaufkommen

Um fast zwei Drittel gestiegen ist zwischen 2000 und 2012 auch die Zahl der Flugpassagiere. Passierten im Jahr 2000 noch 26,2 Millionen Reisende die bayerischen Flughäfen, stieg das Fluggastaufkommen 2012 auf 42,8 Millionen Reisende. „Der Luftverkehr ist damit für die Standortqualität der bayerischen Wirtschaft und für den Tourismus von großer Bedeutung“, stellte der Verkehrsminister fest. Verkehrsträger mit Zukunft ist auch die Schiene. Das bayerische Schienennetz weist zwischenzeitlich beachtliche 6.310 Kilometer aus, fast so weit wie von München nach New York. 2012 wurden auf der Schiene fast 53 Millionen Tonnen Güter transportiert, 15 Prozent mehr als 2005 mit 46 Millionen Tonnen.

Weitere Informationen unter: www.stmi.bayern.de/suk/bayern/jahrbuch/index.php

Entlastung von Eingliederungshilfe

Fachgespräch zwischen Sozialministerin Emilia Müller und den sieben Bezirkstagspräsidenten

„Die Eingliederungshilfe muss aus der Sozialhilfe gelöst und in ein eigenständiges Leistungsgesetz übergeführt werden“, forderte der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Josef Mederer, bei einem Fachgespräch der sieben Bezirkstagspräsidenten mit Staatsministerin Emilia Müller. „Im Hinblick auf den ständigen Anstieg der Sozialhilfeausgaben in Bayern ist eine finanzielle Entlastung der Bezirke in diesem Bereich längst überfällig“. Bund, Länder und Kommunen müssten die Kosten der Eingliederungshilfe zu gleichen Teilen im Rahmen eines Bundesleistungsgesetzes übernehmen. Notwendig sei freilich auch eine inhaltliche Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe.

Übereinstimmend sahen Müller und Mederer das Bundesleistungsgesetz „auf einem guten Weg“. Bayerns Sozialministerin Emilia Müller betonte in dem Gespräch: „Die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft ist eine Aufgabe von enormer Wichtigkeit. Hierfür ist ein Bundesleistungsgesetz unter Beteiligung des Bundes unverzichtbar. Es ist ein Meilenstein, dass diese Forderung Bayerns nun im Koalitionsvertrag verankert ist und kraftvoll angegangen werden kann. Mit dem Bundesleistungsgesetz werden wir Menschen mit Behinderung aus der Sozialhilfe herausholen und ihre Rechte auf Teilhabe sichern. Die bayerischen Bezirke sind hierbei starke Partner an der Seite der Staatsregierung.“

Die Bezirkstagspräsidenten abschließend dankten Ministerin Müller für die effektive Zusammenarbeit zwischen Ministerium und Bezirken.

Für mehr..

(Fortsetzung von Seite 1)

Maly: „Die Betroffenheit von Kommunen, die in finanziellen Nöten stecken, läuft unabhängig von der Größe: Betroffen sind kleine und große Orte, die in strukturschwachen Regionen liegen und die vom demographischen Wandel betroffen sind.“ Die Probleme von strukturschwachen Kommunen ließen sich nicht allein über den kommunalen Finanzausgleich lösen.

Einnahmebedarf

Wie der Städtetagschef zudem feststellte, seien Schlüsselzuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich nicht die „Sozialhilfe“ des Freistaats für ärmere Gemeinden, sondern dienen dazu, den berechtigten Einnahmebedarf einer Kommune zu decken. Es gehe um die Sicherstellung einer aufgabengerechten Finanzausstattung und einen teilweisen Ausgleich von Finanzkraft unter Städten und Gemeinden. Der Grundgedanke des bayerischen kommunalen Finanzausgleichs habe sich ebenso bewährt wie die Grundkonstruktion mit Schlüsselzuweisungen und Einwohnergewichtung.

Maly: „Es ist argumentativ nicht sauber, nominell richtige Zahlen in einen falschen Zusammenhang zu stellen und unterschiedliche Jahre zu vergleichen.“ So beklage etwa Gemeindegeschäftsführer Dr. Brandl die Schlüsselzuweisungen der Landeshauptstadt München von 94 Millionen Euro und verweise zugleich auf die Münchner Gewerbesteuererlöse im Jahr 2013 von 2,2 Milliarden Euro. Allerdings basierten Maly zufolge die Schlüsselzuweisungen 2014 auf den Daten von 2012: Hier lag das Gewerbesteuererlöse (brutto) in München bei 1,7 Milliarden Euro und die Sozialausgaben bei 634 Millionen Euro. Der Anteil der kreisfreien Städte an den Schlüsselzuweisungen blieb bei 650 Millionen Euro auf dem Vorjahresniveau (21,8 Prozent), während der Anteil der kreisangehörigen Städte und Gemeinden um vier Prozent auf 1,25 Milliarden Euro gestiegen ist (42,2 Prozent). In den kreisangehörigen Bereich sind auch die Schlüsselzuweisungen

der Landkreise von 1,07 Milliarden Euro (36 Prozent) einzu beziehen.

Ganztagsgarantie bis 2018

Mit Blick auf das Versprechen der Staatsregierung, für den Ausbau eines bedarfsgerechten Ganztagsangebots für Schüler bis 14 Jahre zu sorgen, meinte der Städtetagsvorsitzende: „Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung sogar eine Ganztagsgarantie bis 2018 abgegeben. Das ist ein ambitioniertes Ziel, zumal Bayern hier Nachholbedarf hat. Das Versprechen der Staatsregierung kommt den Forderungen des Bayerischen Städtetags entgegen. Nun muss die Staatsregierung klären, wie sie im Detail die Ganztagsgarantie realisiert.“

Ganztagsangebot

Die Städte fordern ein stärkeres Engagement des Staates beim Ganztagsangebot. Der Staat muss ihrer Ansicht nach Ganztagsschulen personell und finanziell besser ausstatten. Notwendig sei die Harmonisierung bei Trägerschaft und Finanzierung von Betreuungsangeboten für Grundschüler; flexiblere Formen der Zusammenarbeit bei Kindertageseinrichtungen müssten möglich werden. Notwendig sei der Ausbau eines flächendeckenden Ganztagsangebots, das den Bedarf von Eltern und Schülern abdeckt; der Anteil gebundener schulischer Ganztagsformen mit rhythmisiertem Tagesablauf – also eine wirkliche Ganztagschule – müsse ausgeweitet werden.

Betreuungsdschungel

Wie Maly deutlich machte, „ist der Dschungel der Ganztagsbetreuung derzeit unübersichtlich – vielfältige Betreuungsmöglichkeiten und Fördersysteme laufen nebeneinander.“ Das Durcheinander mit einem Dutzend unterschiedlicher Angebote in Schulen und Horten müsse harmonisiert und sinnvoll gegliedert werden. So gebe es etwa Horte, Tagespflege, Großta-

gung mit Morgenbetreuung, Halbtagsgrundschule mit Mittagsbetreuung, offene Ganztagschule und gebundene Ganztagsklassen (also eine wirkliche Ganztagschule). Derzeit liege in Bayern bei rein schulischen Ganztagsplätzen (Stand Schuljahr 2012/13) der Anteil lediglich bei 9,6 Prozent, der Bundesdurchschnitt lag 2011 bei 26 Prozent. Erst mit Hilfe der Mittagsbetreuung der freien Träger oder mit kommunalen Kindertagesstätten und Horten werde im Freistaat ein Ganztagsanteil von 22,4 Prozent erreicht. Ein Großteil der Lasten für Ganztagsangebote liege damit derzeit bei den Kommunen.

Anknüpfend an den Bildungsgipfel 2009 von Staatsregierung und kommunalen Spitzenverbänden ist es nach Malys Auffassung an der Zeit, dass sich alle Beteiligten wieder an einen Tisch setzen, um die Umsetzung der Ganztagsgarantie des Ministerpräsidenten auch voranzubringen. Es fehle ein konkreter Ausbauplan. Ohne die Kommunen als Träger des Sachaufwands vor allem bei Schulbauten könne dies nicht geschehen: Höherer Raumbedarf für Schülergruppen, Mensen oder zusätzliche Räume für Lehrkräfte kosteten Geld und hier sei der Freistaat mit einer höheren Förderung am Zug. Zudem lasse sich ohne ausreichend ausgestattete Lehrerkollegien die Ganztagschule nicht sinnvoll gestalten. Es gelte, neue Möglichkeiten für das Zusammenwirken von Jugendamt und Schule zu schaffen. Sinnvoll sei eine integrative Betreuung und Beschulung.

Nach wie vor auf der Hut sein müssen nach Malys Ansicht

Bürgerschaft, Kommunen, Bund und Freistaat beim Thema transatlantische Liberalisierungswelle, die durch ein mögliches Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA eintreten könnte. Es gelte, die Errungenschaften der kommunalen Daseinsvorsorge zu bewahren. Die Bundesregierung und die Staatsregierung müssten aufmerksam bleiben, damit eine Aushöhlung der kommunalen Daseinsvorsorge, gerade bei Wasserversorgung oder Abwasserentsorgung, gar nicht erst möglich wird. Das Recht auf kommunale Selbstverwaltung in Europa müsse gewahrt bleiben.

Transparenz unerlässlich

Maly: „Eine Freihandelszone mit rund 800 Millionen Einwohnern und knapp einem Drittel des Welthandelsvolumens wird zweifellos die Welt verändern, gerade deshalb ist Transparenz im Verfahren unerlässlich. Eine Mitwirkung der Kommunen ist nicht vorgesehen. Derzeit finden die Verhandlungen im Geheimen statt, unter Ausschluss der europäischen Bürgerschaft. Diese Geheimniskrämerie weckt Misstrauen bei den Menschen, dass Investorenprivilegien und Konzerninteressen an erster Stelle stehen, während die Belange der Bürgerschaft unter den Tisch fallen.“

Bei einem Gespräch mit den bayerischen kommunalen Spitzenverbänden hätten Vertreter der EU-Kommission versichert, dass die gesamte kommunale Daseinsvorsorge nicht Bestandteil der Verhandlungsmasse ist und die Organisationsstrukturen der Kommunen durch das Abkom-

men nicht angetastet werden sollen. Auch der Koalitionsvertrag der Bundesregierung bekenne sich, allerdings nur in einer kurzen Passage, zum Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge. Maly: „Wir müssen darauf achten, dass Europaparlament, Bundesregierung und Staatsregierung tatsächlich die Interessen der kommunalen Selbstverwaltung wahren und die Verhandlungen nicht über die Köpfe von Kommunen und Bürgern hinweg laufen.“

Zu den Äußerungen des Städtetagsvorsitzenden Maly, der Gemeindegeschäftsführer „brandmarke vermeintliche Ungerechtigkeiten“ beim kommunalen Finanzausgleich, bezog Gemeindegeschäftsführer Brandl umgehend Stellung und rief den Bayerischen Städtetag zu mehr Sachlichkeit in der Diskussion um die Reform des FAG in Bayern auf. „Nicht nur der Bayerische Gemeindegeschäftsführer, sondern auch Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer sieht Reformbedarf beim kommunalen Finanzausgleich. So hat er bei einem CSU-Parteitag in Nürnberg schon Anfang März 2012 erklärt, er wolle für mehr Gerechtigkeit beim Finanzausgleich sorgen und künftig noch zielgerichteter schwächere Kommunen unterstützen.“

Strukturschwäche

Gerade die strukturschwachen und von Demographie betroffenen Städte und Gemeinden benötigen laut Brandl eine zuverlässige Finanzausstattung, um die anstehenden Herausforderungen bewältigen zu können. Deshalb engagiere sich der Bayerische Gemeindegeschäftsführer bei dem gemeinsamen

Gutachten zur Fortentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs. Die darin abzuhandelnden Fragen sollen dazu dienen, das bestehende System auf den Prüfstand zu stellen und Ansätze für die Schließung der vorhandenen Gerechtigkeitslücken zu formulieren. Dabei gehe es nicht um das Spannungsfeld „groß gegen klein“, sondern darum, finanz- und strukturschwachen Städten und Gemeinden langfristig zu helfen. Es gelte, nicht nur die Einnahmenseite kritisch zu hinterfragen, sondern auch den Bedarf der Gemeinden exakter zu ermitteln. Dass Handlungsbedarf besteht, sei exemplarisch an der Stadt München festgemacht, bei der auf der Einnahmenseite z. B. allein bei der Gewerbesteuer ein Drittel der Einnahmen nicht angerechnet wird. München erhalte heuer 94 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen und daneben vom Freistaat außerhalb des Finanzausgleichs weitere 3 Milliarden Euro.

Gerechtigkeitslücken

Brandl: „Es ist unverständlich, warum sich der Bayerische Städtetag angesichts der bestehenden Gerechtigkeitslücken zum Anwalt des bestehenden Systems macht. Wir wollen Weiterentwicklung für alle finanz- und strukturschwachen Gemeinden und Städte – unabhängig von ihrer Größe. Die Städte und Gemeinden haben einen Anspruch darauf, dass das im vergangenen Jahr in der Verfassung verankerte Ziel der gleichwertigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land auch im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs umgesetzt wird.“ DK



13.–16. März 2014 | Messezentrum Nürnberg

Sichern Sie sich jetzt Ihre Eintrittskarte auf werkstaettenmesse.de/gutschein und geben Sie dort folgenden Code ein: **Gemeinde2014**

Werkstätten: Messe 2014

Werkstätten für behinderte Menschen zeigen Leistung – Vielfalt – Qualität
werkstaettenmesse.de

Neue Ideen für unternehmerische Sozialverantwortung

Entdecken Sie die kürzeste Verbindung zwischen zertifizierten Kooperationspartnern und sozialer Verantwortung – und profitieren Sie von einer branchenübergreifenden Auswahl an Produkten und Dienstleistungen – termingerecht, flexibel und maßgeschneidert, einer Umsatzsteuer von nur 7 % und einer geminderten Abgleichsabgabe bei Auftragsvergabe.

BesucherService

Tel +49 (0) 9 11.86 06-49 22
besucherservice@nuernbergmesse.de

Ideeller Träger

BAG WfbM
Bundesarbeitsgemeinschaft
Werkstätten für behinderte Menschen e.V.

Veranstalter

NÜRNBERG MESSE

Runder Tisch GIS:

Neuer Leitfaden für mobile Anwendungen

Projekte aus dem kommunalen Umfeld

Moderne Positionierungstechnologien, Apps und Touchscreens erlauben heute mobile Lösungen für Geo-Informationssysteme (GIS), die professionelle Ansprüche erfüllen müssen, für deren Einsatz jedoch keine GIS-Experten mehr benötigt werden. Das verändert Arbeitsabläufe und Geschäftsprozesse.

Mit dem Leitfaden „Mobiles GIS und standortbezogene Dienste“ bietet der Runde Tisch GIS nunmehr einen umfassenden Überblick zu den aktuellen Entwicklungen mobiler GIS-Lösungen von der Erfassung bis zur Bereitstellung räumlicher Daten. Das Themenspektrum reicht von der technischen Einführung in die Möglichkeiten und Grenzen von Positionierungstechnologien bis zu Fragen des Datenschutzes. Der Leitfaden richtet sich an alle, die sich mit mobiler Datenerfassung befassen und einen strukturierten Einstieg suchen; er ist nicht branchenspezifisch ausgerichtet.

Wie mobiles GIS und standortbezogene Dienste in der Praxis eingesetzt werden, zeigen zahlreiche, für den Leser aufbereitete Projekte aus der Praxis. Für politische Entscheidungsträger interessant ist die mobile GIS-Nutzung im Landratsamt Cham. Nach Darstellung von Dr. Ulrich Huber, IuK-Organisation, komme bei größeren und großen Städten immer mehr der mobile Erfassungsansatz zum Tragen. Die Vielzahl an sinnvollen Anwendungsszenarien verbunden mit mehr als knappen Personalressourcen zwingt die Verwaltungen geradezu, auf moderne Technologien und Medi-

en zu setzen. Zumindest im innerstädtischen Bereich existierten die hierzu notwendigen Mobilfunknetze.

Eine Vielzahl der mittleren und kleineren Kommunen, also Kleinstädte und klassische Gemeinden, wäre mit reinen Auskunftslösungen oft schon mehr als zufrieden, betont Huber. Hier mangle es an durchgängigen Konzepten, geeignetem Fachpersonal und der langfristigen Finanzierung. Haupthindernis jedoch sei der mangelhafte Mobilfunkausbau gerade im ländlichen Raum. „Leider ist alles diesseits von UMTS für eine sinnvolle Geodatennutzung im Feld unbrauchbar. Ideal wären flächendeckende Hotspot-Lösungen bzw. HSDPA- oder LTE-Netze.“

Ungeachtet der defizitären Gegebenheiten im ländlichen Raum ist es nach Hubers Auffassung sinnvoll, sich rechtzeitig mit mobilen Geodatentechnologien auseinanderzusetzen. Das interkommunale Geoinformationssystem des Landkreises Cham (iGIS-Cham) setze im aktuellen Dienstbetrieb auf ein sog. Kommunales Behördenetz (KomBN) auf Basis verfügbarer DSL- und Kabeltechnologien (Kupfer und Glasfaser). Der konsequente Schritt in die mobile Welt werde gerade vollzogen.

In diesem Zusammenhang lauten die wichtigsten Schlagworte „Sicherheit“ und „Verfügbarkeit“, die jedoch gegeneinander abzuwägen seien. Es gelte, Anwendungsszenarien zu definieren und deren Anforderungen hinsichtlich beider Begriffe zu beleuchten. Reine Auskunftslösungen mit Inhalten ohne Personenbezug und ohne sonstige sensible Informationen könne man getrost anders angehen als vollwertige Erfassungslösungen für verwaltungsinterne Daten, die nur für den Dienstgebrauch oder als geheim bzw. personenbezogen eingestuft sind. Die cloud-basierte Plattform ArcGIS Online für Organizations biete in Kombination mit eigenen ArcGIS Servern für Inter- und Intranet sowie einem Kommunales Behördennetz die hierfür notwendigen Differenzierungsoptionen.

Im Aufbau befindet sich das mobile GIS der Stadt und des Landkreises Neu-Ulm. Seit vergangem Jahr steht die Bürger-App für iPad und iPhone im App-Store und für Android-Geräte im Google-Play-Store zur Verfügung. Somit kann der Bürger die Daten, die bislang nur am PC im Bürgerportal einzusehen waren, auch mobil abrufen. Weitere Anwendungen für den Bürger, wie ein per App geführter Stadtrundgang, sind geplant.

Datenbasis ist das gemeinsame GIS der Stadt und des Landratsamts. In einer Datenbank sind hier

alle Geodaten der GIS-Betreiber und weiteren 16 Gemeindeverwaltungen abgelegt. Somit ist der gesamte Landkreis Neu-Ulm in einem GIS-System abgebildet. Auf dieser Datenbank arbeiten täglich die Verwaltungsmitarbeiter (ca. 650 Anwender) über das Geodatenportal. Auch der Bürger hat Zugriff auf eine abgespeckte Variante des Portals um beispielsweise Bebauungspläne, Bodenrichtwertkarten oder POIs anzuschauen.

Die Vorteile liegen auf der Hand: Viele Arbeiten laufen mittels App komfortabler, einfacher, praktischer und bestimmt auch etwas schneller. Zudem ist die Datenbasis aktueller. Fehler werden minimiert, da Übertragungsfehler ausgeschlossen werden können. Die im Außendienst gesammelten Daten müssen im Büro nicht mehr in den PC getippt werden.

2014 werden bei der Stadt Neu-Ulm drei iPads angeschafft, die den Abteilungen Vermessung, Kanal, Straßenunterhalt, Bauhof und Liegenschaften zur Verfügung stehen. Auch die Kommunale Verkehrsüberwachung, die seit einiger Zeit Knöllchen auf dem iPhone ausstellt, kann sofort vor Ort über die GIS-App feststellen, ob sich ein Fahrzeug auf privatem oder öffentlichem Grund befindet. Ebenso sind Feuerwehr und Katastrophenschutz bei Einsätzen auf Daten wie Hydranten, Gefahrgutlagerstätten oder Abscheideranlagen angewiesen. Weiter beabsichtigen auch einige Gemeinden, ihre Baumdaten direkt im Außendienst mit der GIS-App zu pflegen.

Nach Überprüfung des vorhandenen Systems im Jahr 2006 und Problematiken hinsichtlich sinkender Zustimmung, ungenügender Wartung, mangelhafter Datenaktualität und wenig zufriedenstellendem Bedienkomfort fiel in der Stadt Schrobenhausen der Startschuss für einen Systemwechsel. Mit Blick u. a. auf einen verbesserten Support entschied man sich zur Einführung von GeoOffice express.

Seit der Einführung von GeoOffice express 2006 wurden die bestehenden GIS-Arbeitsplätze mit weiteren Einzelplatz- und Netzwerklizenzen stetig erweitert, um der steigenden Benutzerakzeptanz sowie dem erhöhten Informationsbedarf gerecht zu werden. Darüber hinaus wurde für die eigene Erfassung und Bearbeitung von Geodaten GeoOffice editieren eingeführt.

Der GIS-Themenkatalog wurde sukzessive ausgebaut. Um einen noch größeren Benutzerkreis mit schnellerer und einfacherer Bedienbarkeit zu erreichen, startete man Ende 2010 mit WebOffice, einem browserbasierten GIS. Dadurch konnte ohne großen technischen Aufwand den vorhandenen städtischen Außenstellen (Bauhof, Liegenschaftsverwaltung und Stadtwerke) unproblematisch ein Zugang zu sämtlichen Geodaten zur Verfügung gestellt werden.

WebOffice ermöglicht nun Auskünfte über die Grenzen des Rathauses hinaus, ergänzend zu den Desktoparbeitsplätzen, die von jedem Mitarbeiter an jedem Arbeitsplatz nutzbar ist. Zusätzlich wird die lokal installierte Eigentümerverwaltung (ALB) sowohl von WebOffice als auch von GeoOffice optimal eingebunden.

Ab dem Jahre 2009 wurden die analogen Bebauungspläne der Stadt Schrobenhausen schrittweise für den GIS-Einsatz aufbereitet. Nach Einscannen der in Papierform vorliegenden Bebauungspläne und Digitalisierung der Geltungsbereiche wurden die anhand der Digitalen Flurkarte georeferenzierten Bebauungspläne in Web- und GeoOffice eingebunden. Mittlerweile stehen den Mitarbeitern aller Dienststellen knapp 150 Bebauungspläne zur Verfügung.

Um auch im Infrastrukturmanagement auf dem neuesten Stand zu bleiben, ist seit Ende 2011 ProOffice fester Bestandteil der Verwaltung. In den Bereichen Gebäudewirtschaft, Instandhaltung und

Cyber-Kompetenzzentrum im Landeskriminalamt

Neue Spezialeinheiten der Bayerischen Polizei gegen Kriminelle im Internet hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann in München vorgestellt. „Im Mittelpunkt unserer Offensive steht die weitere Stärkung der Polizei zur Bekämpfung der Cyber-Kriminalität“, erläuterte Herrmann auf einer Pressekonferenz. „Auch das digitale Bayern muss eine sichere Heimat für unsere Bürgerinnen und Bürger bleiben.“

Dazu wird das Bayerische Landeskriminalamt zu einem polizeilichen Cybercrime-Kompetenzzentrum ausgebaut, das auch für Sicherheitsbehörden aus dem In- und Ausland ein wichtiger Ansprechpartner ist. Zudem werden derzeit flächendeckend Cybercrime-Einheiten eingerichtet. Herrmann: „Bei jeder bayerischen Kriminalpolizeiinspektion gibt es in Zukunft speziell geschulte Beamte zur Bekämpfung der Internetkriminalität.“ „Eine große Rolle spielen für uns die sogenannten Cybercops“, so der Innenminister weiter. Mit diesen erstmals 2012 extra zu Polizisten ausgebildeten EDV-Spezialisten habe die Bayerische Polizei sehr gute Erfahrungen gemacht und eine bundesweite Vorreiterrolle eingenommen.

Sensibler Umgang mit Daten

Die derzeit 25 Cybercops werden nach den Worten Herrmanns noch in diesem Jahr verdoppelt. Auch in den nächsten Jahren sei eine weitere Verstärkung geplant. Zudem sollen hochmoderne Cyber-Labore bei der Kriminalpolizei eingerichtet werden. Flankiert werden die organisatorischen Maßnahmen durch eine Aus- und Fortbildungsinitiative mit speziellen Leitfäden und Online-Plattformen zur Anzeigenaufnahme und Beweissicherung. Darüber hinaus appellierte der Innenminister an die Selbstverantwortung der Internetnutzer: „Je sensibler wir mit unseren Daten umgehen, desto chancenloser sind die Täter im Netz.“

Für Herrmann sind auch weitere Verbesserungen im Rechtsbereich unerlässlich wie beispielsweise eine Stärkung der Persönlichkeits- und Urheberrechte. Besonders wichtig ist dem Innenminister die schnelle und rechtskonforme Regelung der Vorratsdatenspeicherung: „Ohne Vorratsdatenspeicherung können sich Kriminelle im Internet nahezu in absoluter Anonymität bewegen. Dieser Zustand ist unerträglich!“

Die Internetkriminalität ist weltweit auf dem Vormarsch. Ganz ak-

tuell zeigt die Warnmeldung des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik zu 16 Millionen gehackten E-Mail-Konten, wie schnell in der virtuellen Welt ganz reale Gefahren entstehen können.

Die besorgniserregende Entwicklung der Cyber-Kriminalität wird in der Polizeilichen Kriminalstatistik deutlich: 2013 stiegen in Bayern die Internetstraftaten im Vergleich zum Vorjahr um 10,6 Prozent auf 24.292 Fälle an. Die Aufklärungsquote lag bei 42,7 Prozent. Besonders hohe Zuwächse gab es beispielsweise beim Warenbetrug mit 4.680 Fällen (+ 23,6 Prozent), beim Zahlungskartenbetrug mit 2.486 Fällen (+ 11,1 Prozent), bei Beleidigungen im Netz mit 1.097 Fällen (+ 23,4 Prozent), bei Datenveränderung und Computersabotage mit 926 Fällen (+ 16,5 Prozent) sowie bei Erpressungsdelikten mittels Internet mit 809 Fällen (+ 13,9 Prozent). Der Schaden durch Internetkriminalität in Bayern lag 2013, wie auch schon 2012, bei mehr als 17 Millionen Euro.

„Diesen besorgniserregenden Entwicklungen sehen wir in Bayern nicht tatenlos zu“, betonte der Innenminister. „Bereits Mitte der 1990er Jahre haben wir beispielsweise als eines der ersten Bundesländer beim Bayerischen Landeskriminalamt die Netzwerkfahndung eingeführt. Daneben richteten wir bei der Kriminalpolizei besondere Einheiten zur Sicherung und Auswertung von Beweismitteln im EDV-Bereich ein.“

In den nachfolgenden Jahren haben sich die Sicherheitsbehörden in Bayern laut Herrmann kontinuierlich auf die neuen Herausforderungen der digitalen Welt eingestellt. Im April 2013 schließlich hat Herrmann die Bayerische Cybersicherheitsstrategie vorgestellt, bei der es um den Schutz der Bürger, der Wirtschaft und des Staates im Netz geht. In diesem Zusammenhang hat auch das Cyber-Allianz-Zentrum beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz seine Arbeit aufgenommen. □

Bayern ist Topstandort für IT-Sicherheit

„Bayern soll zum Cybersicherheitsstandort Nummer Eins in Europa werden“, so die Forderung der bayerischen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz. Auf dieses Ziel verständigten sich die Wirtschaftsministerin und die bayerische IT-Sicherheitswirtschaft beim Round-Table-Gespräch mit Top-Managern u. a. von Airbus, Allianz, Audi, BMW, Giesecke&Devrient, Infineon, Rhode&Schwarz und IABG.

Große Marktchancen

Große Einigkeit besteht darin, dass neben dem Gefährdungspotenzial, das von Cyberattacken ausgeht, sich für bayerische Unternehmen große Marktchancen eröffnen. „IT-Sicherheit stellt einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor mit hohem Zukunftspotential dar“, unterstrich Aigner. Bayern könne dieses Potenzial gut nutzen.

Energiemanagement wird durch nahtlose GIS-Integration ein Informationssystem geschaffen, das, so der Leitfaden, auf einen Blick erkennen lasse, welche Aufgaben wo durchzuführen sind. **DK**

zen, denn im Freistaat sind viele der bundesweit bedeutendsten Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Sicherheitstechnologie und deren industrielle Anwender sowie hochinnovative Mittelständler ansässig.

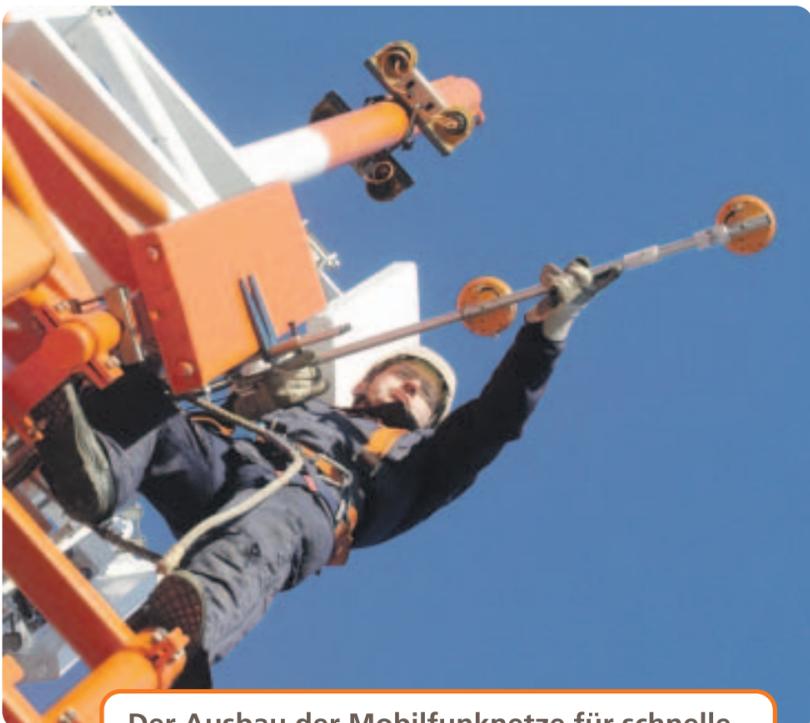
Auch die Politik sei gut gerüstet: Im Rahmen der Digitalisierungsstrategie „Bayern Digital“ des bayerischen Wirtschaftsministeriums ist IT-Sicherheit ein Schwerpunktthema. „Der weitere Ausbau des Fraunhofer-Instituts für angewandte und integrierte Sicherheit (AISEC) in Garching zum Sicherheitskompetenzzentrum ist ein wichtiges Leuchtturmprojekt von europäischer Bedeutung“, so Aigner.

Schon vor zwei Jahren erfolgte der Zusammenschluss der bayerischen IT-Sicherheitsbranche im Münchner IT-Sicherheitsnetzwerk – ein deutschlandweites Beispiel erfolgreicher Clusterarbeit. Es wird vom Bayerischen Wirtschaftsministerium gefördert und hat Kooperationsanbahnung, Markterschließung und die Gestaltung internationaler Standards zum Ziel. „Wir wollen dieses Netzwerk über die Grenzen Bayerns hinaus weiter ausbauen und profilieren“, kündigte Aigner an. □

E-PLUS GRUPPE



Wirtschaftskraft für starke Kommunen



Der Ausbau der Mobilfunknetze für schnelle, mobile Datendienste bringt Ihre Region nach vorne: für mehr Flexibilität und kürzere Reaktionszeiten in Unternehmen, für neue Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze.

8. Europäischer Datenschutztag in Berlin:

Immer noch Zeit für Konsequenzen - Big Data für Bond 2.0

Die Konferenz der Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hatte bereits Anfang September 2013 festgestellt, es sei „Zeit für Konsequenzen“ aus den anlasslosen und umfassenden Überwachungen durch ausländische Nachrichtendienste. Daran hat sich nichts geändert.

Die zentrale Veranstaltung der Konferenz zum 8. Europäischen Datenschutztag stand unter dem Motto „Big Data für Bond 2.0 - Für eine menschenrechtliche Einhebung der Nachrichtendienste in Zeiten von Big Data“. „Big Data“ bezeichnet die technischen Möglichkeiten, in sehr großen Datenmengen Muster zu erkennen und mit Hilfe von Algorithmen menschliches Verhalten „vorzusagen“. Wie die Enthüllungen des Jahres 2013 gezeigt haben, nutzen auch Nachrichtendienste Big Data und greifen damit in die Grundrechte der Menschen in besonders einschneidender Weise ein.

Die stellvertretende Landesbeauftragte für Datenschutz Schleswig-Holstein, Marit Hansen, analysierte in ihrem Vortrag „Big Data für Bond 2.0“ die Sammlung und Auswertung der riesigen Datenmengen durch Nachrichtendienste und fragte, wo in diesem Zusammenhang der Datenschutz bleibe.

Der Vortrag von Prof. Dr. Heribert Prantl (Chefredaktion Süddeutsche Zeitung) handelte von „Bettelnden Grundrechten“ und davon, „wie sich Geheimdienste über die Verfassung und die Fundamente des Rechts erheben“. Unter dem Motto „Wir waren zu naiv“ analysierte Erich Möchel (ORF.at) die Entwicklung vom Echelon- zum Prism-Skandal. In der von Erich Möchel moderierten Podiumsdiskussion

diskutierten die Verfassungsschutzpräsidentin Maren Brandenburger, die Sprecherin des Chaos Computer Clubs Dr. Constanze Kurz, der Abgeordnete des Europäischen Parlamentes Jan Philipp Albrecht, und der Direktor Grundrechte und Unionsbürgerschaft der Europäischen Kommission Paul Nemitz darüber, wie Nachrichtendienste an die in Europa geltenden Datenschutzgrundrechte gebunden werden können.

Der diesjährige Vorsitzende der Datenschutzkonferenz, der Hamburgische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Prof. Dr. Johannes Caspar, resümiert die Ergebnisse des Datenschutztages und gab einen Ausblick auf das bedeutsame Datenschutzjahr 2014.

Für die Konferenzvorsitzende des Jahres 2013 und Ausrichterinnen der Veranstaltung, die bremische Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Dr. Inke Sommer, ist die datenschutzrechtliche Erkenntnis aus dem Jahr 2013: „Wir müssen die grundrechtsschützenden Regelungen verschärfen, die festlegen, wo welche Datenmengen entstehen dürfen, wer sie wofür nutzen darf und welche darauf basierenden Verhaltensprognosen wir zulassen wollen. Vor allem aber müssen wir alles dafür tun, dass diese Regeln durchgesetzt werden. Auch gegenüber in- und ausländischen Nachrichtendiensten.“ □

GPS-Geräte und Smartphones:

Neuer Referenzpunkt in Kastl

Ob Smartphone oder Navigationsgerät: Zur exakten Positionsbestimmung werden Koordinaten benötigt. Die Welt ist von einem unsichtbaren Koordinatensystem überzogen. „Ohne dieses wäre das Leben in der modernen High-Tech-Gesellschaft gar nicht möglich. Mehr als 50 Navigationssatelliten umkreisen ständig die Erde. Die Bayerische Vermessungsverwaltung will allen Bürgerinnen und Bürgern in Zukunft kostenlos ermöglichen, die Genauigkeit ihres GPS-Empfängers vor Ort zu ermitteln. Auch in der Oberpfalz steht jetzt der erste Referenzpunkt zur Verfügung“, teilte Staatssekretär Albert Füracker bei der Vorstellung in Kastl mit.

Ziel ist nach den Worten von Füracker, dass jeder bayerische Landkreis in den nächsten Jahren mindestens einen öffentlichen GPS-Referenzpunkt erhält. Der geodätische Referenzpunkt stellt die Verbindung zwischen dem weltweiten Koordinatensystem und einem Punkt auf der Erdoberfläche her. In Kastl wird er durch eine gravierte Metallplatte mit den Koordinaten auf einem massiven Pfeiler aus Naturstein gekennzeichnet. Eine Hinweistafel informiert über die entsprechenden Einstellungen am GPS-Gerät und den Verlauf des Messvorgangs.

Vielfältige Möglichkeiten

Zahlreiche Anwender von GPS-Empfängern und Smartphones sowie anderen mobilen Endgeräten nutzen die Möglichkeit beruflich oder in ihrer Freizeit. Wanderer, Auto- oder Fahrradfahrer nutzen GPS-Geräte als Navigationshilfe. Außerdem kann man damit Fotos oder Videos im Netz positionieren oder Smartphones orten. In Bayern wurden bislang Referenzpunkte in Gunzenhausen, am Dreifranckenstein und in Marktberdorf eingerichtet.

Die weltweit bereits bestehenden Referenzpunkte, allein rund 60.000 in Bayern, sind nur für Fachanwender nutzbar und seien meist unsichtbar unter der Erde verborgen. Öffentliche Referenzpunkte gibt es bisher in Deutschland nur an wenigen Orten. Mittels der neuen öffentlichen Geodätischen Referenzpunkte können die Nutzer ihre GPS-Geräte und Smartphones künftig auf Genauigkeit prüfen. Dies wird nicht nur Wanderern und Radfahrern helfen, sondern etwa auch Feldgeschworenen bei der Überprüfung ihrer technischen Ausrüstung. Auch die moderne Schnitzeljagd mit dem GPS-Gerät, das sogenannte Geocaching, werde damit bereichert.

In Deutschland seien bereits mehr als 100.000 aktive Geocacher unterwegs. Eltern würden dies heute mit ihren Kindern zu einem Erlebnis- oder Abenteurerspaziergang gerne nutzen. Daher wird die Bayerische Vermessungsverwaltung in den kommenden Jahren flächendeckend öffentliche Geodätische Referenzpunkte errichten.

Weitere Informationen:
www.vermessung.bayern.de □



Von links: Nicoletta Bauer (AKDB), Stefan Walter (LRA Miltenberg), Thomas Tausend (Stadt Trostberg), Wolfram Weisse (AKDB), Robert Kapfenberger (Markt Geisenhausen), Andreas Haßelbacher (Gemeinde Brunnthal), Robert Imiolek (LRA Mühlendorf am Inn), Roland Braun (Stadt Donauwörth), Karl-Heinz Duschl (Markt Arnstorf), Clemens Krüger und Markus Hofmann (beide AKDB).
Foto: AKDB

eGovernment & Online-Bürgerdienste:

Premiere des AKDB-Kunden-Innovationsforums

Hat der stationäre PC-Arbeitsplatz in Büro, Verwaltung und Zuhause bald ausgedient? Wie müssen sich Software und Benutzeroberflächen in der „Post-PC-Ära“ weiterentwickeln? Welchen Einfluss hat der Siegeszug mobiler Endgeräte wie Smartphones und Tablets auf das Serviceangebot der Kommunen? Fragen wie diese wurden auf dem ersten AKDB-Kunden-Innovationsforum zum Thema „eGovernment & Online-Bürgerdienste“ zusammen mit leitenden Verwaltungsangestellten in München diskutiert.

Die Veranstaltung war der Auftakt zu einem neuen Format, in dem die Perspektiven der AKDB-Kunden auf zukünftige Trends und Entwicklungen im Mittelpunkt stehen. Einen ganzen Tag lang erörterten IT- und eGovernment-Verantwortliche verschiedener Kommunen Zukunftstrends und mögliche Anwendungsszenarien mobiler Online-Lösungen für Bürger und Verwaltung.

AKDB-Repräsentanten aus den Bereichen Marktentwicklung, eGovernment und technisches Marketing lieferten mit kurzen Impulsvorträgen zu technologischen Trends und innovativen Projekten im In- und Ausland die Basis für die anschließende Diskussion. „In erster Linie hören wir unseren Kunden mit gespitzten Ohren zu, um noch besser zu verstehen, welchen Einfluss mobile Endgeräte heute und in Zukunft auf die Verwaltung haben“, erklärte Wolfram Weisse, Bereichsleiter Kommunikation und Marktentwicklung, das Konzept.

Realistisches Bild

Mit einer Mischung aus Methodik und offenen Diskussionen versuchte man im Kundenkreis ein möglichst realistisches Bild der nahen und auch der ferneren Zukunft zu zeichnen: Wo und wann lösen mobile Arbeitsplatzumgebungen den Desktop-PC ab? Welche Rolle spielen immer leistungsfähigere Tablets und Smartphones für die Abwicklung von Behördengängen und was bedeutet das für die schnelle und eindeutige Identifizierung über das mobile Endgerät? Befördert dieser radikale technologische Wandel die stärkere Einbeziehung von Bürgern über das Internet? Wann werden sich Beteiligungs-Plattformen oder die Online-Bürgersprechstunde als gewohnter Standard etablieren?

Gerade in diesem Punkt waren sich alle Forumsteilnehmer einig: Junge Menschen seien über die klassische Bürgerversammlung nur schwer oder gar nicht erreichbar, wohl aber beteiligten sie sich aktiv in Internetforen. „Unsere Kunden sind gleichzeitig die Kunden von Apple, Amazon & Co.“, bringt es ein Forumsteilnehmer auf den Punkt. Und mehr noch: „Die Zeiten, in denen man sich für einen Behördengang einen Tag frei nimmt, sind vorbei.“ Damit steige auch die Erwartungshaltung der Kunden in Sachen Online-Verwaltungsdienste.

Bayern will flächendeckendes „schnelles Internet“

Eine der bedeutsamsten Aufgaben für die Infrastruktur der Zukunft ist ein flächendeckendes „schnelles Internet“ in Bayern. „Der Freistaat will bis 2018 ein flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz schaffen und das modernste Breitband zum Standard machen. Dies ist ein zentraler Standortfaktor. Und auch wesentlich für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Freistaat“, so Finanzstaatssekretär Johannes Hintersberger bei der Schulung der Breitbandbetreuer im Amt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Augsburg.

Bayern nimmt viel Geld in die Hand: 1,5 Milliarden Euro bis 2018, hob Hintersberger hervor: „Die Bayerische Breitbandstrategie beruht auf drei Säulen: Förderlinie vereinfachen, Förderung verbessern, Beratung effektivie-

ren. Wir wollen Datenautobahnen bauen und jede Gemeinde muss eine eigene Ausfahrt bekommen.“

Die Beratung der Kommunen erfolgt seit Jahresbeginn durch die Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. Jeder Landkreis erhält einen Berater mit Kenntnis der kommunalen Struktur und der Bedürfnisse vor Ort. Das Bayerische Breitbandzentrum in Amberg ist ein zentraler Ansprechpartner bei komplizierten Fragen. Dort erfolgt die Steuerung der bayernweiten Beratung.

„Jetzt gilt es für die Kommunen mitzumachen: Beratungsangebot und Chancen auf Förderung nutzen. Ermutigen Sie die Kommunen, jetzt in das Programm einzusteigen“, appellierte Hintersberger an die Breitbandbetreuer der Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung. □

Historische topographische Karten:

Jetzt digital verfügbar

Laut Bayerischer Vermessungsverwaltung sind die historischen Ausgaben verschiedener Topographischer Kartenwerke nunmehr digital verfügbar.

Die Sammlung des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung umfasst 174 Jahre Topographische Karten, darunter die Positionsblätter der ersten modernen Landesaufnahme Bayerns im Maßstab 1:25 000 von 1869 bis 1957, der Topographische Atlas des Königreichs Bayern im Maßstab 1:50 000 von 1834 bis 1960 oder die Karte des Deutschen Reiches im Maßstab 1:100 000 von 1848 bis 1965.

Im Jahr 2008 wurde damit begonnen, diesen Kartenschatz auch

digital zu erfassen. Etwa 10 000 Kartenblätter wurden im Zuge der Digitalisierung eingescannt und georeferenziert. Jetzt stehen diese Rasterdaten auch Kunden zur Verfügung.

Die historischen Karten können mit oder ohne Kartenrand erworben werden. Vor allem für die Erforschung von Siedlungsentwicklung oder für Heimatforschung wird mit den Rasterdaten der historischen Topographischen Karten eine wertvolle Kartengrundlage geboten.

DK



AKDB

Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Michael Diepold,
Leiter des Geschäftsfelds
eGovernment der AKDB



Bürgerservice

Echtes eGovernment beginnt mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB

Das Bürgerservice-Portal ermöglicht den Kommunen ganzheitliche, bis in die Fachverfahren integrierte Online-Bürgerdienste. Es setzt Maßstäbe bei der Umsetzung sicherer und effizienter Online-Angebote mit dem neuen Personalausweis. Der Bürger kann bequem von zu Hause aus seine Meldebestätigung oder Wahlunterlagen beantragen oder sein neues Auto anmelden.

Das Bürgerservice-Portal wird im Rechenzentrum der AKDB betrieben und lässt sich problemlos auch in alle kommunalen Webauftritte integrieren.

Sprechen Sie mit uns: +49 89 5903-0

www.akdb.de



Software, die dem Menschen dient!

Tele-Kabel-Ingenieurgesellschaft mbH:

Kompetente Breitbandberatung für Kommunen und Landkreise

Neue Zweigniederlassung in Wolfratshausen

Schnelle Kommunikationswege sind der Schlüssel zu einer modernen, vernetzten Welt. Leistungsstarke Netze sind dabei die Basis jeder leitungsgebundenen Telekommunikation. Seit mehreren Jahren unterstützt die 1990 gegründete Tele-Kabel-Ingenieurgesellschaft mbH (TKI) als modernes, unabhängiges und technologieneutrales Dienstleistungsunternehmen der Telekommunikationsbranche deutschlandweit Bundesländer, Landkreise, Städte, Gemeinden und kommunale sowie private Energieversorger bei allen Aufgaben der Konzeption und Realisierung breitbandfähiger Netze.

Die TKI mit Hauptsitz in Chemnitz verfügt dafür über ein Team aus Branchenexperten, Ingenieuren und Netzwerkplanern, Betriebs- und Volkswirten, spezialisiert für Beratungsleistungen auf dem Gebiet der Breitbandinfrastrukturen und mit langjähriger Erfahrung im Management von Projekten.

So unterstützte die Ingenieurgesellschaft in Zusammenarbeit mit der MUERNSEER ASSOCIATES GmbH unter anderem eine Anzahl von Gemeinden im Bundesland Bayern bei der Aufnahme in das Bayerische Breitbandförderprogramm I und II (u.a. VG Aub). Zudem wurden eine landkreisweite Verfügbarkeitsanalyse, ein Infrastrukturkataster sowie ein Masterplan zur flächendeckenden Breitbanderschließung für 22 Städte und Gemeinden mit 150 Gemeindeteilen im Landkreis Garmisch-Partenkirchen erstellt. Kommunale Machbarkeitsstudien, FTTB-Planungen sowie eine Netzbetreiberselektion wurden für etwa 30 Kommunen in Bayern (u.a. in Bad Bayersoien, Putzbrunn) durchgeführt.

Referenzprojekte

Auch bundesweit ist TKI für verschiedene Landkreise in der Breitbandberatung tätig. Im Landkreis Main-Taunus-Kreis erstellte die Ingenieurgesellschaft für die Mainova AG eine umfassende Konzeptberatung für den Breitbandausbau. Weitere Projekte waren auch Bedarfs- und Verfügbarkeitsanalysen sowie die Vorbereitung und Durchführung von EU-Vergabeverfahren für die Landkreise Mittelsachsen, Bautzen, Vogtlandkreis und Weimarer Land.

Die Software Network Explorer für Telecommunication NET vervollständigt das Leistungsportfolio der TKI. NET vereinigt die Funktionalitäten eines FTTH-Planungstools mit der Leistungsfähigkeit eines Geografischen Informationssystems und der Flexibilität eines Netzmanagementssystems. Die Soft-

ziehung und regelmäßiger Abstimmung.

- Begleitung des Breitbandausbaus, Projektüberwachung und -abnahme: Unter Verwendung öffentlicher Mittel erfordert der Breitbandausbau einen detaillierten und umfangreichen Nachweis der Erreichung und Einhaltung des Zweckzweckes.
- Erfassung und Aufbau von Infrastrukturkatastern: Ein wirtschaftlich erfolgreicher Breitbandausbau lässt sich nur unter Vermeidung des Aufbaus paralleler Infrastrukturen und der Nutzung von Synergiepotenzialen erzielen.
- Konzeption flächenübergreifender Leerrohrnetze & Erschließungskonzepte: Der kostenoptimale Lückenschluss zur Anbindung unterversorgerter Ge-

ware wird u. a. von zahlreichen Planungsbüros für die FTTH-Planung eingesetzt. Darüber hinaus ist NET bei den Stadtwerken in Rosenheim und Stadtlöh, der sasag Kabelkommunikation AG, der Chemnitzer Verkehrs AG und bei Energie und Wasser Potsdam für die Planung, Optimierung und Verwaltung von Glasfaserbasierten Netzen im Einsatz.

Nah am Kunden

Erhöhte Kundennähe und die Sicherstellung von kurzen Reaktionszeiten waren nur zwei gute Gründe, in Bayern eine TKI Zweigniederlassung zu eröffnen. Seit 1. Oktober 2013 ist die Chemnitzer Ingenieurgesellschaft auch im Süden Deutschlands, nämlich in Wolfratshausen, vertreten und damit ganz nah an ihren Kunden.

Die Entwicklung tragfähiger Empfehlungen und die Ableitung zielorientierter sowie zukunfts-fähiger Konzepte erfolgt unter Berücksichtigung zahlreicher kommunaler, infrastruktureller, technischer und förderspezifischer Aspekte. Das Leistungsportfolio des Breitbandbüros Bayern umfasst hauptsächlich die Beratung und Planung von Breitbandprojekten. Dazu zählen vor allem folgende Komponenten:

- Bedarfs- und Verfügbarkeitsanalysen, Machbarkeitsstudien, Masterpläne: Die passende Strategie zur wirtschaftlichen und zukunftssicheren Erschließung eines Gebietes basiert unter anderem auf einer Bedarfsabschätzung und der gegenwärtigen Versorgungssituation.
- Beratung zur Breitbandförderung und Beantragung von Fördermitteln: Um den Breitbandausbau im ländlichen Raum voranzutreiben, stehen den Kommunen und Landkreisen verschiedenste Förderinstrumente zur Verfügung.
- Vorbereitung, Durchführung und Begleitung von (EU-)Vergabeverfahren: Über den gesamten Verfahrensablauf hinweg unterstützt Sie TKI unter enger Einbe-

zieht eine effiziente Erschließungsplanung voraus.

Außerdem übernimmt TKI die Planung von FTTC/FTTB/FTTH-Netzen, zum Beispiel auch für Gewerbegebiete.

Regionale Unterstützung

Die Aktivitäten des neuen Büros in Wolfratshausen werden von dem langjährigen Kooperationspartner und Breitbandberater Dieter Muernseer koordiniert. Durch eine Vielzahl erfolgreich abgeschlossener Projekte bringt dieser bereits große Erfahrung auf dem bayerischen Breitbandmarkt mit. Muernseer unterstützt TKI regional bei der Umsetzung von Projekten und leitet zudem Vertriebsaktivitäten der TKI bei Kunden. Darüber hinaus hat das Unternehmen nun die Möglichkeit, Kundentermine direkt vor Ort wahrnehmen zu können.

Muernseer zufolge ergibt die Verbindung von regionaler Nähe mit der Leistungsfähigkeit der TKI in Chemnitz letztlich eine effiziente Synergie, die der Garant für eine erfolgreiche Umsetzung unserer Projekte in Bayern ist.“

DK

Big-Data-Projekte erfolgreich stemmen

emagine bringt führende Big-Data-Spezialisten auf die CeBIT

Viele Unternehmen wissen noch nicht recht, wie sie mit Big Data umgehen sollen. Doch das dürfte sich bald ändern – auch durch den enormen Aufmerksamkeitsdruck, den das Thema im Zuge der kommenden CeBIT erhalten wird. Entsprechend wachsen wird der Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften zur Entwicklung, Implementierung und Umsetzung neuer Big-Data-Lösungen.

emagine ist hierfür hervorragend aufgestellt und demonstriert dies auf der weltgrößten IT-Messe vom 10. bis 14. März 2014 in Hannover. So präsentieren sich ausgewählte Spezialisten aus dem internationalen Expertennetzwerk von emagine am Stand des Unternehmens in Halle 16. Sie decken ein breites Spektrum unterschiedlicher Aufgabenbereiche ab, die bei Big-Data-Projekten anfallen: vom Aufbau einer integrierten IT-Architektur über die Datenmodellierung bis hin zur Datenanalyse sowie der Umsetzung konkreter Anwendungsszenarien wie dem Risikomanagement.

Big Data ist für viele Unternehmen noch ein Zukunftsthema, sicherlich aber kein Hype mit geringer Halbwertszeit. Zu groß sind die Geschäftschancen, die sich mithilfe von intelligenten Big-Data-Lösungen erschließen lassen. Um die Potenziale tatsächlich ausschöpfen zu können, benötigen Firmen Zugang zu hochqualifizierten Spezialisten – am besten flexibel und kurzfristig, insbesondere wenn es um die Implementierung neuer Systeme und Anwendungen geht.

bessere Informationen zur Verfügung als je zuvor – sowohl für die Steuerung der Werttreiber als auch die Frühwarnindikatoren“, sagt Gogam. „Die Finanzdienstleister werden durch die Anforderungen der Europäischen Aufsicht an den Datenhaushalt und die Banksteuerung getrieben. In beiden Fällen wächst der Bedarf aus der Industrie derzeit enorm.“

Der Berliner Christian Richter hat ein klares Ziel: „Ich möchte Big Data für meine Kunden so einfach wie möglich machen.“ Spezialisiert ist er auf die Entwicklung und Umsetzung von Softwarelösungen und Dienstleistungen, basierend auf Big-Data-Infrastrukturen in öffentlichen und privaten Cloud-Umgebungen wie Hadoop on Demand.

Mit Martial Krawier aus Paris und Paul Ingram aus London werden auch zwei internationale Berater emagine auf die CeBIT begleiten. Krawier unterstützt Unternehmen dabei, passgenaue Big-Data-Anwendungen aufzusetzen – mit Hilfe verschiedener Analyseverfahren, Big-Data-Technologien sowie agilen Projektmanagementtechniken. „Mit meinen Partnern entwickle ich derzeit eine Analytics-Plattform, die auf Basis wissenschaftlicher Methoden gezielt für Marketingkampagnen eingesetzt werden kann“, erklärt Krawier.

Der Brite Paul Ingram schließlich bietet einen einzigartigen, lizenzierten Service zur Datenmodellierung an, mit dem sich die Kosten für den Betrieb von Datenbanken um bis zu 40 Prozent reduzieren lassen. „Es geht darum, bislang ungenutzte Funktionalitäten im Umgang mit komplexen oder schwierig erreichbaren Daten zu ermöglichen, ohne dass zusätzliche Hardware oder Software benötigt wird“, beschreibt Ingram.

Jeweils zwei Tage lang sind die vier Experten im Herzen des CeBIT-Messegeländes am Stand von emagine in Halle 16. In dieser präsentiert die globale Innovationsplattform CODE_n 50 der weltweit führenden Big-Data-Start-ups. Die von den internationalen Designern Clemens Weisshaar und Reed Kram entworfene Ausstellungshalle bricht mit Traditionen der klassischen Messegestaltung und setzt Big Data als Leitthema auf spektakuläre Weise in Szene – der ideale Rahmen für emagine und vier außergewöhnliche Experten mit der Lizenz für Big Data. □

Gremienarbeit mit iRICH:

- ✓ alle Unterlagen überall dabei
- ✓ immer auf dem aktuellen Stand
- ✓ Ideen und Notizen aufzeichnen und speichern
- ✓ geschlossenes Sicherheits- und Datenschutzkonzept

STERNBERG Software-Technik GmbH Tel: +49 (0)521 97700-0
Kerkmannstraße 1 Fax: +49 (0)521 97700-99
33729 Bielefeld E-Mail: info@sternberg24.de



STERNBERG
Mit uns besser Beraten

www.sitzungsdienst.net

Neues Besucherzentrum im Tiergarten München

Bionicum schafft einmalige Verbindung zwischen Natur, Umweltbildung und Forschung

Im Nürnberger Tiergarten entsteht ein bayernweit einzigartiges Besucherzentrum, das sich mit den Geheimnissen der Tier- und Pflanzenwelt und deren Nutzung für technische Entwicklungen beschäftigt: Das „Bionicum“. Zum Startschuss der Baumaßnahmen im Naturkundehaus des Nürnberger Tiergartens betonte der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber: „Das Besucherzentrum bietet eine spannende Entdeckungsreise durch die Technik der Natur. Jung und Alt erleben dort hautnah, welche Geheimnisse und Mechanismen die Natur in sich trägt. Der Erfindungsreichtum der Tier- und Pflanzenwelt ist so enorm, davon kann der Mensch für Wissenschaft und Technik nur lernen.“

Insgesamt vier Millionen Euro werden für Ausbau und Ausstellung vom Bayerischen Umweltministerium eingesetzt. Eröffnet wird das Besucherzentrum voraussichtlich im Sommer 2014. Der Bayerische Finanzminister Dr. Markus Söder bekräftigte: „Der Tiergarten ist der ideale Ort für das einzigartige Forschungs- und Besucherzentrum. Hier kann man die Erforschung der Natur als Vorbild und Lehrmeister moderner Technik hautnah miterleben. Jeder Euro ist optimal investiert.“

Im Naturkundehaus wird zukünftig eine Bionik-Ausstellung mit hochmodernen und interaktiven Elementen die Zusammenhänge zwischen Natur und Technik anschaulich und erlebbar machen.

Huber und Söder: „In Nürnberg werden die faszinierenden Geheimnisse der Tier- und Pflanzenwelt gelüftet. Das Bionicum wird damit zu einem herausragenden Element in der bayerischen Umweltbildung und zeigt, warum die Artenvielfalt auch als wichtige Ressource erhalten werden muss.“

Interaktive Ausstellung

In der interaktiven Ausstellung finden Kinder und Erwachsene Originallexponate, Experimente zum Mitmachen und spannende Hintergrundinformationen zur Bionik. Ein Beispiel ist das Wappentier des Bionicums, der Sandfisch. Die Haut der etwa 20 Zentimeter lan-

gen Eidechsenart ist kratzfester als Nylon, Glas, polierter Stahl und sogar Teflon.

Bionik-Lehrpfad

Die Eigenschaften der Sandfischhaut sollen nun in die Technik übertragen werden und können beispielsweise bei Spiegeln für Solaranlagen dafür sorgen, dass diese nicht mehr zerkratzen oder Staub und Sand nicht mehr haften



Ausgelaufenes Heizöl breitet sich als schillernde Schlieren auf den überschwemmten Flächen aus.

Quelle: Wasserwirtschaftsamt Deggendorf

Ölschäden durch Hochwasser vermeiden

Faltblatt des Bayerischen Landesamtes für Umwelt gibt Überblick zur sicheren Lagerung von Heizöl

Die Hochwasservorsorge leistet neben Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes und des Hochwasserrückhalts einen bedeutenden Beitrag zum Schutz vor Hochwasserschäden. Eine staatliche Vorsorgemaßnahme ist u. a. die Ermittlung von Überschwemmungsgebieten, die eine Grundlage ist für verantwortliches Handeln zur Gefahrvorsorge.

Hochwasser ist jedoch ein Naturereignis und Bayern ein Flächenstaat mit gewachsener Siedlungsstruktur. Ein Restrisiko für Bebauung besteht - hinter Hochwasserschutzbauwerken ebenso wie im Bereich von Überschwemmungsgebieten. Kommunen und Bürger nehmen daher eine bedeutende Rolle ein in der Vorsorge vor Hochwasserschäden für Bebauung und Umwelt.

Mit dem Falblatt „Sichere Heizöllagerung in Überschwemmungsgebieten“ informiert das Bayerische Landesamt für Umwelt (LfU) kompakt und transpa-

rent über die Gefahren für Heizölbehälter durch Hochwasser, die Möglichkeiten zur sicheren Heizöllagerung, die Prüfung von Heizölbehältern durch Sachverständige und nennt Ansprechpartner für weitere Informationen zum Themenkomplex der sicheren Heizöllagerung in Überschwemmungsgebieten. Im Publikationsshop des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz kann das Falblatt kostenfrei bestellt oder als pdf-Datei heruntergeladen werden unter: http://www.bestellen.bayern.de/shoplink/lfu_was_00091.htm

Informationen zur geplanten Ausstellung und zur Forschung am Bionicum im neuen Informationsportal: www.bionicum.de

Neueste Entwicklungen beim System Grüner Punkt:

Besorgter VKU

Mit Sorge hat der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) die jüngsten Veröffentlichungen der für das erste Quartal 2014 lizenzierten Mengenmeldungen von Verpackungen zur Kenntnis genommen. Laut der Clearingstelle der dualen Systeme ist die Menge der lizenzierten Verpackungen auf 205.606 Tonnen gesunken, das entspricht einem Minus knapp 25 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal, was wiederum in etwa nur noch ein Drittel der tatsächlich anfallenden Leichtverpackungsmengen ist.

Aus Sicht des VKU hat die seit Jahren andauernde Fehlentwicklung nun einen neuen Tiefpunkt erreicht. VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck sieht die Fehler in der gesetzlichen Grundlage der Verpackungsverordnung: „Das System Grüner Punkt basiert darauf, dass die Unternehmen für die Entsorgung der von ihnen in Verkehr gebrachten Verpackungen bezahlen. Immer mehr Unternehmen entziehen sich dieser Verantwortung und aufgrund der Komplexität und Intransparenz des Systems gibt es keine wirkungsvollen Möglichkeiten, diese Säumnisse zu ahnden.“

Vor diesem Hintergrund hat die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen einen Änderungsantrag gestellt, die Verordnung zu novellieren. Reck mahnt jedoch, dass nur eine grundlegende Änderung der Verpackungsverordnung das seit Jahren krankende System verbessern könne: „Ange-

sichts des dramatischen, mit den so genannten Branchenlösungen bei Weitem nicht erklärbaren Ausmaßes der Unterlizenzierung sind die Änderungsanträge nur ein Herumdoktern an Symptomen. Notwendig ist vielmehr eine grundlegende Revision des Systems der Verpackungsentsorgung auch unter Einbeziehung stoffgleicher Nichtverpackungsabfälle.“

Nicht nur wegen der Fehlentwicklungen bei den Lizenzierungsmengen steht das System Grüner Punkt in der Kritik, auch die ökologischen Errungenschaften sind aus Sicht des VKU sehr überschaubar. Reck: „Die mangelhaften Recyclingserfolge der dualen Systeme machen deutlich, dass mit der beabsichtigten Stärkung der Systembeteiligungspflicht noch nichts für eine hochwertige Verwertung gewonnen ist.“ Der VKU plädiert daher für eine grundlegende Revision der Verpackungsentsorgung in dieser Legislaturperiode. □

Artenvielfalt in Bayern

Der Erhalt der natürlichen Lebensräume und die Bewahrung heimischer Ökosysteme für kommende Generationen ist ein Schwerpunkt der bayerischen Umweltpolitik. Dem Schutz der bayerischen Moore kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Dies sagte der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber bei der Übergabe des Bundespreises UN-Dekade Biologische Vielfalt an den „Treffpunkt Wildland“ im Landkreis Mühldorf: „Moore gehören zu den wertvollsten Lebensräumen für seltene Tiere und Pflanzen. Sie sind charakteristisch für das bayerische Landschaftsbild und unverzichtbarer Bestandteil unseres Naturerbes. Deshalb wollen wir sie nachhaltig schützen.“

Die von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt verliehene Auszeichnung erhält das Projekt der Wildland-Stiftung-Bayern des Bayerischen Jagdverbands für das vorbildliche Engagement zur Verbesserung der biologischen Vielfalt sowie für die Stärkung des gesellschaftlichen Bewusstseins durch ein entsprechendes Umweltbildungsangebot. „Beim Naturschutz setzen wir auf das große Engagement der Menschen vor Ort. Mit ihrem Einsatz leben sie vor, wie man Verantwortung für die Natur übernimmt und begeistert so andere Menschen für ihre Umwelt“, sagte Huber. Der Bundespreis sei deshalb eine bedeutende Würdigung der vor allem ehrenamtlichen Leistungen im Natur- und Umweltschutz.

Mit einer Fläche von 236 Hektar ist das Thalhamer Moos ein überregional bedeutsames Feuchtgebiet und wertvoller Lebensraum von gefährdeten Arten wie Bekassine, Kiebitz, Blaukehlchen sowie Hellem und Dunklem Wiesenknopf-Ameisenbläuling. Neben der naturschutzfachlichen Betreu-

ung des Thalhamer Moos ist die Umweltbildung ein Schwerpunkt des „Treffpunkt Wildland“. Die Wildland-Stiftung-Bayern bietet insbesondere Schulklassen Naturführungen in das Moor an, bei denen sie die Natur erleben können und die Bedeutung der Artenvielfalt erlernen können. Dabei kooperiert das Projekt mit dem Schulandheim „Haus Sudetenland“ in Waldkraiburg. Ein besonderes Highlight ist der Naturerlebnis-Pfad „Na-Wu-Ku“, der den Besucher die Naturschönheiten mit allen Sinnen wahrnehmen lässt.

Das in den 1920er Jahren zur Streu- und Torfgewinnung genutzte Niedermoor wurde 2000 bis 2004 im Rahmen eines Bayern-Netz Natur-Projekts durch die Wildland-Stiftung-Bayern renaturiert. Die Renaturierungsmaßnahmen wurden vom Freistaat Bayern und dem Bayerischen Naturschutzfonds mit rund 180.000 Euro unterstützt. Seit 2004 gehört das Thalhamer Moos als Bestandteil des FFH-Gebietes „Isental mit Nebenbächen“ zum europäischen Schutzgebietssystem Natura 2000. □

Online-Befragung zum Mobilitätsverhalten von Touristen

Mit einer Online-Befragung untersuchen der Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Tourismusforschung der LMU München und die bifa Umweltinstitut GmbH das Mobilitäts- und Freizeitverhalten der Besucher und Gäste des Tegernseer Tals und der Stadt Nürnberg.

Gemeinsam mit der Tegernseer Tal Tourismus GmbH, der Stadt Nürnberg und der IHK Nürnberg für Mittelfranken soll herausgefunden werden, wie Touristen und Gäste anreisen und sich im Tegernseer Tal bzw. der Stadt Nürnberg fortbewegen. Die Gründe für die Wahl des Verkehrsmittels und die Zufriedenheit damit spielen dabei eine zentrale Rolle. Die Ergebnisse der Befragung dienen als Grundlage dafür, wie (Freizeit-)Mobilität zukünftig gestaltet werden kann, welche Angebote noch fehlen und was den Besuchern und Besucherinnen dabei besonders wichtig ist.

Teilnahme bis 26. Februar

An der Befragung kann jeder teilnehmen, der schon einmal Tages- oder Übernachtungsgast in einer der beiden Regionen war. Die Teilnahme an der Online-Befragung ist anonym und bis 26. Februar 2014 möglich. Die Bearbeitung des Fragebogens dauert etwa zwölf Minuten und kann unter folgenden Adressen gestartet werden:

Tegernseer Tal: <http://ww2.unipark.de/uc/tegernsee/>
Stadt Nürnberg: <http://ww2.unipark.de/uc/nuernberg/>

Hintergrund der Befragung ist ein auf zwei Jahre angelegtes Forschungsprojekt mit dem Titel Mobilität und Tourismus - Kooperation zwischen Verkehrs- und Freizeitangebietern zur Anpassung an den Klimawandel. In dem vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) geförderten Forschungsvorhaben werden Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel entwickelt. Im Mittelpunkt stehen dabei Kooperationen zwischen Verkehrsunternehmen und Leistungsträgern der Tourismusbranche, die langfristig als kommunale Leuchttumvorhaben anderen Tourismusdestinationen als Vorbild dienen können.

Die Ergebnisse der Befragung, sowie alle weiteren im Rahmen des Projekts gewonnenen Erkenntnisse werden in einer Broschüre publiziert und bei einer öffentlichen Abschlussveranstaltung im Frühjahr 2015 ausführlich vorgestellt. □

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

Donau-Kraftwerk Ingolstadt www.rmd.de

RHEIN-MAIN-DONAU

- / REGENERATIV
- / MODERN
- / DYNAMISCH

Regensburg:

Naturschutzwächter in Amt bestätigt

Ehrenamtliche Werber für die Natur und Mahner gegenüber Umweltsündern

Kooperation statt Konfrontation, miteinander statt gegeneinander, Aufklärung statt Verbot – unter diesen Leitgedanken sieht Landrat Herbert Mirbeth die Aufgabe der Naturschutzwächter im Landkreis Regensburg. An die fünf Mitglieder der Naturschutzwacht, Alfred Loritz, Herbert Werkmann, Eduard Meßmer, Karina Niebler und Ulrich Brill, überreichte der Landrat in einer Feierstunde im Regensburger Landratsamt die Urkunden zur Verlängerung ihrer Tätigkeit für weitere drei Jahre. Er dankte ihnen für den wichtigen Beitrag, den die Naturschutzwächter für unsere Heimat und das Gemeinwohl leisten und geleistet haben.

Die Angehörigen der Naturschutzwacht, die es im Landkreis bereits seit 1985 gibt, sind engagierte Kräfte und als „Werber“ für die Natur und „Mahner“ gegenüber Umweltsündern ein unverzichtbares Element des angewandten Naturschutzes und ein eindrucksvolles Beispiel für die Wichtigkeit des Ehrenamts in der Gesellschaft. Die Naturschutzwacht ist sowohl wichtiger Partner der unteren Naturschutzbehörde und der betreuten Gemeinden als auch der Bürger vor Ort.

Präsenz vor Ort

Ihre Präsenz vor Ort macht die Naturschutzwächter zum Bindeglied zwischen den Bürgern und der Verwaltung. Ihre Aufgabe ist es, die Bürgerinnen und Bürger aufzuklären, zu beraten und zu informieren. Sie setzen sich für den Erhalt der Natur ein und bemühen sich, Verständnis für Naturschutz und Landschaftspflege bei der Bevölkerung zu wecken. Zudem überwachen sie die zum Schutz der Natur erlassenen Rechtsvorschriften und teilen Verstöße dem Landratsamt mit.

Laut Ansgar Lemper von der

unteren Naturschutzbehörde haben die Naturschutzwächter besondere Befugnisse und dürfen auch Personalien feststellen, wenn jemand offensichtlich gegen umwelt- oder naturschutzrechtliche Vorschriften verstößt. Aus Erfahrung weiß Lemper, dass Aufklärung und Beratung effektiver als Sanktionen sind und in den meisten Fällen auch zur Einsicht führen. Er ist davon überzeugt, dass Natur- und Umweltschutz nur dann erfolgreich sein könne, wenn man den Bürger zum Partner habe.

Wilde Entsorgungen

Auf die Frage des Landrats, welche Verstöße denn immer wieder passieren, berichteten die Naturschutzwächter von mehreren Fällen von wilden Entsorgungen in den Wäldern. Zum Teil finde man dort ganze Wohnungsauflösungen im Wald. Statt diese am Wertstoffhof abzugeben, landeten Wertstoffe, alte Möbel und auch Müll im Wald. Der Landrat verurteilt dieses Verhalten: „Wertstoffe gehören auf den Wertstoffhof, Sperrmüll wird sogar von zuhause abgeholt. Beides gehört nicht in den Wald.“

Ein weiteres Problem entstehe durch freilaufende Hunde, be-



Den Naturschutzwächtern wurde ihre Tätigkeit um drei Jahre verlängert (v. l.): Ulrich Brill, Alfred Loritz, Karina Niebler, Landrat Herbert Mirbeth, Eduard Meßmer und Herbert Werkmann. □

richteten die Naturschutzwächter. Die mancherorts erlassene Anlempflicht werde von einigen Hundebesitzern nicht ernst genommen.

Kein Kavaliersdelikt

Einige Hundebesitzer würden

auch das „große Geschäft“ ihrer Hunde einfach liegen lassen, sehr zum Ärger vieler Erholungssuchender und zum Schaden der Landwirte, wenn dadurch das Heu und Getreide unbrauchbar wird. Mirbeth erklärte dazu: „Das ist kein Kavaliersdelikt, sondern eine Sauererei.“ □

Zuschüsse für kommunale Klimaschutzprojekte

Ab sofort können Städte und Gemeinden wieder Zuschüsse für Klimaschutzprojekte im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative beantragen. Förderanträge können bis zum 30. April 2014 eingereicht werden.

Mit der „Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen“ – kurz: Kommunalrichtlinie – fördert das Bundesumweltministerium sowohl die Entwicklung von Klimaschutzkonzepten als auch die konkrete Umsetzung einzelner Klimaschutzmaßnahmen. Unter anderem wird die erfolgreiche Förderung der LED-Innenbeleuchtung fortgesetzt.

Mit der Nationalen Klimaschutzinitiative initiiert und fördert das Bundesumweltministerium seit dem Jahr 2008 zahlreiche Projekte, mit denen Energie effizienter genutzt und Emissionen gemindert werden können. Die Programme und Projekte der Nationalen Klimaschutzinitiative decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: Von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Die Initiative trägt zu einer Verankerung des Klimaschutzes vor Ort bei. Von ihr profitieren Verbraucherinnen und Verbraucher ebenso wie Unternehmen, Kommunen oder Bildungseinrichtungen. □

Ganz wichtig beim Energiesparen: Wer ein neues Gerät kaufen möchte, sollte zunächst den persönlichen Bedarf schätzen – denn überdimensionierte, größere Geräte verbrauchen auch mehr Strom. Beim Kauf weisen Energielabels den Weg: A++ und A+++ sind derzeit die höchsten Effizienzklassen und auf den am wenigsten verbrauchenden Produkten gleicher Größenklasse zu finden. Produkte, die das Umweltzeichen „Blauer Engel“ tragen, sind aus Umweltsicht die besten Waren einer Produktgruppe. □

Duale Systeme erlangen kein Eigentum an Verpackungsabfällen

VKU begrüßt Urteil des Landgerichts Ravensburg

Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßt die Grundsatzentscheidung des Landgerichts Ravensburg, nach der duale Systeme nicht das Eigentum an Verpackungen erwerben, die von den Bürgern in die dafür vorgesehenen Behälter gegeben wurden. Dies hat das Gericht in einem Urteil vom 30.01.2014 festgestellt. Das Urteil ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil die klagende DSD GmbH dem Rechtsstreit den Charakter eines Musterprozesses beigegeben hatte.

VKU-Hauptgeschäftsführer Hans-Joachim Reck: „Vierorts werden unsere Mitgliedsunternehmen mit Herausgabeansprüchen von DSD hinsichtlich des von den kommunalen Entsorgern eingesammelten Verpackungsabfalls konfrontiert. DSD verfolgt dabei offensichtlich das Ziel, die Vermarktung von Sekundärrohstoffen in das Oligopol der Systembetreiber zu überführen. Der VKU hat stets die Rechtsauffassung vertreten, dass den Systembetreibern nach der Verpackungsverordnung ein Eigentumsanspruch nicht zusteht. Wir freuen uns darüber, dass die Rechtsprechung unsere rechtliche Einschätzung teilt.“

Ein Herausgabeanspruch von DSD bezogen auf die Papier-Ver-

packungen hätte bedeutet, dass die kommunalen Entsorgungsunternehmen an der Vermarktung des Altpapiers im Interesse der Gebührenzahler hätten gehindert werden können. Der vom Landgericht nun entschiedene Rechtsstreit macht darüber hinaus deutlich, dass die derzeitige Organisation der Verpackungsentsorgung zu diversen Auseinandersetzungen und Konflikten führt, die das eigentliche Ziel – die Stärkung des Recyclings und den Schutz der Umwelt – immer mehr in den Hintergrund drängen. Der VKU spricht sich daher für die Überwindung dieses von den Systembetreibern beherrschten Entsorgungsregimes und für eine kommunale Entsorgungsverantwortung aus. □

Premium-Umweltlabel der Europäischen Union:

Innovative Umweltleistungen ausgezeichnet

Jüngst gratulierte Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks 18 Unternehmen und Organisationen für ihren vorbildlichen Umweltschutz. Die Betriebe sind ausgezeichnet mit dem EMAS-Logo, dem weltweiten Premium-Umweltlabel der Europäischen Union, und zeigen herausragende Umweltleistungen und innovativen Maßnahmen im Rahmen ihres Umweltmanagementsystems. Fünf der ausgezeichneten Betriebe kommen aus Bayern.

Die Auszeichnung und das Fachgespräch fanden bereits zum dritten Mal statt. Bei dem Fachgespräch ging es um die Erfahrungen der Unternehmen und Organisationen mit dem EMAS-System.

Klimaschutz

Die Unternehmen und Organisationen realisieren kreative Umweltinnovationen, wobei die Beispiele die ganze Bandbreite des betrieblichen Umweltmanagements widerspiegeln: effizienter Klima- und Ressourcenschutz durch Einsparungen bei Rohstoffen, Material oder Energie, Produkt- bzw. Dienstlei-

stungsangebot umweltbewusst gestalten, Auftragnehmer und Lieferanten einbeziehen. Gewürdigt wurden aber auch besondere Leistungen bei der Kommunikation über das Umweltengagement oder Maßnahmen zum Erhalt und Schutz der biologischen Vielfalt.

Folgende bayerische Betriebe wurden ausgezeichnet:

- ▶ Auerbräu GmbH, Rosenheim
- ▶ himolla Polstermöbel GmbH, Taufkirchen/Vils
- ▶ Klosterbrauerei Andechs
- ▶ Neumarkter Lammsbräu Gebr. Ehrnsperger KG, Neumarkt i. d. Opf.
- ▶ Studiosus Reisen München GmbH

Ökologische Vorrangflächen ausgestalten und umsetzen

Gemeinsames Positionspapier zeigt mögliche Wege

Wie kann unsere biologische Vielfalt weiter geschützt werden? Eine mögliche Variante: Ökologische Vorrangflächen (ÖVF). Ein gemeinsames Positionspapier des Bundesamtes für Naturschutz (BfN), des Umweltbundesamtes (UBA) und der Kommission Landwirtschaft am Umweltbundesamt verdeutlicht, wie unverzichtbar diese ökologische Vorrangflächen für Pflanzen und Tiere in der Agrarlandschaft sind und plädiert für die Einrichtung derartiger Schutzflächen. Dort sollte auf Pestizide und Düngemittel komplett verzichtet werden.

Ob Brachen, Blüh- und Pufferstreifen – sie alle haben eines gemeinsam. Sie sind ideale Kandidaten für den Natur- und Umweltschutz in der Agrarlandschaft. Die drei Institutionen empfehlen, daher nur Flächen wie Brachen, Blüh- und Pufferstreifen als ÖVF zu anzuerkennen. Flächen also, die einen eindeutigen Mehrwert für Natur- und Umweltschutz in der Agrarlandschaft erbringen.

Ursprungsgedanke

„Keinesfalls dürfen auf diesen Flächen Pestizide und Düngemittel eingesetzt werden“, erklärt der Vorsitzende der Kom-

mission Landwirtschaft am Umweltbundesamt, Lutz Ribbe. Sollte der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln auf den ökologischen Vorrangflächen erlaubt werden, wäre der Ursprungsgedanke der EU-Kommission verfehlt. Vielmehr sollte der Ökologie auf diesen Flächen Vorrang gegeben werden. Zudem sollte es eine ganzjährige Vegetationsbedeckung geben.

Das Positionspapier „Ökologische Vorrangflächen – unverzichtbar für die biologische Vielfalt in der Agrarlandschaft“ findet sich im Internet unter „Downloads“ auf der Webseite des BfN unter www.bfn.de/0313_naturvertraeglich.html □

„Klingende Steine“ aus dem Spessart sind Gestein des Jahres 2014

Bayerns Gestein des Jahres 2014 ist der „klingende Stein“ von Kleinostheim. Es gibt ihn nur ein einziges Mal im Freistaat – in der Rückersbacher Schlucht bei Kleinostheim im Spessart.

Dies gab der Leiter des Geologischen Dienstes am Landesamt für Umwelt, Roland Eichhorn, jüngst bekannt. Eichhorn: „Ein Vulkanausbruch vor 55 Millionen Jahren hinterließ im Spessart ein exotisches Gestein, das nirgendwo sonst in Bayern zu finden ist. Es ist sehr hart und gibt einen hellen Klang von sich, wenn man auf die Gesteinsplatten schlägt. Diese Eigenschaft gab ihm auch den wissenschaftlichen Namen Phonolith.“

Der klingende Stein wurde im 19. Jahrhundert in einem mittlerweile in Vergessenheit geratenen kleinen Steinbruch bei Kleinostheim abgebaut und zu Schotter gebrochen. Der alte Steinbruch ist als wertvolles Geotop im Geotopkataster Bayerns erfasst.

Vulkanausbruch vor 55 Millionen Jahren hinterließ exotisches Phonolith-Gestein in der Rückersbacher Schlucht bei Kleinostheim

Aus Sicht der Geologen ist nicht nur der Phonolith, sondern der gesamte Spessart außergewöhnlich: Er ist mit knapp 600 Metern eines der niedrigsten Mittelgebirge Deutschlands. Dafür besteht der Spessart aus 600 Millionen Jahre alten Gesteinen, die zu den ältesten Gesteinen in Deutschland zählen. Nach den Erkenntnissen des Landesamtes lag der Spessart als isolierte kleine Insel mitten zwischen den zwei riesigen Kontinenten von Ur-Afrika und Ur-Europa und wurde bei deren Kollision regelrecht eingequetscht. Eichhorn: „Geologisch ist der Spessart eine Art Inselstaat mitten in Bayern.“

Weitere Informationen unter <http://www.lfu.bayern.de> □

Energiesparen:

Stromfresser auf Diät

Schon vier übliche Netzteile verursachen im Dauerbetrieb bis zu 51 Euro Kosten pro Jahr

250 Euro kann ein durchschnittlicher Zweipersonenhaushalt sparen, wenn sparsamer mit Energie umgegangen wird. Wie das ganz ohne Komfortverlust klappen kann, zeigt die neue Broschüre „Energiesparen im Haushalt“ des Umweltbundesamtes (UBA). Die Broschüre bietet Orientierung sowohl beim Neukauf sparsamerer Geräte, hilft aber auch beim Aufspüren unerkannter Stromfresser im Haushalt. UBA-Vizepräsident Thomas Holzmann: „Wir haben heute schon sehr viel effizientere Elektrogeräte als noch vor zehn Jahren. Dennoch kann man viel mehr tun, um den Stromverbrauch zu senken. Ein Durchschnittshaushalt kann bis zu 250 Euro sparen. Nach wie vor der einfachste Weg: Geräte komplett abschalten, die nicht im Einsatz sind und womöglich Strom auch im Leerlauf verbrauchen.“

Die sogenannten Leerlaufverluste sind besonders unnötig: Ob ein Gerät noch Strom zieht, obwohl es keine Funktion mehr erfüllt, kann man oft leicht selbst testen: Steckt etwa das Netzteil eines Handys noch in der Dose und bleibt warm, selbst wenn das Mobiltelefon vom Ladegerät abgekoppelt ist, fließt sogenannter Leerstrom. Bleiben vier solcher Netzteile ein Jahr lang am Netz, verbrauchen diese zusammen bis zu 175 Kilowattstunden Strom im Jahr – und das kostet dann rund 51 Euro.

Leerlaufverluste gibt es nicht nur bei Handyladegeräten, sondern auch bei Fernsehern, Druckern oder HiFi-Anlagen. Eine alte HiFi-Anlage kommt bei 24 Stunden Standby-Dauerbetrieb so schnell auf rund 53 Euro Stromkosten pro Jahr. Abschaltbare Steckdosenleisten machen das vollständige Ausschalten nicht benutzter Geräte noch einfacher. Ein Klick und die unerkannten Stromfresser sind stillgelegt. Übrigens: Welche Geräte wie viel Energie verbrauchen, kann auch das UBA-

Energiekostenmessgerät aufdecken, das kostenlos in vielen Bibliotheken in ganz Deutschland ausgeliehen werden kann.

Bei vielen elektrischen Geräten ist die Energieeffizienz in den vergangenen Jahren gestiegen. Sie benötigen also weniger Strom für eine bestimmte Leistung. So ist zum Beispiel der Stromverbrauch von Geschirrspülern um die Hälfte gesunken, ihr Wasserverbrauch um etwa 70 Prozent. Bei der Beleuchtung hat sich die Technik in den vergangenen Jahren ebenfalls sehr positiv entwickelt. Die Stromkosten einer Energiesparlampe belaufen sich bei 8.000 Stunden Laufzeit auf 34 Euro; eine Standardglühlampe würde 137 Euro Kosten verursachen. Auch deshalb verschwinden Standardglühlampen seit 2009 nach und nach vom Markt.

Für TV-Geräte gilt: LED-Fernseher sparen gegenüber Plasmageräten etwa die Hälfte des Stromes. Wäschetrockner verbrauchen übrigens besonders viel Strom. Kostenlos trockenet Wäsche immer noch auf der Wäschespinnung oder dem Wä-

scheständer. Geschieht das in Innenräumen, sollten diese ausreichend belüftet sein, um Schimmel vorzubeugen. Wer auf den Trockner nicht verzichten kann und möchte, findet mit Gas- oder Wärmepumpentrockner der Effizienzkategorie A++ oder höher vergleichsweise sparsame Geräte.

Unterschrift des Bürgermeisters ohne Dienstsiegel gültig

Als es um den Abschluß eines bedeutsamen Mietvertrages ging, leistete der Bürgermeister für die Gemeinde als Mieter die Unterschrift. Er war der gesetzliche Vertreter der Gemeinde. Damit war ihm – unabhängig davon, ob es im Innenverhältnis an der erforderlichen Beschlussfassung des Gemeinderates fehlte oder sich der Bürgermeister über diese sogar hinwegsetzte – im Außenverhältnis die alleinige, umfassende, unbeschränkte und nicht beschränkbare Vertretungsmacht für die Gemeinde eingeräumt. Demgemäß wurde die Gemeinde bei Abschluß des Mietvertrages wirksam durch ihren Bürgermeister vertreten.

Jedoch war der Unterschrift des Bürgermeisters nicht ein Abdruck des Dienstsiegels beigelegt worden, was unschädlich war. Zwar hätte an und für sich der Mietvertrag nicht nur durch den Bürgermeister unter Beifügung seiner Amtsbezeichnung unterzeichnet werden müssen, sondern der Unterschrift hätte auch das Dienstsiegel beigelegt werden müssen, denn bei der auf Abschluß des Mietvertrages gerichteten, die Gemeinde verpflichtenden Erklärung handelte es sich nicht lediglich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung.

Wiederkehrende Geschäfte

Darunter fallen Geschäfte, die in mehr oder weniger regelmäßiger Wiederkehr vorkommen und zugleich nach Größe, Umfang der Verwaltungstätigkeit und Finanzkraft der beteiligten Gemeinde von sachlich weniger erheblicher Bedeutung sind. Diese Voraussetzungen lagen bei dem Mietvertrag, der die Gemeinde

für die Dauer von zehn Jahren als Mieter band und als finanzielle Verpflichtungen in einer erheblichen Größenordnung nach sich zog, nicht vor.

Bloßes Fehlen des Dienstsiegels unschädlich

Das bloße Fehlen des Dienstsiegels war jedoch im Ergebnis unschädlich. Nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes können die Formvorschriften der Gemeindeordnungen, die die Vertreter der Gemeinden beim Abschluß von Verträgen, insbesondere bei der Abgabe von Verpflichtungserklärungen beachten müssen, mangels Zuständigkeit des Landesgesetzgebers nicht als bürgerlich-rechtliche Vorschriften über die Form von Rechtsvorschriften angesehen werden.

Materielle Vorschriften

Vielmehr handelt es sich um materielle Vorschriften über die

Beschränkung der Vertretungsmacht, die dem Schutz der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und ihrer Mitglieder vor den Folgen unbeachteter und übereilt abgegebener Verpflichtungserklärungen dienen. Die Landesgesetzgeber machen insoweit von ihrer Befugnis Gebrauch, die dem öffentlichen Recht zugehörige Organisation der Gemeinde zu regeln und dabei zu bestimmen, in welcher Weise sie durch ihre Organe vertreten wird.

Formerfordernis

Ist das Formerfordernis gewahrt, entfällt für den anderen Vertragsteil die Nachprüfung, ob das Handeln des Bürgermeisters im Innenverhältnis durch einen entsprechenden Beschluß des Gemeinderats gedeckt ist. Vielmehr bindet die Verpflichtungserklärung des Bürgermeisters in diesen Fall auch dann, wenn er sich über Beschlüsse des Gemeinderats hinwegsetzt oder gar davon absieht, ihn in einer dafür vorgesehenen Angelegenheit zu beteiligen.

Unwirksamkeit

Nur ganz ausnahmsweise kann sich der Vertragspartner einer Gemeinde darauf berufen, der Einwand der Unwirksamkeit der Verpflichtungserklärung wegen Nichteinhaltung der Formvorschriften der Gemeindeordnung verstoße gegen den Grundsatz der unzulässigen Rechtsausübung.

Zu diesem Ergebnis ist das Oberlandesgericht Saarland im Urteil vom 3.3.2011 (zu finden unter 8U262/10-70) gekommen. **RA Dr. Otto**

OVG-Beschluss zur Krippenbetreuung:

Rechtsanspruch auch durch Tagesmutter erfüllt

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat in einem Eilverfahren entschieden, dass Eltern eines unter drei Jahre alten Kindes auf eine Tagesmutter verwiesen werden können, auch wenn sie die Betreuung in einer Krippe wünschen. Der Deutsche Landkreistag begrüßt diese Entscheidung uneingeschränkt.

Präsident Landrat Hans Jörg Duppré kommentierte wie folgt: „Das Gericht hat völlig zutreffend die Gleichwertigkeit der Betreuung in einer Krippe und bei einer Tagesmutter unterstrichen. Die Landkreise nehmen die Wahlfreiheit der Eltern bezüglich der Betreuungsform für ihr Kind sehr ernst; allerdings ist es vor dem Hintergrund des seit Monatsbeginn bestehenden Rechtsanspruchs nicht immer möglich, diesen Wünschen zu entsprechen.“

In einer zuvor bundesweit beachteten Eilentscheidung des Verwaltungsgerichts Köln vom

18.7.2013 war es als unzulässig angesehen worden, dass die Stadt Köln die beschwerdeführenden Eltern anstelle des gewünschten Platzes in einer Kinderbetreuungseinrichtung auf eine Kindertagespflegeperson verwiesen hatte. Zudem war vom VG Köln als unzureichend beanstandet worden, dass der angebotene Platz in einer Betreuungseinrichtung 5,8 km von der Wohnung entfernt gelegen war.

Nun stellte das OVG fest, dass Eltern eines unter drei Jahre alten Kindes zwar grundsätzlich zwischen den gleich geeigneten und

gleichwertigen Arten der frühkindlichen Förderung in einer Kindertagesstätte und einer Tagesmutter wählen können. Dem Wunsch der Eltern müsse allerdings nicht entsprochen werden, wenn in der gewünschten Betreuungseinrichtung kein Platz mehr vorhanden sei. „Wenn also ein freier Platz nur bei einer Tagespflegeperson und nicht in der von den Eltern gewünschten Einrichtung zur Verfügung steht, erfüllt der Träger der Jugendhilfe, also zumeist der jeweilige Landkreis, den Rechtsanspruch mit dem Angebot dieses freien Platzes. Ein Anspruch auf die Neuschaffung von Krippenplätzen besteht insoweit nicht“, erläuterte Duppré.

Konkrete Umstände

Der Deutsche Landkreistag begrüßt außerdem, dass das OVG auch klarstellt, dass bei der abschließenden Prüfung, ob die U3-Betreuung in zumutbarer Entfernung zur Wohnung des Kindes liegt, eine pauschalierende Regelbeurteilung allein nicht ausreicht, sondern die konkreten Umstände des Einzelfalles in den Blick genommen werden müssen. □

Kein Anspruch auf Vergrößerung des Ratsausschusses

Die Größe des Gemeinderats ist meistens erheblich. Dementsprechend muß die Mitgliederzahl eines Ausschusses nicht besonders klein sein. Wenn die Mitgliederzahl eines Rates gering ist, werden die kleinen Fraktionen und Gruppen von einer Vertretung im Ausschuss ausgeschlossen. In der Regel ist die Größe der Ausschüsse dann angemessen, wenn sie ungefähr ein Viertel der Gesamtgröße des Rates beträgt, selbst wenn damit kleine Fraktionen in einem Ausschuss nicht vertreten sind. Kleinen Gruppen im Rat steht bei Erreichen einer bestimmten Mindeststärke oder unabhängig von derartigen Voraussetzungen ein sogenanntes Gruppenmandat in einem Ausschuss allerdings nicht zu.

Nach dem Beschluß des unter 10A10229/13) wird nicht Oberverwaltungsgerichts Koblenz vom 15.5.2013 (zu finden

gegen den Minderheitenschutz kleiner Gruppen oder Fraktio-

nen verstoßen, weil die Ausschüsse die gemeindlichen Angelegenheiten grundsätzlich nur vorbereiten und lediglich in Fällen geringerer Bedeutung abschließend entscheiden. Deshalb sind Minderheiten im Gemeinderat, die nicht in Ausschüssen vertreten sind, in den wichtigen Entscheidungen beteiligt. Im übrigen können die Fraktionen meistens Einfluß auf die Gestaltung der Tagesordnung nehmen. **RA Dr. Otto**

Gemeindehaushaltsrecht:

Bürger verlangen „richtige“ Anwendung

Die Autonomie der Gemeinde ist durch die allgemeinen Grundsätze des Steuerrechts und in einem bestimmten Umfang durch haushaltsrechtliche Grundsätze der Gemeindeordnung begrenzt. Der den Gemeinden innerhalb dieser Grenzen verbleibende Ermessensspielraum ist grundsätzlich nicht gerichtlich überprüfbar. Vielmehr ist die gerichtliche Kontrolle darauf beschränkt, ob die gesetzlichen Grenzen überschritten sind oder die Regelung als solche willkürlich ist, d. h. ihre Unsachlichkeit offenkundig ist. Unsachlich ist eine Steuererhöhung also nur dann, wenn die dadurch erzielten Einnahmen nicht zur Erfüllung gemeindlicher Aufgaben, sondern der Kapitalbildung der Gemeinde dienen.

Jedoch haben die in der Gemeinde zur Zahlung von Abgaben verpflichteten Bürger keinen Rechtsanspruch gegen die Gemeinde auf Einhaltung der Haushaltsgrundsätze. Es ist nämlich nicht Sache der Gemeindebürger, die Einhaltung der Haushaltsgrundsätze durch die Gemeinde zu überwachen und je nach dem Ergebnis ihre eigene Einschätzung die Höhe von Gemeindesteuern für angemessen oder unangemessen zu halten und davon deren Zahlung abhängig zu machen. Dafür ist nur die Kommunalaufsicht zuständig.

Auch wenn es im Gemeinde-recht heißt, dass die Gemeinde

sich die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Einnahmen zu beschaffen hat, bringt diese Formulierung nur den allgemeinen Grundsatz der Kostendeckung zum Ausdruck und begründet keine Rechtsposition der Gemeinde, dass sich der einzelne Steuerschuldner auf eine rechtswidrige oder unwirtschaftliche Aufgabenerfüllung berufen und insoweit seinen finanziellen Beitrag mangels Erforderlichkeit verweigern könnte.

Eigenverantwortlichkeit

Die Gemeinde hat eigenverantwortlich darüber zu entschei-

den, in welchem Ausmaß und in welcher Höhe die Steuerforderungen im Rahmen des wirtschaftlich Gebotenen und Sozialvertretbaren festzusetzen sind.

Finanzautonomie

Es ist jeder Gemeinde im Rahmen ihrer Finanzautonomie überlassen, inwieweit sie in dem ihr durch die Haushaltsgrundsätze gesteckten äußersten rechtlichen Rahmen von den Einnahmemequillen Gebrauch macht. In diese eigenverantwortliche Entscheidung der Gemeinde würde eingegriffen werden, wenn dem einzelnen Gemeindebürger das Recht eingeräumt wäre, seine subjektiven Vorstellungen, die sich je nach Betroffenheit von den Ansichten anderer Gemeindebürger unterscheiden würden, einzuklagen oder gar Steuerpflichten in Frage zu stellen.

Diese Auffassung hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof im Beschluß vom 20.10.2011 (zu finden unter 4ZB11.1187) vertreten. **RA Dr. Otto**

Ratsmitglied verlangte Auskunft

Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Meiningen vom 20.9.2011 (zu finden unter 2K140/11) kann ein Gemeinderatsmitglied vom Bürgermeister in nicht öffentlicher Sitzung über die Höhe und Zusammensetzung der Bezüge des Geschäftsführers einer in die kommunale Aufgabenerfüllung eingeschalteten GmbH, deren überwiegende Anteile die Kommune hält, verlangen, dieses Auskunftsrecht folgt aus seiner Mandatsstellung, so dass offen bleibt, ob die Auskunft für die Mandatswahrnehmung erforderlich war.

Nach der Auffassung des Gerichts kann der Geschäftsführer eine solche – allerdings nur gemeinderatsinterne – Weitergabe seiner Gehaltsdaten nicht unter Berufung auf sein Recht auf informationelle Selbstbestimmung verlangen.

In der gemeinderatsinternen

Wiedergabe der Gehaltsdaten ist nach Auffassung des Gerichts ein Eingriff in den Schutzbereich zu sehen, da der Gemeinderat als Organ des Gesellschafters einen sowohl kommunalrechtlich als auch gesellschaftsrechtlich begründeten Anspruch auf Kenntnis hat. So-

lange die Gehaltsdaten den organisationsrechtlichen und gesellschaftsrechtlichen Innenbereich nicht verlassen, liegt für das Gericht keine Verletzung vor.

Weitergabe der Daten

Zwar ist der alleinige Gesellschafter einer kommunalen GmbH vor der Veröffentlichung seiner Gehaltsdaten im Beteiligungsbericht der Kommune geschützt, was aber einer Weitergabe der Gehaltsdaten an interessierte Gemeinderatsmitglieder in nicht öffentlicher Sitzung nicht entgegenstehen würde. **RA Dr. Otto**

Kommunalforum Alpenraum 2014

Mehr Energie für die Gemeinden

17. März 2014, Lindner Innovationszentrum Kundl

Gewinnen Sie einen
LINTRAC
für 3 Monate!*

* Verlosung erfolgt unter allen Teilnehmern



Kommunalforum Alpenraum



Tiroler Tageszeitung



Gemeindeverband Bio



Kommunale Energieagentur



PROCONTRACTING



Energieagentur



Kommunale Energieagentur



8000 Watt für die Metropolregion Nürnberg

Förderverein feiert seine 114 Gründungsmitglieder

Wenn das kein Grund zum Feiern ist: Gut ein Jahr nach seiner Gründung kann sich der Förderverein „Wirtschaft für die Metropolregion Nürnberg“ über 114 Gründungsmitglieder freuen. „114 Gründungsmitglieder im ersten Jahr des Bestehens sind ein schöner Erfolg für den neuen Förderverein. Es beweist, dass sich die Unternehmen in der Metropolregion engagieren wollen“, sagte der Vorstandsvorsitzende des Vereins, Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst, vor der 2. Mitgliederversammlung im Tullnau Tagungspark in Nürnberg. „Doch es muss weitergehen“ so Wübbenhorst weiter, „neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Je mehr sich engagieren, umso größer werden unsere Spielräume.“ Heinz Brenner, Mitglied des Vereins-Vorstands und Leiter des Regionalreferats Erlangen/Nürnberg der Siemens AG, berichtete über die Gründe seines Engagements: „Wirtschaftlicher Wettbewerb ist ein Wettbewerb der Standorte. Wer im Wettbewerb stehen bleibt, wird zurückfallen. Daher ist es wichtig, dass die Metropolregion gemeinsam an der Zukunft arbeitet.“ Prof. Jürgen Bachmann, Bereichsleiter Marketing, Kommunikation und Corporate Responsibility der Rudolf Wöhrl AG, erklärte, warum das Modeunternehmen Wöhrl als 100. Gründungsmitglied zum Förderverein gestoßen ist: „Die Rudolf Wöhrl AG übernimmt seit über 80 Jahren unternehmerische und gesellschaftliche Verantwortung für die Region. Um die Region weiterhin wirtschaftlich zu stärken und zukunftsorientiert zu entwickeln, hat die Rudolf Wöhrl AG großes Interesse, sich in den Gremien und Projekten der Metropolregion Nürnberg zu engagieren.“

Im Anschluss an das Pressegespräch schalteten die Vorstände des Vereins zusammen mit ihren Gästen zwei jeweils 4000 Watt starke Scheinwerfer ein, die ein leuchtendes Zeichen für die Metropolregion Nürnberg in den Nürnberger Abendhimmel setzten. Prof. Wübbenhorst dazu: „Unser Licht-Event soll symbolisieren: Schon jetzt hat die Wirtschaft die Strahlkraft der Region deutlich erhöht.“

Unser Bild zeigt von links: Prof. Jürgen Bachmann (Wöhrl AG), Vereins-Vorsitzenden Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst, Metropolregion-Geschäftsführerin Dr. Christa Standecker und Heinz Renner (Vorstandmitglied, Siemens AG), die per Buzzer das Licht-Event starteten.

Schwäbische Landräte:

Interkommunale Zusammenarbeit intensivieren

Intensivieren wollen die Landräte der Landkreise Dillingen, Donau-Ries, Günzburg, Heidenheim, des Ostalbkreises und des Alb-Donau-Kreises die interkommunale Zusammenarbeit zu Themen, die für die Entwicklung der Kreise zu nachhaltig attraktiven Lebens- und Wirtschaftsräumen von Bedeutung sind. Darauf verständigten sich die Landräte Leo Schrell, Stefan Rößle, Hubert Hafner, Thomas Reinhardt, Klaus Pavel und Heinz Seiffert bei einem Informationsgespräch zu aktuellen politischen Themen.

So sehen die Landräte die Gesundheitsversorgung als eine der wichtigsten Aufgaben der Daseinsvorsorge an, die sich nicht nur auf Ballungszentren konzentrieren dürfe. Die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung sowie eine wohnortnahe und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung wird nach Überzeugung der sechs Landkreise deshalb zukünftig für die Lebensqualität in den ländlichen Regionen eine noch größere Bedeutung erhalten.

Übereinstimmend erhoben sie gegenüber der Bundespolitik die Forderung nach effektiven Reformen im Gesundheitswesen, die die chronische Unterfinanzierung der

Krankenhäuser beseitigen müssen. Leider sind die notwendigen Schritte im Koalitionsvertrag der schwarz-roten Bundesregierung noch nicht im Detail erkennbar. Eine solide Grundfinanzierung auch kleiner Kliniken in den ländlichen Regionen kann jedoch nur der Bund durch eine klare Gesetzgebung sicherstellen.

„Bei Beibehaltung des derzeitigen Finanzierungssystems für die Krankenhäuser hingegen müssen wir uns dauerhaft auf Defizite unserer Kliniken einstellen, wenn wir auch künftig eine flächendeckende ärztliche Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen wollen“, betonte Schrell. Thomas Reinhardt

(Landkreis Heidenheim) fügte hinzu: „Auch Notprogramme sind nicht ausreichend, um Kliniken auf wirtschaftlich sicheres Terrain zu bringen. Es braucht eine verlässliche Krankenhausfinanzierung, sonst droht im schlimmsten Fall ein Personalabbau und damit letztlich auch ein Qualitätsverlust.“

Sein Kollege Klaus Pavel (Ostalbkreis) stieß ins selbe Horn und kritisierte die in der Öffentlichkeit verbreitete Meinung, Kliniken müssten grundsätzlich Gewinne abwerfen, während Defizite bei Bibliotheken, Kindertageseinrichtungen, Bädern oder dem ÖPNV als Selbstverständlichkeit hingenommen werden. „Die bedarfsgerechte medizinische Versorgung muss uns etwas wert sein. Deshalb bekennen wir uns eindeutig zur regionalen Versorgung in kommunaler Trägerschaft“, pflichtete Rößle bei.

Weiteres Thema des Gesprächs war die Unterbringung der Asylbewerber. Die sechs Landräte gehen davon aus, dass im Jahr 2014 mit einem weiteren Anstieg der Asylbewerber zu rechnen sei. Dabei forderten die Landräte Schrell, Hafner und Rößle die Bayer. Staatsregierung auf, die Landkreise bei der Unterbringung der Asylbewerber stärker zu unterstützen. So seien die Gemeinschaftsunterkünfte längst voll belegt und in den drei Landkreisen Dillingen, Donauwörth und Günzburg in etwa dieselbe Anzahl an Asylbewerbern dezentral untergebracht. Allerdings seien dafür allein die Landratsämter zuständig und müssten zudem zusätzliches Verwaltungspersonal sowie Personal für die soziale Betreuung beschäftigen. „Auch auf diesen Kosten bleiben wir sitzen“, sagte Schrell.

Auch auf baden-württembergischer Seite richten sich die Forderungen an das Land. „Die Landkreise stehen vor riesengroßen Herausforderungen und müssen bei der Unterbringung der Asylbewerber entsprechend der tatsächlich entstehenden Kosten entlastet werden“, erklärte Reinhardt.

Wo arbeiten die schnellsten Beamten?

Bayerische Behörden-Skimeisterschaften 2014 in Nesselwang

Am 31. Januar und 1. Februar zeigten über 350 Mitarbeiter der Ämter, Behörden und Verwaltungen in ganz Bayern, was sie in punkto Schnelligkeit und Sport so alles drauf haben.

Statt in der Amtsstube zu sitzen und Aktenordner zu wälzen, schnallten sie sich die Ski an und traten unter der Schirmherrschaft von Regierungspräsident Karl Michael Scheufele im Riesentorlauf und im Langlauf gegeneinander an.

In diesem Jahr richteten die Marktgemeinde Nesselwang und der Skiclub Nesselwang die

Bayerischen Behörden-Skimeisterschaften der Inneren Verwaltung aus. So der offizielle Titel. Nesselwang wechselte dabei immer mit Bad Hindelang, Ruhpolding und Schliersee. Der Wettstreit fand heuer bereits zum 43. Mal statt.

Die Ergebnislisten sind zu sehen unter: www.nesselwang.de/bbsm.0.html

Regierungsbezirk Oberbayern:

Abschlussveranstaltung ‚Energiecoaching für Gemeinden‘

Wirtschaftsministerin Aigner: „Bayerns Kommunen spielen eine Schlüsselrolle der Energiewende“

Das vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie geförderte Modellvorhaben ‚Energiecoaching für Gemeinden‘ ist nach acht Monaten erfolgreich abgeschlossen. Energieministerin Ilse Aigner: „Die Kommunen sind eine wichtige Schnittstelle bei der Energiewende. Sowohl für den eigenen Wirkungskreis als auch bei regionalen Aktivitäten auf Ebene der Landkreise und Regionen.“

Bei einem Podiumsgespräch in der Regierung von Oberbayern berichteten Energieministerin Ilse Aigner, Dr. Uwe Brandl (Präsident des Bayerischen Gemeindetags), Christoph Hillenbrand (Regierungspräsident von Oberbayern) sowie Michael Bernwieser (Bürgermeister der Gemeinde Seeshaupt) über ihre Erfahrungen mit dem Pilotprojekt. Die Moderation übernahm BR-Fernsehmoderatorin Ursula Heller.

Initialberatung

Das ‚Energiecoaching für Gemeinden‘ ist eine Initialberatung zu den Themenkomplexen Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien. Das Modellvorhaben, das der Freistaat Bayern zu 100 Prozent finanziert, hat den Gemeinden den Einstieg in die Energiewende erleichtert. Über eine Million Euro hat das Wirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt, so dass die Regierungen Modellprojekte umsetzen konnten, die regionale Besonderheiten berücksichtigten. Energieministerin Aigner: „Insgesamt haben wir 234 kleineren bayerischen

Kommunen einen Energiecoach zur Seite gestellt und den teilnehmenden Gemeinden neue Impulse im Energiebereich verliehen.“

Neue Wege

Die von den Coaches geleistete Initialberatung richtete sich an ausgewählte Gemeinden, die ihre Möglichkeiten im Energiebereich bisher nicht ausreichend kannten. Vor Ort ging es dabei darum, die jeweils unterschiedlichen energetischen Ausgangssituationen zu erfassen und neue Wege aufzuzeigen. Energieministerin Aigner: „Wir ziehen eine sehr positive Bilanz. Viele Gemeinden planen aufbauend auf dem Energiecoaching weitere Schritte.“ In manchen Kommunen werden beispielsweise Energienutzungspläne erstellt oder konkrete Einsparprojekte umgesetzt.

Zur Anerkennung der Arbeit erhielten Dr. Brandl sowie Bürgermeister Rudolf Heiler (Vorsitzender des Bezirksverbands Oberbayern des Bayerischen Gemeindetags) – stellvertretend für alle beteiligten Gemeinden – Urkunden von Energieministerin Aigner. □

Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten:

Nachbarschaftshilfe – wie geht das?

In immer mehr Kommunen werden professionelle Nachbarschaftshilfen aufgebaut. Oft werden Kommunen oder einzelne Bürger aktiv, weil der demographische Wandel die Familienstrukturen auch in ländlichen Kommunen verändert. Das zeigte deutlich das Seminar „Nachbarschaftshilfe im Aufbau“, das kürzlich in der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL) durchgeführt wurde.

Um den Seniorinnen und Senioren ein selbst bestimmtes Leben zu Hause möglichst lange zu erhalten, brauchen sie alltagsnahe Unterstützung, z. B. beim Fensterputzen, im Garten, beim Schneeräumen, Einkaufsfahrten, die Mülltonne rausstellen. Damit diese Hilfe dauerhaft und reibungslos funktioniert, muss man sie professionell organisieren.

Was früher selbstverständlich funktionierte, muss heute koordiniert bzw. organisiert werden, so Geschäftsführerin Gerlinde Augustin. Das verdeutlichen auch die Vertreter der 13 Initiativen aus Oberbayern und Schwaben, die den Erfahrungsaustausch nutzten, um so voneinander zu lernen. Hier ist die Politik gefordert, eine Situation zu schaffen, in der sich organisierte Hilfe ganz individuell entfalten kann.

Hilfe annehmen

Doch wie baue ich eine Nachbarschaftshilfe auf, wer übernimmt die Trägerschaft und wie finde ich Helfer? Ältere hilfsbedürftige Menschen müssen oft erst lernen, Hilfe anzunehmen. Dazu bedarf es vertrauensbildende Maßnahmen, viel Information und Fingerspitzengefühl und Kontaktaufnahmen zu Vereinen, zum Seniorentreff oder zum Frauenbund. Unterstützend wirken auch eine gute Pressearbeit und die Erstellung eines Falblattes mit Infos und Kontaktadressen.

Gerade am Anfang müssen ganz praktische Fragen geklärt werden. Wer übernimmt die Trä-

gerschaft? Sind es die Kommunen, die Kirche oder ein Verein. Dabei plädiert die Moderatorin und Rechtsanwältin Frau Karin Larsen-Lion, Leiterin des Koordinationszentrums für bürgerschaftliches Engagement des Lkr. Neumarkt i.d.OPf. „klar für die Gemeinde oder Kirche. Kommunale Träger der Nachbarschaftshilfe haben viele Vorteile, zum Beispiel günstige Konditionen beim Versicherungsschutz, unbürokratisches Arbeiten und die Gemeinde bringt ihre Unterstützung zum Ausdruck.“

Von der Teamentwicklung bis zur Wettbewerbsneutralität

Die Teilnehmer nehmen viele Tipps, Anregungen und Bausteine mit, wie eine Nachbarschaftshilfe funktionieren kann. Es gilt ein gutes Helferteam aufzubauen, das auch mit gestalten und mitentscheiden darf. Ein regelmäßiger Austausch mit Fallbesprechung wirkt oft Wunder. Es wird auch empfohlen, ein polizeiliches Führungszeugnis zu verlangen und eine Verschwiegenheitserklärung unterschreiben zu lassen, so Karin Larsen-Lion.

Wichtig sei bei den angebotenen Diensten auch die Abgrenzung zu den örtlichen Handwerkern und Dienstleistern, wie z. B. Taxiunternehmen. Die Begleitung der hilfsbedürftigen Person steht hier im Vordergrund, weniger der Transport. Dann gibt es auch keine Probleme mit dem Personenbeförderungsgesetz.

Weitere Informationen unter: www.sdl-inform.de



Die Landräte bei ihrem Erfahrungsaustausch. Von links: Thomas Reinhardt (Heidenheim), Leo Schrell (Dillingen), Heinz Seiffert (Alb-Donau-Kreis), Hubert Hafner (Günzburg), Klaus Pavel (Ostalbkreis) und Stefan Rößle (Donau-Ries).

Krisen - Chancen - Ingenieure

22. Bayerischer Ingenieuretag beleuchtete Chancen und Risiken der Energiewende

Große gesellschaftliche Herausforderungen wie die Energiewende gehen immer mit Chancen, aber auch Risiken einher. Welchen Beitrag Ingenieure zum Gelingen der Energiewende leisten und welche wirtschaftlichen Chancen die Energiewende birgt, das waren die zentralen Themen des 22. Bayerischen Ingenieuretags Ende Januar. Rund 800 Gäste waren der Einladung der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau nach München gefolgt.

Der Freistaat hat im Jahr 2013 im Bereich des Straßenbaus Ingenieurhonorare in Höhe von rund 64 Millionen Euro vergütet. Im Staatlichen Hochbau wurde freiberuflich Tätigen ein Gesamthonorar von rund 175 Millionen Euro bezahlt. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat damit auf dem 22. Bayerischen Ingenieuretag in München die Bedeutung der freiberuflichen Ingenieure in Bayern herausgehoben: „Der Berufsstand der Ingenieure leistet hervorragende Arbeit und gestaltet die Zukunft unseres Landes im Hochbau und auch beim Bau und Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur maßgeblich mit.“

Auch in anderen Bereichen leisten freiberuflich tätige Ingenieure zukunftsfähige Beiträge,

so der Minister. Er denke dabei an den demographischen Wandel und die zunehmende Globalisierung, die besonders den ländlichen Raum vor große Herausforderungen stellen. Ein wichtiges Thema sei hier beispielsweise die Barrierefreiheit des öffentlichen Raums. Auch die Städtebauförderung sei ein wichtiges Instrument, um den ländlichen Raum zu stärken. Ingenieure werden hier an der Umsetzung von neuen Erkenntnissen und Innovationen beteiligt.

Wohnraumförderung

Herrmann forderte auf dem Ingenieuretag, das Jahr 2014 zum Jahr des Wohnungsbaus zu machen. Der Freistaat unterstütze im Rahmen der Wohnraum-

förderung sowohl die Schaffung von Wohneigentum als auch den Bau und die Modernisierung von Wohnungen. Hier werde angesichts der wachsenden technischen Anforderungen der Beitrag der Ingenieureleistungen immer wichtiger.

Energiewende voranbringen

Die freiberuflich tätigen Ingenieure hätten auch die Chance, die Energiewende voran zu bringen. Für den Ausbau des Anteils der erneuerbaren Energien bedarf es technischer Weiterentwicklungen. Beispielhaft nannte Herrmann neue technische Lösungen im Bereich der Speichertechnologie. Insbesondere beim Energiesparen stünden staatliche Bauten besonders im Blickfeld der Öffentlichkeit. Die Staatliche Bauverwaltung werde Vorbild für hohe energetische Standards und eine Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden sein. Herrmann sieht dabei hohe Anforderungen an Planung und Bauausführung, die in den

vergangenen Jahren zunehmend komplexer geworden sind. Herrmann hofft deshalb auch in Zukunft auf eine enge und konstruktive Zusammenarbeit mit den Ingenieuren, den Planungsbüros, in Baufirmen und in der Bauindustrie.

Sanierung von Bestandsgebäuden

Prof. Dr. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung ging auf die wirtschaftlichen Chancen einer klugen Energiewende ein. Sie nannte die Sanierung von Bestandsgebäuden als bedeutenden Faktor für das Gelingen der Energiewende. In einem 3-Punkteplan für eine kluge Energiewende sprach sich Kemfert dafür aus, ein kluges Marktdesign zu schaffen sowie den Emissionsrecht und die Energieeffizienz zu verbessern.

Verbesserte Sicherheitslage

Die Bevölkerung wohlhabender Länder neige dazu, Risiken zu bewerten, erläuterte Prof. Dr. Dr. h.c. Ortwin Renn von der Universität Stuttgart. Faktisch jedoch habe sich die Sicherheitslage in Deutschland maßgeblich verbessert. Dies sei in vielen Punkten den Leistungen der Ingenieure zu verdanken.

„Ingenieure sind professionelle Problemlöser und Garanten des Fortschritts. Ihre Ideen sind zentral, um die Energiewende und andere bedeutende Herausforderungen unserer Zeit zu stemmen“, sagte der Präsident der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau, Dr.-Ing. Heinrich Schroeter. Prof. Dr.-Ing. Norbert Gebbeken, 2. Vizepräsident der Kammer, ergänzte: „Die Welt schaut erwartungsvoll auf uns - enttäuschen wir sie nicht!“

Energie Südbayern auf der E-world 2014:

Individuelle Lösungen für Industrie und Kommunen

Unter dem Motto „Bester Service aus Südbayern“ stellt die Energie Südbayern GmbH vom 11. bis 13. Februar auf der Fachmesse E-world in Essen in Halle 7, Stand 110 interessierten Kunden und Partnern aus Handel und Kommunalwesen überzeugende Lösungen und maßgeschneiderte Produkte für eine zeitgemäße und effiziente Energieversorgung vor.

Regionale Prägung als Markenzeichen

Auf der E-world energy & water 2014, der jährlich in Essen stattfindenden Leitmesse für die europäische Energie- und Wasserwirtschaft, lädt Energie Südbayern zu ihrem Messestand ein, dessen starke regionale Prägung und gemütliche bayerische Atmosphäre sich bereits zu einem regelrechten Markenzeichen entwickelt hat. Der diesjährige Messeauftritt bietet persönliche und individuelle Beratung sowie Informationen zu flexiblen und bedarfsgerechten Produkten aus den Bereichen Erdgas und Strom. Interessenten wie Energie-Einkäufer aus Industrie und Gewerbe sowie Repräsentanten von Stadtwerken und Kommunen können bei bayerischen Spezialitäten den direkten Austausch mit den erfahrenen Energieexperten des Unternehmens suchen.

Zukunftsorientierte Produkte, Beschaffungskonzepte und Partnerschaftsmodelle

Neben der Vorstellung leistungsfähiger Produkte und Dienstleistungen rund um Erdgas und Strom informiert Energie Südbayern auch über zukunftsweisende Lösungen zu individuellen Beschaffungskonzepten und kommunalen Partnerschaftsmodellen. „Umfassender Beratungsservice, flexible Lösungen und die individuellen Anforderungen jedes Kunden stehen bei Energie Südbayern seit jeher im Mittelpunkt“, erläutert Jürgen Hitz, Hauptabteilungsleiter Handel und Vertrieb bei Energie Südbayern. „Als großer, regional verankerter und auch überregional erfolgreicher Energieanbieter fungiert Energie Südbayern als erfahrener Partner für Industrie und Kommunen und unterstützt diese effektiv bei den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen des Marktes.“ Zahlreiche Kunden aus Industrie und Gewerbe sowie Kommunen, Weiterverteiler und Privatkunden vertrauen auf über 50 Jahre Kompetenz am Energiemarkt von Energie Südbayern. □

Aktionswoche im Landkreis Passau:

Stärke und Vielfalt der regionalen Wirtschaft

Die gesamte Bandbreite einer Wirtschaftsregion zeigte die Wirtschaftswoche 2014 im Landkreis Passau auf. Stärke und Vielfalt der regionalen Wirtschaft verstärkt in den Blickpunkt zu rücken sowie neue Kontakte und Verbindungen anzuregen und zu knüpfen sei hervorragend gelungen, konstatierte Landrat Franz Meyer in einer ersten Bilanz. Denn wichtig sei es von Anfang an gewesen, die Themen sehr „konkret und praxisgerecht“ anzugehen.

Infrastrukturthemen wurden in der Aktionswoche ebenso erörtert wie touristische Inhalte. So erlebten zum Ausklang Einheimische und Gäste bei einer Winterwanderung landschaftliche Höhepunkte der Tourismusregion Passauer Land. Ein „Tag der Betriebe“, an dem quer durch den Landkreis zusammen mit der Wirtschaftsabteilung der Regierung von Niederbayern Handwerksbetriebe und Industriebetriebe besucht wurden, stand zudem ebenso auf dem Programm wie ein „Tag der Landwirtschaft“.

Breitbandversorgung

Bei der Auftaktveranstaltung zur „Wirtschaftswoche“ war der aktuelle Ausbau der Breitbandversorgung im Landkreis Passau im Mittelpunkt gestanden. Landratsamt, Vermessungsamt und Telekommunikationsunternehmen informierten dabei vor über 100 Interessierten – darunter zahlreiche Landkreisbürgermeister – über den aktuellen Stand bzw. die nächsten Schritte des Netzausbaus.

Johann Fuller, Leiter des Vermessungsamtes, verwies dabei auf die rasante Entwicklung der Datenverarbeitung in den vergangenen Jahrzehnten und machte damit deutlich, in welchen Dimensionen künftig zu denken sei. „Wir werden von der Entwicklung immer wieder überrascht werden, allerdings können wir Eines sicher sagen: Die Datenautobahnen müssen immer leistungsfähiger werden.“

Zuvor hatte Josef Kaiser, Leiter der Koordinierungsstelle Breitband am Landratsamt, die nun vorliegende zweite Ausbaustufe der Breitbandversorgung im Freistaat vorgestellt. Wesentlichste Änderung: Die förderfähige Summe pro Gemeinde bzw. Maßnahme steigt von früher 500.000 Euro auf jetzt eine Million Euro. Dies sei ein großer Schritt nach vorne, waren sich die Bürgermeister einig, allerdings zeigte das Beispiel Wegscheid, in welchen Größen-

ordnungen der Breitbandausbau gerade in der Fläche angelangt ist: Nach Angaben von Bürgermeister Josef Lamperstorfer kalkuliert seine Gemeinde mit rund 3,2 Millionen Euro Ausbaukosten – „und dabei haben wir noch nicht einmal alle Gemeindeteile versorgt“.

Große Hoffnungen

Gerade mit Blick auf diese Herausforderungen setzt Landratschef Meyer große Hoffnungen auf die neuen Förderrichtlinien und das deutlich beschleunigte Verfahren. Nun sei aber auch der Bund in der Pflicht, der schließlich von der seinerzeitigen milliardenschweren Versteigerung der Übertragungslizenzen profitiert habe. Für den Landkreis Passau jedenfalls habe der Breitbandausbau als Schlüsseltechnologie für die Weiterentwicklung der heimischen Wirtschaft weiterhin oberste Priorität.

Großes Interesse fanden die Erläuterungen von Vertretern der Telekom und dem Telekommunikationsunternehmen „Inxio“, das mittlerweile über 300 Gemeinden im Bundesgebiet mit schnellem Internet versorgt und derzeit den Bau einer Glasfaserleitung im südlichen Landkreis plant.

Schule und Wirtschaft

Im Fokus der Aktionswoche stand vor allem der Bereich Schule und Wirtschaft. Wie Landrat Meyer betonte, „müssen wir die Nahtstellen zwischen der schulischen Bildung und dem regionalen Arbeitsmarkt verdichten. Hier ist der Informationsaustausch wichtig. Und wir müssen dafür sorgen, dass unsere jungen Menschen, die für Studium oder erste Arbeitsstelle weg gegangen sind, wieder in die Heimat zurückkehren.“

Im Mittelpunkt der Veranstaltung „Schule trifft Wirtschaft“ in Erlau (Marktgemeinde Oberzell) stand folglich die Frage:

Welche Chancen bieten innovative und leistungsfähige Betriebe jungen Menschen in der Region? Der Landkreis hatte dazu Vertreter aus allen Schularten in das Casino der Firma SUMIDA eingeladen. Das weltweit operierende Unternehmen stellte sich dabei selbst als attraktiver Ausbildungsbetrieb vor.

Wie notwendig eine stärkere Vernetzung von Schule und Wirtschaft notwendig ist, hob unter anderem Schulamtsdirektor Hubert Kainz hervor. Er erinnerte daran, dass die Betreuung der jungen Menschen nicht mit der Schule enden dürfe und auch die Unternehmen vor der Herausforderung stünden, ihre Auszubildenden zu fördern und auch zu fordern.

Bandbreite der Region

Ob Weltkonzern, Familienbetrieb mit höchstem Innovationspotenzial oder Technologiezentrum: Die Referenten stellten mit ihren Unternehmen auch die Bandbreite der Wirtschaftsregion Passau dar und gaben zugleich einen Ausblick auf die künftigen Herausforderungen bis hin zu den „globalen Megatrends“.

Paul Hofbauer, Vorstand der SUMIDA AG, informierte über die spannende Aufgabe, als traditionsreiches Unternehmen in Niederbayern im Verbund mit einem japanischen Weltkonzern die technologische Führerschaft in einem globalen Wettbewerb zu bewahren. Sein Kollege Klaus Neumeier, Geschäftsführer SUMIDA Components & Modules GmbH, beschäftigte sich mit dem Thema: „SUMIDA und die Megatrends in der Industrie“.

Ulf Scheuchl, Geschäftsführer der R. Scheuchl GmbH in Ortenburg/Dorfbach zeigte auf, wie durch höchste Innovationskraft die Sonderanlagen aus Ortenburg heute weltweit unter anderem in Automobilfabriken und Groß-Klimaanlagen zu finden sind. Und Dr. Norbert Müller, Geschäftsführer des Technologiezentrums „Schaumform GmbH“ in Hutthurm, befasste sich schließlich mit dem Thema „Leichtbauteile für die Mobilität der Zukunft - ein facettenreiches Aufgabengebiet“. DK



Energiedatenmanagement für Kommunen – transparent, effizient, wirtschaftlich

Für die Analyse und Optimierung des Energieeinsatzes in kommunalen Liegenschaften sind wir Ihr idealer Partner. Mit unseren Dienstleistungen rund um das kommunale Energiedaten Monitoring System „KEMS“ bieten wir eine ganzheitliche Lösung für mehr Energieeffizienz in Kommunen. Vereinbaren Sie jetzt einen persönlichen Beratungstermin unter Telefon 089 68003-0 oder per E-Mail unter service@esb.de

Energie Südbayern GmbH

ESB
IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

Rettungshubschrauber Augsburg nimmt Betrieb auf

Innenminister Joachim Herrmann gratuliert

„Endlich ist er da, ich gratuliere Zweckverband und Klinikum zum neuen Rettungshubschrauber. Das ist ein guter Tag für alle Patienten“, freute sich Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. Vor kurzem nahm der Hubschrauber mit dem Funkrufnamen 'Christoph 40' seinen Betrieb vom Standort auf dem Dach des Klinikums Augsburg auf. „Damit kann in allen medizinischen Notfällen rasche Hilfe aus der Luft im Großraum Augsburg und regional weit darüber hinaus geleistet werden“, betonte Herrmann. An den Landeplatz auf dem Dach ist unmittelbar die Notaufnahme angebunden. „Die Patienten werden deshalb viel schneller klinisch versorgt als dies bislang mit einer Landung neben dem Klinikgebäude möglich war.“

60 Kilometer Einsatzradius

Der 14. Bayerische Rettungshubschrauber hat einen Einsatzradius von etwa 60 Kilometern. Er wird täglich von sieben Uhr morgens bis Sonnenuntergang eingesetzt. Seinen Einsatz lenkt die integrierte Leitstelle Augsburg. Sie ist über den Notruf 112 zu erreichen. Betreiber ist die ADAC Luftrettung gGmbH. Diese hat der Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung Augsburg in seiner Funktion als zuständiger örtlicher Aufgabenträger ausgewählt.

Innenminister Herrmann hatte am 1. April 2011 entschieden, einen Rettungshubschrauber am Klinikum Augsburg zu stationieren, um die Versorgungslücke im Raum Nordschwaben zu schließen. Ein weiterer Rettungshubschrauberstandort wird derzeit auf seine Entscheidung vom Mai 2013 hin am Flugplatz Dinkelsbühl-Sinbronn eingerichtet. Auch Westmittelfranken wird künftig vollständig aus der Luft versorgt. Herrmann: „Damit ist das bayerische Luftrettungsnetz nun bald komplett geschlossen.“

Erster Spatenstich der neuen Regensburg-Arena:

Freude und Kritik

Regensburg (obx) - Nach jahrzehntelangen Diskussionen haben jetzt die Bauarbeiten für Ostbayerns größtes Fußballstadion begonnen. Der Grundstein wurde in diesen Tagen gelegt. Im Sommer 2015 soll das erste Fußballspiel in der neuen Fußballarena stattfinden.

Auf 52,7 Millionen Euro werden die Gesamtbaukosten veranschlagt. Das Stadion selbst kostet 27,5 Millionen Euro, das sind rund 2.900 Euro Kosten für jeden der 15.000 Besucherplätze. Nutznießer des ausschließlich für Fußballspiele ausgelegten Projekts ist der Jahn Regensburg. Der Traditionsverein, der einst zu den ganz großen im deutschen Fußball gehörte, krebst derzeit allerdings nur auf einem mittleren Tabellenplatz in der 3. Liga.

Jahrelang umstrittener Bau

Der Bau des neuen Stadions war seit Jahren umstritten. Er war aber die einzige Alternative, um den seit Jahrzehnten von Skandalen geplagten Jahn Regensburg auch in Zukunft Chancen für neuen Glanz in der deutschen Fußballwelt und die Türe für den Aufstieg in die zweite oder erste Bundesliga offenzuhalten. Das alte Stadion im Innenstadtbereich ist hoffnungslos veraltet und nicht mehr sanierbar.

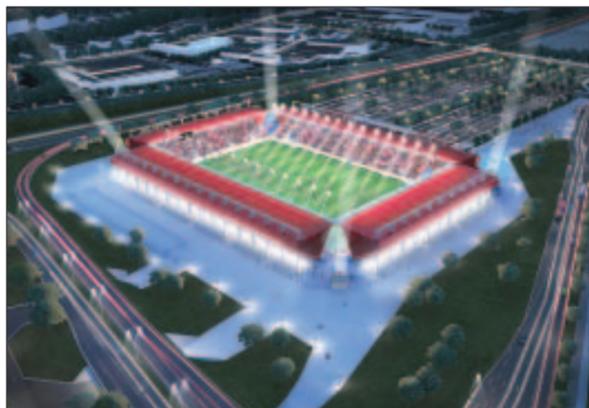
Folgekosten des Projekts

Kritik am Neubau verhalte ungehört: Kritisiert wird unter anderem, dass trotz hoher Kosten die Anlage praktisch nur für den Fußball nutzbar ist. Auch verweisen

die Skeptiker auf die Folgekosten des Projekts: Der seit Jahrzehnten chronisch klamme Jahn Regensburg kann auf dem derzeitigen Spielniveau allenfalls eine symbolische Miete bezahlen. Regensburg im März scheidender Oberbürgermeister verwies allerdings auf die Führungsrolle des Jahn in der ostbayerischen Fußball-Landschaft als „Leuchtturm“ zwischen den Fußballhochburgen München und Nürnberg. Außerdem könne man bei einer Lebensdauer des Stadions von 40 bis 50 Jahren ja langfristig vielleicht doch auf den Rückfluss der Investitionskosten hoffen.

Fremdvermietung im Visier

Zudem soll die Anlage auch fremdvermietet werden, sofern die jeweiligen Veranstaltungen in das Arenen-Konzept passen. Was freilich angesichts attraktiver Konkurrenz auch in der näheren Umgebung nicht allzu leicht sein wird. Kritiker verweisen auch darauf, dass das Geld auch für Besseres hätte verwendet werden können, zum Beispiel für den Schuldenabbau oder für soziale oder kulturelle Zwecke. Schaidinger ist sich deshalb auch bewusst: „Bei einem Bürgerentscheid wäre das Stadion nicht zustande gekommen.“



Die neue Regensburger Fußballarena im glänzenden Licht der Architekten-Präsentation. Der Bau hat begonnen, 2015 soll es fertig sein. Die Begeisterung der Regensburger hält sich in Grenzen. Foto: obx-swiss

Handwerk, Landkreise und Städte:

Tragfähige und erfolgreiche Partnerschaft

(koh) Die wirtschaftliche Lage des Handwerks, politische Fragen und Bildungsthemen wie die Situation auf dem Ausbildungsmarkt standen beim Treffen der schwäbischen Landräte und Oberbürgermeister mit der Führungsspitze der Handwerkskammer für Schwaben auf der Tagesordnung.

„In den meisten Kommunen ist die Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik Chefsache. Daher ist für uns der Austausch mit den Landräten und Oberbürgermeistern ein wichtiges Anliegen“ fasst Jürgen Schmid, Präsident der Handwerkskammer für Schwaben, die Intension des Treffens zusammen. Schließlich können durch eine mittelstands- und handwerksfreundliche Politik der wirtschaftliche Erfolg von Unternehmen und damit auch die Prosperität vor Ort gezielt gesichert werden.

Konjunkturmotor

Gerade in den ländlich geprägten Gebieten ist das Handwerk stark verwurzelt und wirtschaftlich erfolgreich. Bezahlbare und kleinteilig parzellierte Gewerbeflächen, schnelle Genehmigungsverfahren oder eine funktionierende Breitbandversorgung sind nur einige wichtige Standortfaktoren. Mit über 130.000 Arbeitsplätzen ist das Handwerk zudem ein wichtiger Arbeitgeber und Konjunkturmotor. Über die ausgezeichnete Geschäftslage freut sich Präsident Schmid: „90 % unserer handwerklichen Unternehmen sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufrieden.“

Nachwuchs- und Fachkräftesicherung dringliche Zukunftsaufgabe

Sorgen bereitet allerdings die Situation auf dem Lehrstellenmarkt.

Regionalmanagement:

100.000 Euro Zuschuss für Landkreis Hassberge

Der Landkreis Haßberge soll als zukunfts-fähige und attraktive Region weiter entwickelt werden. „Für das Regionalmanagement als regionalen Entwicklungsmotor erhält der Landkreis einen staatlichen Zuschuss von 100.000 Euro für weitere zwei Jahre.“, teilte Finanzminister Dr. Markus Söder mit. Den Förderbescheid dazu hat die Regierung von Unterfranken erstellt.

Bereits seit dem Jahr 2009 fördert und unterstützt der Freistaat Bayern das Projekt, ein Regionalmanagement im Landkreis Haßberge einzurichten und aufzubauen. Der Landkreis Haßberge liegt im ländlichen Raum und ist gemäß Landesentwicklungsprogramm 2013 als Raum mit besonderem Handlungsbedarf eingestuft. Besonders die demografische Entwicklung stellt den Landkreis und seine wirtschaftliche Entwicklung vor erhebliche Herausforderungen.

Themenfelder

Um die hohe Lebensqualität im Landkreis für alle Bevölkerungsgruppen aufrecht zu erhalten, werden vom Regionalmanagement vor allem die Themenfelder Verantwortung für unser Land, Demografie und Siedlungsentwicklung, Inwertsetzung des touristischen Potentials, Wirtschaft und Beruf sowie Verantwortung für Gegenwart und Zukunft fokussiert. Der Landkreis ist über das Regionalmanagement zudem eingebunden in die Region Mainfranken GmbH, in die Europäische Metropolregion Nürnberg und andere überregionale Netzwerke.

Mit Hilfe des Regionalmanagements konnten in den letzten Jahren die regionale Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft verbessert und

Im Jahr 2012 wurden 3.950 neue Lehrverträge abgeschlossen. Trotz der ungebrochen hohen Ausbildungsleistung der schwäbischen Handwerksbetriebe blieben etliche Lehrstellen unbesetzt. Dazu HWK-Präsident Schmid: „Die besondere Stärke des deutschen Bildungssystems ist bedroht. Denn das bewährte Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung wird durch die zunehmende Akademisierung an den Rand gedrängt. Wir brauchen hier ein Umdenken!“

Berufliche Perspektive

Die Handwerkskammer ist in Sachen Fachkräftegewinnung bereits seit Jahren äußerst engagiert. Dazu Hauptgeschäftsführer Ulrich Wagner: „Für unsere Betriebe ist die Ausbildung das Instrument Nummer 1, um ihren künftigen Fachkräftebedarf zu decken. Unsere Ausbildungsberater und Matcher besuchen Schulklassen und informieren Schüler, Eltern und Lehrer, sie helfen bei der Praktikums- und Lehrstellensuche und sind auf zahlreichen Berufsinformationsveranstaltungen in Schwaben vertreten.“ Das Handwerk ist künftig verstärkt mit der Herausforderung konfrontiert, leistungsfähige und leistungsbereite Absolventen für sich zu gewinnen und gleichzeitig auch solchen Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu geben, die zwar nur mäßige Schulnoten hatten, aber im Beruf dann richtig durchstarten wollen.



Mit einem Festakt wurde der Abschluss der Generalsanierung von Schloss Werneck gefeiert (von links): Ärztlicher Direktor Prof. Christian Hendrich, Gesundheitsministerin Melanie Huml und Bezirkspräsident Erwin Dotzel. Foto: Mauritz

„Ein Edelstein des Bezirks Unterfranken“

Werneck. (mm) Nach insgesamt zwölf Jahren Bauzeit ist jetzt die Generalsanierung des Orthopädischen Krankenhauses Schloss Werneck mit einem feierlichen Festakt abgeschlossen worden. Bezirkspräsident Erwin Dotzel rühmte den von 1733 bis 1745 erbauten Balthasar-Neumann-Bau als einen „der Edelsteine des Bezirks Unterfranken“.

In seiner Begrüßungsansprache blickte der Bezirkspräsident zurück ins Jahr 1996, als die damalige Klinikleitung den Einbau von Nasszellen plante. „Dies war im Grunde genommen die Geburtsstunde der Generalsanierung, deren Abschluss wir heute feiern.“ Ab 2001 habe man dann in vier Bauabschnitten das Schloss auf den heutigen Stand gebracht. Insgesamt habe die Generalsanierung mehr als 35 Millionen Euro gekostet. Mit weit mehr als 28 Millionen Euro habe der Freistaat Bayern die einzelnen Maßnahmen insgesamt gefördert.

Gesundheitsministerin Melanie Huml erinnerte daran, dass sie während ihres Medizin-Studiums eine Woche als Praktikantin im Orthopädischen Krankenhaus zugebracht habe. Gern sei sie jetzt als zuständige Ministerin „ins schönste Krankenhaus Bayerns gekommen“, sagte sie. In Schloss Werneck sei der „für Bayern so typische Brückenschlag zwischen Tradition und Moderne“ „bravourös gelungen“, so Melanie Huml.

Prof. Christian Hendrich, der Ärztliche Direktor des Krankenhauses, verwies auf die Erfolge der Klinik. So seien die Infektionsraten „exzellent niedrig“. Bei der Endprothetik zähle Schloss Werneck zu den TOP-10-Kliniken in Deutschland.

Thomas Ziegler, Architekt der ersten Sanierungs-Stunde, gab in seinem mit viel Verve vorgetragenen Referat einen fundierten Überblick über die wechselvolle Geschichte des Schlosses, deren Bau mit Einweihung der Kirche am 29. August 1745 vorläufig abgeschlossen war.

Bis zur Säkularisation nutzten die Würzburger Fürstbischöfe den Prachtbau als Sommerresidenz. Nach dem Intermezzo des Großherzogs Ferdinand von Toskana kam Würzburg 1814 endgültig zum Königreich Bayern. Um das Schloss, das nun allmählich verwahrloste, wurde es ruhig. 1853 kaufte der Kreis Unterfranken das Gebäude, um es zu einer – wie es damals hieß – „Irenenanstalt“ umzubauen.

1940 lösten die NS-Machthaber die damalige „Heil- und Pflegeanstalt“ auf. Vorübergehend diente das Schloss als Umsiedlungslager, dann als Unteroffizierschule der Luftwaffe und zum Kriegsende als Lazarett. 1952 eröffnete der Bezirk Unterfranken ein Orthopädisches Krankenhaus, nachdem der Bau bereits einige Jahre als Versehrtrennenkrankenhaus gedient hatte.

Mehrmals wurde das Schloss dann für den jeweils aktuellen Krankenhausbetrieb umgebaut, bis schließlich 1996 die Planungen zu einer grundlegenden Neuordnung des Orthopädischen Krankenhauses in Angriff genommen wurden.

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)
Theresa Flotzinger (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Stadt Rosenheim feiert 150 Jahre Stadterhebung:

Rasanter Aufschwung

Die Stadt Rosenheim feiert 150-jähriges Jubiläum. Ein spannendes Festjahr steht den Bürgerinnen und Bürgern bevor. Geplant sind zahlreiche kulturelle Events, festliche Veranstaltungen, Märkte, Ausstellungen und Festivals.

Mit seiner Unterschrift erhob der bayerische König Ludwig II. am 15. September 1864 den einstigen Markt zur Stadt Rosenheim. Die königliche Initialzündung führte am Inn zu einem regelrechten Entwicklungsschub. Die Bevölkerungszahl stieg in den ersten 50 Jahren nach der Stadterhebung bis 1914 von 4.600 auf knapp 17.000. Phasenweise hatte Rosenheim in dieser Zeit, gemessen an der Einwohnerzahl, den prozentual höchsten Bevölkerungszuwachs aller Städte in Bayern. Zum ersten Bürgermeister der jungen Stadt wählten die Rosenheimer Magistratsräte und Gemeindebevollmächtigten übrigens den Juristen Friedrich Stoll, der bis zu seinem Tod 1889 die Verwaltung leitete.

Industrialisierung und Innovation

In dieser Epoche bildete sich auch der heutige Charakter der Stadt mit ihren weiterführenden Schulen, zahlreichen staatlichen Behörden, mit einem modernen Krankenhaus, mittelständisch strukturiertem Handel und Gewerbe, zahlreichen Einkaufsmöglichkeiten für jeden Bedarf sowie einem immer breiteren kulturellen Bildungs- und Unterhaltungsangebot. Aus dem spätmittelalterlichen Markt wurde eine durch Industrialisierung und Innovation geprägte moderne bayerische Stadt. Heute leben in Rosenheim rund 60.000 Menschen. Im Stadtgebiet sind über 5.000 Unternehmen tätig, die mehr als 30.000 Mitarbeiter beschäftigen.

Was die Rosenheimer im Jubiläumsjahr erwartet, ist einer

Publikation zu entnehmen, die die Stadt gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer veröffentlicht hat. Höhepunkt ist der große Festakt zum Stadtjubiläum im KU'KO mit dem Festtag „Rosenheim feiert“ im Salingarten, zu dem die Stadtverwaltung am 28. September 2014 einlädt.

Zu den besonderen Events mit historischem Flair zählen am ersten Jubiläumswochenende der Färbermarkt des Kunstvereins und der Markt „Handwerkskunst – einst und jetzt“ des Trachtenvereins Stamm I, die beide am 28. Juni stattfinden. Auch das Straßenfest der Jugendverbände des Stadtjugendrings und das Chorfestival des Bayerischen Sängerbundes locken an diesem Wochenende zahlreiche Besucher in den Salingarten und in die Innenstadt.

Vielfältige Attraktionen

Am dritten Jubiläumswochenende verspricht die Veranstaltung „Bayern spielt“ am 19. Juli vielfältige Attraktionen am Max-Josefs- und Ludwigsplatz, im Salzstadel, in der Johann-Rieder-Realschule und im Fiwa-Gymnasium. Zudem gehören die alljährlichen Highlights wie das Rosenheimer Sommerfestival und das Herbstfest zu den besonderen Events. Vereine, Kirchen, Museen, Institutionen und Schulen beteiligen sich zahlreich an der Organisation der Veranstaltungen, die in variantenreicher Weise Bezug auf die Historie nehmen.

Die dynamische Stadtgeschichte beleuchtet die Ausstellung des Städtischen Museums „Rosenheim wird Stadt – Die goldenen

Jahre 1864 bis 1914“, die vom 26. September 2014 bis 15. März 2015 dort zu sehen ist. Interessante Einblicke in die Historie gewähren im Festjahr viele weitere Veranstaltungen, etwa die „Holzstadt Rosenheim“ des Holztechnischen Museums oder die Führung „Rosenheimer Kirchen erzählen Stadtgeschichte“ des Bildungswerks Rosenheim.

Spitzenposition

Laut Oberbürgermeisterin Gabriele Bauer „zählt der 15. September 1864 zu den glücklichsten Tagen in der Geschichte Rosenheims“. Im Jubiläumsjahr könne man sich der Geschichte Rosenheims aufs Neue bewusst werden, das über Generationen aufgebaute Erbe der Rosenheimer Gründerväter und –mütter dankbar würdigen und selbstbewusst und mutig die nächsten 150 Jahre Stadtgeschichte in Angriff nehmen. Heute zähle Rosenheim in allen wesentlichen Belangen zu den zehn wichtigsten kreisfreien Städten Bayerns.

Landrat Josef Neiderhell zufolge arbeiten beinahe 7.000 Rosenheimer im Landkreis und mehr als 15.000 pendeln täglich in die Stadt. Ein gutes Zusammenleben und eine gute Zusammenarbeit seien alltäglich, so Neiderhell zum hervorragenden Verhältnis zwischen kreisfreier Stadt und Landkreis.

Rosenheim habe in allen Belangen bemerkenswerte Fortschritte gemacht, konstatierte schließlich Ministerpräsident Horst Seehofer in einer Grußbotschaft. Deshalb sei es nur konsequent gewesen, dass die Stadt 1994 zum Oberzentrum aufgestiegen ist. Rosenheim werde sich weiter dynamisch entfalten und nachhaltig entwickeln, zeigte sich Bayerns Ministerpräsident überzeugt. **DK**

Klinik am Greinberg als „Green Hospital Bayern“ ausgezeichnet

Würzburg. (keck) Der „Klinik am Greinberg - Spezialklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie“ in Würzburg ist jetzt die Auszeichnung „Green Hospital Bayern“ verliehen worden. Der Preis des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege und des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz, der erstmals an insgesamt sieben Kliniken vergeben wurde, würdigt das besondere Engagement bayerischer Krankenhäuser für den Umwelt- und Ressourcenschutz, wobei ein ganzheitlicher Ansatz im Mittelpunkt steht.

Notwendige Baumaßnahmen werden mit ökologischen Zielsetzungen in Einklang gebracht, ohne ökonomische Anforderungen zu vernachlässigen. Gleichzeitig soll eine angenehme, der Heilung förderliche und ökologisch hochwertige Umgebung für Patienten und Mitarbeiter geschaffen werden.

Laut Bayerischem Staatsministerium für Gesundheit und Pflege verwirklicht die Klinik in der Trä-

gerschaft des Bezirks Unterfranken und in Kooperation mit dem Universitätsklinikum Würzburg den Green Hospital Bayern Ansatz in vorbildlicher Weise: Der funktional gelungene, umfassend umweltgerecht gestaltete Neubau belegt die Vereinbarkeit einer speziellen medizinischen Aufgabenstellung (Behandlung von Kindern und Jugendlichen mit Schwer- und Mehrfachbehinderung und

psychischer Störung) mit ökologischen Zielsetzungen. Insbesondere durch die Vielzahl von energetischen Maßnahmen wurde ein hocheffizientes Gebäude geschaffen, das sich zudem durch seine ansprechende Gestaltung sowohl im Innen- als auch im Außenbereich auszeichnet. Als Highlights nennt das Ministerium die Solaranlage, die Wärmepumpe mit zehn Erdsonden und Klein-Blockheizkraftwerk sowie eine deckende regenerative Grundlast. Die Anforderungen des aktuellen Gesetzes zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich konnten um fast fünfzig Prozent übertraffen werden.

„Der stadtnahe Standort der Klinik ermöglicht die Mitnutzung von Einrichtungen des direkt angrenzenden Blindeninstituts wie beispielsweise Schulräume, Sportanlage und Therapieräume. Außerdem liegt die Klinik in hinreichender Nähe zur Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie der Universität, so dass auch die fachspezifische Versorgung gesichert ist. Dies gilt ebenso für die räumliche Nähe zu den anderen Spezialeinrichtungen des Klinikums der Universität“, so Bezirksstaatspräsident Erwin Dotzel. „Damit ist der Klinik am Greinberg sicher auch ein regionaler Referenzcharakter beizumessen.“

Eröffnet wurde die Spezialeinrichtung für schwer- und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche mit psychischer Erkrankung im April 2012. Mit dem Bau der „Klinik am Greinberg“ konnte eine Versorgungsücke in Nordbayern geschlossen werden, nachdem bislang in Bayern keine entsprechende stationäre Einrichtung zur Verfügung stand. **□**



Nahmen den Preis für die Auszeichnung „Green Hospital Bayern“ für die „Klinik am Greinberg“ vom Bayerischen Umweltminister Dr. Marcel Huber (links) und der Bayerischen Gesundheitsministerin Melanie Huml (rechts) entgegen (v. l.): Bezirksstaatspräsident Erwin Dotzel, Ottmar Zipperich (Baureferent beim Bezirk Unterfranken), Erwin Götz (GKP-Architekten GmbH) und Rainer Klinger (Geschäftsleiter der Krankenhäuser und Heime des Bezirks Unterfranken). Foto: Bezirk Unterfranken

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...



„Kann denn bitte jemand mal Ordnung auf dem Schreibtisch des Neuen schaffen? In dem Chaos findet sich doch kein Mensch mehr zurecht.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam aus dem Zimmer des neuen Stadtkämmerers, der zum Jahresanfang den Schreibtisch von einem Vorgänger übernommen hat, der so pedantisch auf Ordnung versessen war, dass bei ihm die Bleistifte buchstäblich in Reih' und Glied lagen. Der „Neue“ hingegen ist in den Augen des Chefs etwas in der Art eines Büro-Messie, da sich auf seinem Tisch Papiere und Tabellen stapeln, überall Klebezettel verteilt sind und der verbleibende Platz von Fotorahmen, Erinnerungstücken und anderem Krimskrams eingenommen wird.

Nun ist ein Büroschreibtisch ja ein interessanter und brisanter Mix aus privatem und öffentlichem Raum. Wir Bürohengste verbringen

beitsorganisation in einer kommunalen Amtsstube seiner Stadt vor – außer der Sache mit dem Papierkorb natürlich, da er darauf besteht, dass seine Mitarbeiter alle Anliegen aus der Bürgerschaft ernsthaft erledigen, auch wenn sie etwas skurril anmuten.

So weit, so gut, wäre da nicht der übergroße Pferdefuß bei den Mitarbeitern mit aufgeräumtem Schreibtisch: Der Mangel an Kreativität und Phantasie. Auch hier wusste es das Sprichwort „Wer Ordnung hält, ist nur zu faul zum Suchen“ schon vor ernsthaften Psychologen und Organisationswissenschaftlern: Ein aufgeräumter Schreibtisch lässt originelles Denken erst gar nicht aufkommen, geschweige denn, dass dort kreative oder gegen den Strich gebürstete Lösungen für außergewöhnliche Probleme erdacht werden könnten.

Das Genie, möchte ich – die ich ohne zur Schlamperei zu neigen, durchaus meinen Schreibtisch eher kreativ denn streng logisch organisiere – ausrufen, braucht halt Papier für frische Anregungen, die Wiederentdeckung von Altem und die Erschaffung von Neuem. Und interessant: Wie der Schreibtisch, so ist bei den Leuten auch die elektronische Ablage im Computer organisiert. Der methodische Typ hat ein glasklares System in seinen persönlichen Dateierordnern, während der Kreative oftmals sehr auf sein Gedächtnis oder die Suchmaschine vertrauen muss, um etwas in seinen ungefähren Stichwörtern zu finden.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist, wie könnte es anders sein, immer und stets sein eigener Widerspruch. Unter der Woche, wenn er im Amtszimmer Gäste empfängt oder interne Besprechungen abhält, gleicht sein Schreibtisch in seiner klaren Anordnung einem italienischen Sonett. Aber wehe, er arbeitet am Wochenende, dann erinnert das Durcheinander darauf an ein impulsives Gedicht von Ernst Jandl. Deshalb versuche ich, seinen Schock nach der Inspektion des Kämmerer-Kämmerchens mit einem Satz des französischen Diplomaten und Dichters Paul Claudel zu mildern: „Die Ordnung ist das Vergnügen der Vernunft, die Unordnung aber ist die Wonne der Phantasie.“

the Sabriul

Der Mensch und sein Schreibtisch

den größten Teil unseres Lebens zwischen 25 und 65 im Büro, so dass der Schreibtisch ganz natürlich ein Teil unseres Selbst wird und eine Menge über uns verrät. Andererseits ist das Büro ein Ort, an dem Kollegen, Besucher (und natürlich auch Chefs) ein- und ausgehen, wobei sie jedes Mal mit dem nur flüchtigsten Blick auf den Schreibtisch auch einen kleinen Einblick in unsere Seele oder unseren Gemütszustand erhalten.

Da bleibt es natürlich nicht aus, dass sich sowohl Volkes Mund als auch die hehre Wissenschaft aufgemacht haben, den Mensch und seinen Schreibtisch zu kategorisieren. Eine typisch deutsche Weisheit will wissen, dass wer einen unordentlichen oder unaufgeräumten Schreibtisch hat, keine vernünftigen Gedanken haben kann. Legendar das Schreibtischsystem des ebenso erfolgreichen wie zeitökonomisch arbeitenden US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower: Der hat angeblich seinen Schreibtisch in vier Sektoren unterteilt – einen für „dringend und wichtig“, einen für „wichtig, aber nicht dringend“, einen für „dringend, aber nicht wichtig“ und einen für „unwichtig und nicht dringend“; letzterer Sektor soll in den meisten Fällen im Papierkorb verrotet gewesen sein. Ja, so klar strukturiert stellt sich mein Chef die Ar-



CSU-Kreistagsfraktion im Zentrum für Werkstoffanalytik GmbH in Lauf

Auf Einladung von Geschäftsführer Dr. Jürgen Göske besuchte die CSU-Kreistagsfraktion das Zentrum für Werkstoffanalytik GmbH in Lauf. Dieses bietet seine Analyseleistung besonders klein- und mittelständischen Unternehmen im Landkreis Nürnberger Land an und leistet somit einen wertvollen Beitrag für den unternehmerischen Erfolg in der Region.

„Eigene Analysegeräte können sich die meisten Firmen gar nicht leisten, da solche teuren Geräte in Unternehmen häufig nicht wirtschaftlich betrieben werden können“, berichtete Göske den anwesenden Kreisräten und Kandidaten der CSU Nürnberger Land. Dennoch ist besonders Lauf und sein Umland, als bundesweit bedeutendste Region für den Bereich der technischen Keramik, auf Analysegeräte für die Bereiche Forschung und Entwicklung, Qualitätskontrolle und Schadensanalytik angewiesen. Hier schließt das Zentrum für Werkstoffanalyse eine wichtige Lücke, da es marktentscheidende Hilfe für eine Vielzahl an Unternehmen anbietet. Auch wenn Verfahren wie die Rasterelektronenmikroskopie oder ein chemischer Elementdetektor weniger bekannt sind, so können durch dieses Verfahren und mit Hilfe des Detektors Materialien wie Stein, Kupfer, Smaragd oder auch Gold exakt bestimmt werden.

Cornelia Trinkl, Fraktionsvorsitzende und Kandidatin für das Amt der Landrätin (4. v. l.), lobte die enge Kooperation des Zentrums mit der Georg-Simon-Ohm-Hochschule in Nürnberg, wodurch Studenten die Chance erhalten, praxisnahe Einblicke und Erfahrungen zu machen. „Solche Kooperationen sichern nicht nur den qualifizierten Nachwuchs der lokalen Unternehmen, sondern zeigen auch, dass junge Akademiker nicht nur in den großen Städten gebraucht werden, sondern auch bei uns im Nürnberger Land“, so Trinkl. Göske hält ein solches Verhalten der Unternehmen für lebensnotwendig; schließlich dienen solche Kooperationen auch dem Selbstzweck der Unternehmen. **□**

750 Jahre Stadt Friedberg:

Modernität und Charme

Festakt mit Kommunalminister Joachim Herrmann

„Friedberg – lebt hoch“ lautet das Motto der Feierlichkeiten zum 750-jährigen Stadtjubiläum. Getreu dem Motto „ein Fest von den Bürgern für die Bürger“ haben die Friedberger zahlreiche Ideen selbst umgesetzt. So entstand ein umfangreiches Festprogramm mit historischen und aktuellen Ausstellungen, Jubiläumsfeiern und Konzerten bis hin zu einem Symposium über die Geschichte Friedbergs. Verschiedene Kunstprojekte über das ganze Jahr hinweg runden das Programm ab.

Als besonderer Höhepunkt ist „ein Abend mit Charles Bukowski“ geplant: Die Performance, die vom in Friedberg geborenen Musiker Markus Paichrowski inszeniert wird, beinhaltet verschiedene künstlerische Ausdrucksmöglichkeiten wie Literatur, Rockmusik, Film und auch Live-Tätowieren auf der Bühne.

Lichtinstallationen

Ein Highlight im wahrsten Sinne des Wortes werden die Lichtinstallationen der Düsseldorf Künstlerin Elisabeth Brockmann: Sie schafft für Friedberg maßgeschneiderte Leuchtbilder. Das ganze Jahr über werden überdimensionale große Friedberger Ikonen als Zeugen der Friedberger Geschichte von alltäglichen Plätzen die Bürger und ihre Gäste verzaubern. Vorgesehen ist zudem eine Inszenierung hoch oben am Kirchturm St. Jakob.

Musikalisch sind Kammermusikabende mit ehemaligen Friedbergern und eine Teilnahme am dem bayernweiten Musikfestival „Lokalklang“ geplant, bei dem es um das Zusammenwirken von Volksmusik und Weltmusik geht.

hen wird. Auch sollen den fünf Partnerstädten Friedbergs in einem Freundschaftsgarten landestypische Bereiche gewidmet werden. Er soll ein sichtbares Zeichen für die wachsende Verbundenheit mit den Freunden anderer Länder werden.

Festakt

Eröffnet wurde das Jubiläumsjahr mit einem Festakt, der unterhaltsam mit vielfältigen musikalischen und künstlerischen Kostproben des Programms auf die Feierlichkeiten einstimmte. Redner des Festabends mit zahlreichen Gästen aus Politik, Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft waren Bayerns Kommunalminister Joachim Herrmann, der die Grüße des Schirmherrn, Ministerpräsident Horst Seehofer, überbrachte, sowie Dr. Peter Bergmair, Erster Bürgermeister der Stadt Friedberg und Dr. Richard Loibl, Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte.

„Mit Stolz darf Friedberg auf seine 750-jährige Stadtgeschichte zurückblicken. Sie ist eine moderne und zukunftsorientierte Stadt mit hoher Lebensqualität und Charme“, gratulierte Minister Herrmann. Seinen Ausführungen

zufolge wurde das Städtchen „Friedberch“ erstmals in einem gemeinsamen Schutzbrief des Stauffers Konradin und Herzog Ludwig II. an die Bürger der Stadt Augsburg im Jahr 1264 urkundlich erwähnt. In ihm ist die Errichtung einer Stadt bei der Burg „Friedberch“ angekündigt. Sie sollte fortan als Grenz- und Zollsicherung des Herzogtums Bayern gegenüber Schwaben und der freien Reichsstadt Augsburg dienen.

Historie

Immer wieder war Friedberg im Verlauf der Geschichte als Grenzstadt ein Spielball verschiedener Mächte und Interessen gewesen. Auch mit der Gebietsreform in den 1970er Jahren änderte sich für die Stadt einiges: Friedberg verlor den Landkreissitz und bildete seitdem mit Aichach den Landkreis Aichach-Friedberg. Daneben wurde Friedberg aber auch Heimat von 13 bisher unabhängigen Gemeinden. Dadurch gewann die Stadt nicht nur an Einwohnern und Fläche, sondern auch an Geschichte und Tradition.

Vielfalt des Stadtlebens

Als beeindruckend bezeichnete Herrmann insbesondere die Vielfalt des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der Stadt, professionell die Gestaltung des Jubiläumsjahres. „Seit 1977 bis 2013 erhielt die Stadt 9,3 Millionen Euro an staatlichen Städtebauförderungsmitteln. Mit bislang über 1,1 Millionen Euro wird derzeit das Wittelsbacher Schloss zu neuer Blüte gebracht“, hob der Bauminister auch den Anteil der staatlichen Leistungen zum Wohle der Stadt hervor.

Seit 2008 entstanden mit rund 1,8 Millionen Euro 89 Krippenplätze. 2009 bis 2013 erhielt der Landkreis Aichach-Friedberg staatliche Wohnraumfördermittel

in Höhe von 10,1 Millionen Euro. 158 Mietwohnungen konnten mit zinsverbilligten Darlehen in Höhe von 7,5 Millionen Euro modernisiert werden.

Ausbau der B 300 und Ortsumfahrung

In der Region umsetzen möchte Herrmann den vierstreifigen Ausbau der B 300 zwischen Dasing und Aichach. In der Anmeldeperiode zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans sei auch die Ortsumfah-

rung von Friedberg enthalten.

Fördermittel

Aktuell werde im Landkreis Aichach-Friedberg der Bahnübergang Aichach im Zuge der Staatsstraße 2047 beseitigt. Aus dem Sonderbaulastprogramm für den Umbau von Kreuzungen, zum Bau von Geh- und Radwegen sowie dem Bau von Ortsumgehungen flossen in den vergangenen Jahren Fördermittel in Höhe von mehr als zehn Millionen Euro in den Landkreis.

Landshuter Seniorenpolitik:

Neues Gesamtkonzept

Ein 232 Seiten starkes Gesamtkonzept mit konkreten Empfehlungen für Senioren hat die Stadt Landshut auf den Weg gebracht. Die Publikation beinhaltet die Vielfalt der bestehenden Angebote der Altenhilfe der Stadt Landshut und ist auch Rahmenplan für deren bedarfsgerechte Weiterentwicklung als Teil der Daseinsvorsorge. Der Stadt, dem Stadtrat und der Verwaltung dient das Konzept als Handlungs- und Entscheidungsgrundlage.

Laut Oberbürgermeister Hans Rampp und Bürgermeister Gerd Steinberger, die das „Seniorenpolitische Gesamtkonzept“ gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Soziales“ der Agenda 21 – jener Expertenrunde, die die Entwicklung des Gesamtkonzeptes begleitet hat -, offiziell im Rathaus vorstellten, ist die Stadt Landshut gesetzlich verpflichtet, eine Altenhilfeplanung durchzuführen und ein seniorenpolitisches Gesamtkonzept zu erstellen. Der Stadtrat hatte damit das Institut AfA – Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (München) beauftragt.

Begleitgremium

Elf Handlungsfelder wurden sukzessive mit den Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfegruppen, Leistungsanbietern, Institutionen und Dienststellen und dem Arbeitskreis „Soziales“ der Agenda 21 in Einzelgesprächen und Workshops bearbeitet und in der Sitzung des Sozialausschusses des Stadtrats im Juni 2013 als offizielles Seniorenpolitisches Gesamtkonzept der Stadt Landshut festgesetzt. Als Begleitgremium

„Auch Bahn, Straßenbahn, Bus und Auto sind in Friedberg vorbildlich verknüpft“, unterstrich Minister Herrmann. Über zwei unterschiedliche Schienenanbindungen sei Friedberg hervorragend an das Ortszentrum Augsburgs angebunden. Zudem verfüge der Omnibusbahnhof Friedberg seit 2011 über sieben Haltestellen. Er sei durchgängig überdacht und mit Fahrgastinformationen aus LED-Anzeigern ausgestattet. Dazu wurde ein Zuschuss von über 250.000 Euro bewilligt. **DK**

vorhandenen Angebote von den Senioren aber auch genutzt werden, gelte es, den Informationsfluss zu verbessern, so AWO-Vertreterin Gabriele Heinze. Darüber hinaus sei die Schaffung zusätzlicher Plätze für betreutes Wohnen wünschenswert.

Für Barrierefreiheit

Stadtoberhaupt Rampp will dafür sorgen, dass die Innenstadt und alle öffentlichen Gebäude barrierefrei werden. Hierzu sollen vermehrt Überquerungshilfen geschaffen werden. Weitere Empfehlungen in der Studie sind unter anderem die Gewährleistung von Hol- und Bringdiensten und die Begleitung zu Veranstaltungen, die bessere Abstimmung von Angeboten der offenen Seniorenarbeit sowie der Aufbau kleinteiliger Wohnangebote mit Pflege und Betreuung, vor allem für an Demenz erkrankte Menschen.

Gelungenes Werk

Sowohl Rampp als auch Steinberger dankten allen Beteiligten für ihr großartiges Engagement und ihren Einsatz. Das „Seniorenpolitische Gesamtkonzept“ bezeichnete sie als sehr gelungenes Werk. Die Broschüre zeige, wie gut die Stadt Landshut in puncto Seniorenangebote aufgestellt sei. **DK**

Vorschau auf GZ 5

In unserer Ausgabe Nr. 5, die am 27. Februar 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Dienstfahrzeuge · Kommunalfahrzeuge · Städtereinigung
- Kommunale Museen
- Handwerkliche Dienstleistungen,
- Ausstattung kommunaler Gebäude

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten Briefmarkenauktionshaus Schulz Frauentorgassen 73 - 90443 Nürnberg Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort: 86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500
BAUTECHNIK
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Ihr Ansprechpartnerinnen für Anzeigen:

Constanze von Hassel
Telefon (081 71) 9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energieanbieter
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!
Tel. 089/890 668-900 • www.green-city-energy.de/keb
peter.keller@greencity-energy.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

November 2014
2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgestaltet
Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG · 07195/693-111
www.stadtmobel.de

26. Juni 2014
7. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG